



**jüdisches Forum
für Demokratie und gegen Antisemitismus**

Tätigkeitsbericht:

Auswahl an Veranstaltungen und Veröffentlichungen des Jüdischen Forums für Demokratie und gegen Antisemitismus (JFDA)

2013

Inhaltsverzeichnis

VORWORT VON LALA SÜSSKIND, VORSITZENDE DES JFDA E.V.	3
1.AUFGABEN DES JFDA	4
1.VERANSTALTUNGEN UND KOOPERATIONEN IM RAHMEN DER ANTISEMITISMUSBEKÄMPFUNG UND FÖRDERUNG DES DEMOKRATISCHEN STAATSWESENS	5
PROTESTKUNDGEBUNG GEGEN DEN AL-QUDS-TAG 2013 IN BERLIN AM 03. AUGUST.....	6
10.06.2013 "JUDENFEINDSCHAFT IM 21. JAHRHUNDERT"	7
BERICHT ZUR GEMEINSAMEN VERANSTALTUNG DES JÜDISCHEN FORUMS FÜR DEMOKRATIE GEGEN ANTISEMITISMUS UND DER TECHNISCHEN UNIVERSITÄT BERLIN (TU) ZUM THEMA „JUDENFEINDSCHAFT IM 21. JAHRHUNDERT“ IM LICHTHOF DER TU BERLIN AM 10.06.2013.....	9
17.10.2013 „GEMEINSAM AGIEREN STATT REAGIEREN“	10
2.PRESSEMITTEILUNGEN	11
19. MÄRZ 2013 PM DES JFDA ZUM NPD-VERBOTSVERFAHREN.....	12
03. APRIL 2013 BÜRGER ZEIGEN VERANTWORTUNG	13
24. MAI 2013 VORFÄLLE AUF DER REPRÄSENTANTENVERSAMMLUNG.....	14
06. JUNI 2013 SERIE VON ANTISEMITISCHEN STRAFTATEN IN FRIEDENAU REISST NICHT AB.....	15
14. JUNI 2013 PM ZUM ANTRAG IM DEUTSCHEN BUNDESTAG „ANTISEMITISMUS ENTSCLOSSEN BEKÄMPFEN, JÜDISCHES LEBEN IN DEUTSCHLAND WEITERHIN NACHHALTIG FÖRDERN“	16
23. JULI 2013 PM DES JFDA BETREFFEND DIE EU-FÖRDERRICHTLINIEN ZU ISRAEL	17
02. SEPTEMBER 2013 NICHT NUR EINE STILFRAGE: ANTISEMITISCHE BILDER BEI DER SHOW ROGER WATERS.....	18
13. SEPTEMBER 2013 PM ZU EINEM INTERVIEW MIT PHILIPP RÖSLER.....	19
16. SEPTEMBER 2013 PM ZU WAHLPRÜFSTEIN.....	20
22. NOVEMBER 2013 PM ZUR GURLITT-SAMMLUNG.....	21
29. NOVEMBER 2013 ANTISEMITISCHER VORFALL IN HANNOVER.....	22
3.SONSTIGES	23
10. FEBRUAR 2013 ANALYSE DER MEDIENDEBATTE ZUR PLATZIERUNG VON JAKOB AUGSTEIN AUF DER RANKINGLISTE „TOP TEN ANTI-SEMITIC/ANTI-ISRAEL SLURS 2012“ DES SIMON WIESENTHAL CENTERS	24
07. MÄRZ 2013 ROSENZWEIG: POLITISCHE ENTGLEISUNG ODER BEWUSSTE PROVOKATION?.....	29
05. JULI 2013 ANTISEMITISCHE STEREOTYPE AUS DER MITTE DER GESELLSCHAFT: EIN BEISPIEL IN DER SZ VOM 2.7.2013	30
03. AUGUST 2013 REDEBEITRAG VON DR. NIKOLINE HANSEN, VORSTANDSMITGLIED DES JFDA, AM 3.AUGUST 2013 AUF DER KUNDGEBUNG GEGEN DEN "AL-QUDS-MARSCH":.....	31
20. AUGUST 2013 ZUM BESUCH DER BUNDESKANZLERIN IN DER GEDENKSTÄTTE DACHAU.....	33
23. AUGUST 2013 DEUTSCHE GASTFREUNDSCHAFT ODER WEN WIR WILLKOMMEN HEISSEN.....	34
17. SEPTEMBER 2013 GEDANKEN ZU ANTISEMITISMUS IM STADION.....	35
18. SEPTEMBER 2013 DAS JFDA TRITT DEM "BÜNDNIS GEGEN HOMOPHOBIE" BEI.....	36
26. NOVEMBER 2013 NACHWIRKUNGEN DES NS UNRECHTREGIMES – DIE SAMMLUNG GURLITT.....	37
PROJEKT "BEKENNT EUCH".....	39
WAHLPRÜFSTEINE 2013.....	40
VORKOMMNISS E WÄHREND DES NPD-WAHLKAMPFES	41
MITGLIED DES „TREFFPUNKT RELIGION UND GESELLSCHAFT“	42
CHRONIK 2013 VON ANTISEMITISCHEN, RECHTSEXTREMEN UND HOMOPHOBEN VORFÄLLEN – 4. QUARTAL.....	43

Vorwort von Lala Süsskind, Vorsitzende des JFDA e.V.

Liebe Leserinnen und Leser,

das jüdische Forum für Demokratie und gegen Antisemitismus legt 2013 nun schon zum sechsten Mal einen umfassenden Tätigkeitsbericht vor. Seit der Gründung 2008 ist die Arbeit des Forums kontinuierlich gewachsen und das JFDA hat sich deutschlandweit als Anlaufstelle für Menschen, die von antisemitischen Vorfällen betroffen sind, etabliert. Bei den Veranstaltungen des JFDA in den Räumen der Berliner Universitäten sollen insbesondere junge Menschen für das Thema sensibilisiert und angeregt werden, sich für Demokratie und gegen Antisemitismus zu engagieren. Seit dem 10. Oktober 2012 ist das Forum nun auch in der neuen Form als Verein erfolgreich tätig; das Finanzamt hat dem JFDA e.V. am 04.04.2013 die Gemeinnützigkeit erteilt.

Tätigkeitsschwerpunkte in 2013 waren die Erstellung und Auswertung der Antworten von Wahlprüfsteinen zur Bundestagswahl am 22. September sowie das Verfassen von zahlreichen Pressemitteilungen, Stellungnahmen und Publikationen, darunter eine ausführliche Analyse der Mediendebatte anlässlich der Platzierung von Jakob Augstein auf der Rankingliste „Top Ten Anti-Semitic/Anti-Israel Slurs 2012“ des Simon Wiesenthal Centers.

Am 10. Juni 2013 organisierte das JFDA anlässlich des fünfjährigen Bestehens gemeinsam mit der TU Berlin eine Festveranstaltung mit dem Thema „*Judenfeindschaft im 21. Jahrhundert*“. Den einführenden Vortrag hielt Prof. Dr. Monika Schwarz-Friesel; an der anschließenden Podiumsdiskussion nahmen Petra Pau, Marie-Luise Beck, Jens Ackermann, Dr. Dieter Wiefelspütz und Gitta Connemann teil.

Am 3. August 2013 war das JFDA auf der Protestkundgebung *gegen den „Al Quds-Tag“* vertreten.

Am 17. Oktober 2013 war das JFDA Veranstalter der Podiumsdiskussion „*Gemeinsam agieren statt reagieren*“ an der FU Berlin. Es diskutierten Dilek Kolat, Senatorin für Arbeit, Frauen und Integration, Angelika Schöttler, Bezirksbürgermeisterin Tempelhof-Schöneberg, Mirko Niehoff, Petra Fritsche und Levi Salomon.

Darüber hinaus war der Verein mit Beratungen und Hilfeleistungen und dem weiteren Aufbau der Internetseiten sowie der Neugestaltung des Facebook-Auftritts befasst. Die Homepage wird fast täglich aktualisiert, ein großer Teil der Meldungen wird zeitnah auf Facebook einer breiten Öffentlichkeit zur Kenntnis gegeben. Dabei handelt es sich um eine umfangreiche und aufwändige Recherchetätigkeit, die Vorfälle und Meldungen aus der gesamten Bundesrepublik dokumentiert.

Das Jüdische Forum für Demokratie und gegen Antisemitismus ist Mitbegründer von „*Treffpunkt Religion und Gesellschaft*“ und beteiligt sich hier regelmäßig am interreligiösen Dialog; darüber hinaus ist das Forum aktiv im „*Bündnis gegen Homophobie*“ sowie im „*Projekt Petri-platz*“, dessen Ziel es ist ein gemeinsames Bethaus für jüdische, christliche und islamische Gottesdienste zu schaffen.

Zusammen mit der Deutschen Gesellschaft e.V. führt JFDA das Projekt „*Bekannt euch!*“ über religiöse Selbstbestimmung während der NS-Zeit durch, das vom Bundeskulturministerium gefördert wird. Am Ende entsteht eine Ausstellung, die voraussichtlich ab Ende Mai 2014 in drei Bundesländern gezeigt wird (Berlin, Brandenburg und Sachsen).

Seit seiner Gründung hat der Verein eine Reihe neuer Mitglieder und Förderer gewinnen können. Das Interesse an den Veranstaltungen ist groß und auch die Anzahl der Personen, die auf das virtuelle Angebot zugreifen wächst stetig. Wir freuen uns, wenn unser Tätigkeitsbericht auf Interesse stößt und sind für weitere Anregungen und Unterstützung dankbar.

1. Aufgaben des JFDA

Am 30. April 2008 wurde das von Lala Süsskind und Levi Salomon initiierte Jüdische Forum für Demokratie und gegen Antisemitismus (JFDA) mit der Unterstützung der Jüdischen Gemeinde zu Berlin gegründet. Seit 2012 ist das Forum nun als Verein tätig. Zweck des JFDA sind die Stärkung des demokratischen Staatswesens, durch politische Bildung, Förderung von Kunst und Kultur, Förderung der Hilfe für politisch, rassistisch oder religiös Verfolgte, sowie die Förderung internationaler Gesinnung, der Toleranz auf allen Gebieten und des Völkerverständigungsgedankens. Hierzu gehört der Kampf gegen Antisemitismus und Rassismus, sowie die Förderung des interkulturellen und interreligiösen Austauschs. Wir unterstützen dazu demokratische Institutionen und die Zusammenarbeit aller zivilgesellschaftlichen Akteure zum Schutz der Menschenrechte und des Grundgesetzes.

Antisemitismus wird als Hass gegen Juden verstanden, der sich sowohl verbal, als auch durch Gewalt manifestieren kann. Antisemitismus kann sich auch als Antizionismus ausdrücken. Hierbei wird an Stelle der „Juden“ die zionistische Bewegung – nämlich das Recht der Juden auf einen Staat – angegriffen und/ oder in Frage gestellt. Ebenso wird berechtigte Kritik an diesem demokratischen Staat genutzt, um durch überzogene und einseitige Stellungnahme den Staat Israel zu diffamieren und zu delegitimieren (in Anlehnung an die Working Definition of Antisemitism der OSZE).

Das JFDA verfolgt seine Ziele durch Bildungs-, Öffentlichkeits- und Kulturarbeit, wie beispielsweise die Organisation von Vortragsreihen und Konferenzen, die Herausgabe von Resolutionen und Publikationen, sowie das Erstellen von Dokumentationen. Außerdem führt es ein unabhängiges Monitoring durch und erfasst und bewertet antisemitische Vorfälle und Tendenzen, sowie andere gegen das Grundgesetz und die Menschenrechte gerichtete Vorkommnisse. Damit sollen die Öffentlichkeit sowie staatliche Institutionen auf Probleme aufmerksam gemacht und für Gegenmaßnahmen gewonnen werden.

1. Veranstaltungen und Kooperationen im Rahmen der Antisemitismusbekämpfung und Förderung des Demokratischen Staatswesens

Protestkundgebung gegen den Al-Quds-Tag 2013 in Berlin am 03. August

Liebe Freunde und Freundinnen des JFDA, sehr geehrte Damen und Herren,

am Samstag, dem 3. August, findet in Berlin die jährliche Demonstration zum sogenannten „Internationalen Quds-Tag" statt – einem vom iranischen Regime gesteuerter Kampftag, an dem zur Vernichtung des Staates Israel aufgerufen wird.

Wie jedes Jahr ruft das Bündnis „No Al-Quds-Tag" zu einer Protestkundgebung gegen die islamistische und antisemitische Demonstration auf.

Die Protestkundgebung, zu der wir Sie herzlich einladen, findet statt am Samstag, 3. August 2013, Beginn: 14:30 Uhr. Ort der Kundgebung: Joachimstaler Str. / Ecke Kurfürsten Damm („Joachimstaler Platz"). U-Bahnstation Kurfürstendamm, bzw. Bahnhof Zoo).

Die Information zur Kundgebung finden Sie hier:

<http://www.no-al-quds-tag.de/index.php?bz=1>

<http://jfda.de/events/>

<https://www.facebook.com/events/482458211847798/>

mit freundlichem Gruß

Lala Süsskind, Vorsitzende des JFDA

Levi Salomon, Sprecher des JFDA

10.06.2013 "Judenfeindschaft im 21. Jahrhundert"



Das „Jüdische Forum für Demokratie und gegen Antisemitismus“ (JFDA) und die Technische Universität Berlin werden am Montag, den 10.06.2013 um 19 Uhr im Lichthof der TU Berlin eine Veranstaltung zum Thema „Judenfeindschaft im 21. Jahrhundert“ ausrichten.

Vor fünf Jahren, am 30. April 2008, wurde das JFDA gegründet. Damals war die Fragestellung des Abends „Deutscher Antisemitismus – ein Problem der politischen Extreme?“. Diesem Auftakt folgten viele weitere Veranstaltungen sowie publizistische Werke und Kundgebungen. Heute ist das Jüdische Forum ein wichtiger Bestandteil der Netzwerke geworden, die sich für Demokratie und gegen Antisemitismus positionieren.

Nun gilt es, die Ausprägungen und Formen des Antisemitismus im heutigen Alltag zu thematisieren. Hierzu hält Frau Prof. Dr. Schwarz-Friesel einen Vortrag mit dem Titel „Judenfeindschaft im 21. Jahrhundert“. Im Anschluss werden wir mit Vertretern aus der Politik in einer Podiumsdiskussion versuchen, Antworten auf die zunehmenden antisemitischen Tendenzen zu finden, die sich nicht nur hier, sondern europaweit beobachten lassen. Das Ziel ist es, diese ernstzunehmende Thematik angemessen in die breite Öffentlichkeit zu tragen und die Diskussion über mögliche Gegenstrategien anzustoßen.

Das Programm:

Thema: „**Judenfeindschaft im 21. Jahrhundert**“

Datum: **10.06.2013**
Zeit: **19:00 Uhr**
Ort: **Lichthof Technische Universität Berlin, Straße des 17. Juni 135, Berlin**

Grußwort

- **Prof. Dr. Jörg Steinbach**, Präsident der TU Berlin
- **Lala Süsskind**, Vorsitzende des JFDA

Vortrag „Judenfeindschaft im 21. Jahrhundert“

Prof. Dr. Monika Schwarz-Friesel (TU Berlin) (ca. 30 min.)

Podiumsdiskussion mit **Jens Ackermann** MdB (FDP), **Marieluise Beck** MdB (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN), **Gitta Connemann** MdB (CDU), **Petra Pau** MdB (DIE LINKE), **Dr. Dieter Wiefelspütz** MdB (SPD)

Moderation: **Jochen Feilcke**, DIG Berlin-Potsdam)

Empfang und Get together anlässlich des fünfjährigen Bestehens des JFDA mit musikalischer Begleitung **Max Doehlemann Jazz Trio**

Veranstalter: Jüdisches Forum für Demokratie und gegen Antisemitismus (JFDA) in Kooperation mit der Technischen Universität Berlin

Bericht zur gemeinsamen Veranstaltung des Jüdischen Forums für Demokratie gegen Antisemitismus und der Technischen Universität Berlin (TU) zum Thema „Judenfeindschaft im 21. Jahrhundert“ im Lichthof der TU Berlin am 10.06.2013

Die Veranstaltung wurde durch Grußwörter des Präsidenten der Technischen Universität (TU), Prof. Steinbach, Lala Süsskind, der Vorsitzenden des Jüdischen Forums für Demokratie und gegen Antisemitismus und im Namen des Israelischen Botschafters durch Tal Gat eröffnet.

Herr Professor Dr. Steinbach verwies in seiner Begrüßungsrede auf das Themenjahr 2013 „Zerstörte Vielfalt“, in dem sich die Machtübernahme durch die Nationalsozialisten zum 80. Mal und die Reichspogromnacht zum 75. Mal jähre. Die TU freue sich mit dieser Veranstaltung einen weiteren Beitrag zu leisten. Er stellte die Verantwortung einer Institution wie der TU heraus, deren organisierte Studentenschaft während des Nationalsozialismus auf die Entlassung der jüdischen Lehrenden hingewirkt hatte. Es müsse ein Weg nach Vorne aufgezeigt werden, wie ein besseres Miteinander möglich sei. Er verwies auf die hervorragende Arbeit von Frau Professor Schwarz-Friesel, die als Leiterin des Fachgebietes Allgemeine Linguistik weit über die in sie gestellten Erwartungen hinausgehe.

Frau Süsskind erläuterte, dass Antisemitismus kein Randgruppenphänomen, sondern in der Mitte der Gesellschaft verankert ist. Offensichtlich wurde dies spätestens 2011 mit dem Bericht des unabhängigen Expertenkreises Antisemitismus des Bundestages, demzufolge jeder fünfte Mensch in Deutschland ein latent antisemitisches Weltbild hat, wie Frau Süsskind herausstellte. Sie verwies darauf, dass sich die Judenfeindschaft in Deutschland nicht nur durch Gewalttaten zeigt, sondern vor allem durch die Verbreitung von Vorurteilen und antisemitischen Stereotypen. Dies passiert in den Medien und auch im politischen Alltag. Zunehmend wird heute im Zuge eines solchen sprachlichen Handelns der Staat Israel als Projektionsfläche genutzt. Daher stelle sie mit Beunruhigung fest, dass auch die Grüne Bundestagspartei eine Kennzeichnung von Produkten aus dem Westjordanland fordert. Diese Kennzeichnung ist der erste Schritt auf dem Weg hin zu einem Boykott.

Herr Tal Gat, der Leiter der Öffentlichkeitsarbeit der Israelischen Botschaft, bedankte sich vor allem bei der Referentin Frau Prof. Schwarz-Friesel, die systematisch die Emails an die Botschaft ausgewertet und somit wissenschaftlich nachweisbar die obsessive Kritik analysiert hat. An den Staat Israel wird nicht nur ein doppelter Standard, sondern ein auf das Land maßgeschneiderter Standard gelegt. In der Formel „warum darf man Israel nicht kritisieren“ ist impliziert man dürfe dies nicht, dabei wird kein anderer Staat auf der Welt, unterdrücke er seine Bevölkerung auch noch so brutal, so oft und so harsch kritisiert. Kritik ist erlaubt und soll auch geäußert werden, die Frage ist nur wie dies geschieht.

Die Frage nach dem Wie, welche antisemitischen Stereotype trotz aller Aufklärungsbemühungen auch nach der Shoah dabei bedient werden, beantwortete Frau Prof. Schwarz-Friesel in

ihrem Vortrag „Judenfeindschaft im 21. Jahrhundert: Antisemitismus als kommunikatives Alltagsphänomen“. Laut des Expertenberichtes des Deutschen Bundestages von 2012 sind 20% aller Deutschen latent antisemitisch. Rechtsradikale Sprachgebrauchsmuster sind dabei vermehrt in der Mitte der Gesellschaft anzutreffen. Dabei ist zu beobachten, dass Judenfeindschaft zunehmend geleugnet, relativiert und verharmlost wird. Frau Prof. Schwarz-Friesel betonte, dass Antisemitismus eine Mischung aus Weltanschauung und Leidenschaft ist, wie Jean-Paul Sartre schrieb, also auf negativen Gefühlen beruht. Antisemitismus ist dabei eine Konstruktion, die ohne Realitätsbezug auskommt und als System, das den Juden als den ultimativen Anderen, Schlechten konstruiert. Juden werden als Kollektivgemeinschaft mit unabänderlichen Eigenschaften konstruiert. Die damit einhergehende absolute Entwertung spiegelt sich auch in der Sprache wieder.

Dies ließ sich anhand der Emails und Foreneinträgen, die sie mit ihrem Team ausgewertet hatte, nachvollziehen. Sie hatten authentische, natürlich erhobene Daten, Korpora ausgewertet. Darunter ca. 15.000 Zuschriften an den Zentralrat der Juden in Deutschland und an die Israelische Botschaft in Deutschland und zum Vergleich ca. 2000 Email an die Israelischen Botschaften anderer europäischer Staaten, sowie ca. 50.000 Texte aus dem Internet (Foren, Chats, Weblogs, sozialen Netzwerken, Kommentaren) und ca. 100.000 Texte zu Israel und dem Nahostkonflikt aus Print- und Onlinezeitungen.

Antisemitismus ist kein Randgruppenphänomen, sondern in der gebildeten Mitte der Gesellschaft, verankert, wie sich anhand der Emails auch nachweisen ließ. 30 % der Schreiber waren Akademiker. Sie verurteilten zwar meist den historischen Vernichtungsantisemitismus, artikulierten aber dennoch Antisemitismen. Dabei sinkt die Tabuisierungsschwelle. Von Über 1.000 ausgewerteten Leserbriefe zum Nahostkonflikt in SZ, FAZ, FR, Welt und regionalen Zeitungen zwischen 2002 und 2004 enthielten 9,2% antisemitische Äußerungen; 2002 bis 2012 waren es schon 37%. Dabei zeigt sich auch, dass Anti-Israelismus die dominante Manifestationsform des Antisemitismus der aktuellen Judenfeindschaft ist. Dabei wird der Staat, der das deutlichste Symbol des jüdischen Überlebens und Lebens ist, durchweg dämonisiert, delegitimiert und negativ bewertet. Die Politik des Staates wird mit dem Nationalsozialismus verglichen („KZ-Politik“), Pejorativlexik genutzt („Verbrecher-/Apartheidsstaat“), de-realisierend übertrieben („die größte Gefahr für den Weltfrieden“), Verschwörungstheorien verbreitet („wenn Jerusalem anruft, beugt sich Berlin dessen Willen“- J. Augstein) und sogar auf alte judeophobe Stereotype zurückgegriffen wie „Sie folgen dem Gesetz der Rache“ (Jakob Augstein).

Die Verbreitung der Dämonisierung Israels gerade auch durch die als objektiv und seriös wahrgenommenen Medien führt wiederum zu einer Verstärkung der antisemitischen Einstellungen.

Dabei wird ritualisierend ein Kritikverbot an dem Staat Israel phantasiert. Dies ist eine typische judeophobe De-Realisierung, denn das Gegenteil ist der Fall. Kein anderes Land der Welt wird so oft und so harsch kritisiert. Dabei legitimieren, rechtfertigen sich die Kritiker stets zuerst selbst und relativieren dann, deuten um und erteilen aus ihrer scheinbar moralisch überlegenen Position heraus Moralappelle und gute Ratschläge nach dem Motto: „wir Deut-

sche haben aus unseren Fehlern gelernt, Sie [die Juden/ israelische Regierung] begehen diese jetzt“.

Die Reaktionen auf die Ergebnisse der Antisemitismusforschung und des Expertenberichts des Bundestages sind eindeutig: sie werden geleugnet, abgewehrt, relativiert und umgedeutet.

In ihrem Fazit machte Frau Prof. Schwarz-Friesel deutlich, dass Antisemitismus kein Randphänomen, sondern tief in der gesamten Gesellschaft verankert ist. Die Ablehnung des historischen Antisemitismus hat nicht zu einer Überwindung von Stereotypen geführt. Antisemitismus wurde nur dann verfolgt und angeprangert, wenn er aus dem Rechtsradikalen Spektrum kam, der indirekte, subtilere, im Sprachgebrauch verankerte Verbal-Antisemitismus aber ist normal geworden. In den letzten 5 Jahren haben sich Habitualisierungs- und Normalisierungseffekte gezeigt und Antisemitismus im kollektiven Bewusstsein und kommunikativen Gedächtnis verankert. Gerade auch die „Gras- und Augstein-Debatte“ haben Stereotype verfestigt und Abwehrreflexe verstärkt, da sich bei den selbsterklärten Anti-Antisemiten judeophobe und israelfeindliche Äußerungen und Muster wiederfanden und ihnen gesellschaftlicher Rückenwind zu Teil wurde. Das Schweigen der Mehrheitsgesellschaft und der sozial relevanten Institutionen wird als Zustimmung gewertet und verstärkt damit die Tendenz, israelfeindliche und antisemitische Stereotypen öffentlich zu äußern.

Diesem Vortrag schloss sich eine kurze Podiumsrunde an. Vertreten waren Mitglieder des Bundestages aus allen Fraktionen: Petra Pau (die LINKE), Marieluise Beck (Bündnis90/die Grünen), Dieter Wiefelspütz (SPD), Gitta Connemann (CDU) und Florian Bernscheider (FDP). Die Frage des Moderators Jochen Feilcke (Deutsch-Israelische Gesellschaft) wie die Politik darauf reagieren sollte, beantworteten einige Podiumsteilnehmer: mit Bildungs- und Erinnerungsarbeit. Dr. Wiefelspütz ergänzte, dass man nur durch permanente Aufklärung hier einwirken könne. Dabei sei Jede/r in der Pflicht auch im Alltag sofort einzuschreiten und die (verbalen) Grenzüberschreitungen aufzuzeigen. Politiker hätten zwar Vorbildfunktion seien aber eben auch nur Spiegelbild der Gesellschaft. Selbstkritisch merkte Petra Pau an, dass daher auch in allen Fraktionen eine Auseinandersetzung zu dem Thema Antisemitismus geführt werden müsse; auch hier gäbe es durchaus Probleme mit dieser Thematik. Marieluise Beck reflektierte über den selbstgerechten Anti-Israelismus innerhalb des linken Milieus der Friedensaktivisten. Ihr Pazifismus, der die Lehre aus der schrecklichen deutschen Geschichte sei, verführe manche, sich über Israel und seine Armee zu erheben. Herr Florian Bernschneider sah einen wichtigen Punkt zur Bekämpfung der judeophoben Stereotype darin, Antisemitismus und jüdisches Leben nicht nur als abgeschlossene historische Einheit im Fach Geschichte in den Schulen zu unterrichten, sondern dies Thema auch darüber hinaus zu behandeln.

Angesichts der begrenzten Zeit, konnten auf dem Podium keine Konzeptvorschläge mehr diskutiert werden, vor allem wie auf den Antisemitismus im akademischen Milieu eingewirkt werden könne, da hier eben Bildung offensichtlich nicht das Patentrezept ist. Die Diskussion konnte beim anschließenden Empfang in persönlichen Gesprächen nachgeholt werden.

17.10.2013 „Gemeinsam agieren statt reagieren“



jüdisches Forum
für Demokratie und gegen Antisemitismus

Freie Universität



Berlin

Veranstaltung „Gemeinsam agieren statt reagieren“

Der Stadtteil Friedenau, im Bezirk Tempelhof–Schöneberg, kommt nicht aus den negativen Schlagzeilen heraus. Dort häufen sich die antisemitischen und rechtsextremistischen Straftaten. Ziel der permanenten Angriffe war und ist das Gedenken an die während des Nationalsozialismus ermordeten Menschen. Im März 2013 wurden vier Stolpersteine innerhalb von sechs Stunden nach deren Einlassen in den Boden und 40 weitere bereits vorhandene Stolpersteine durch Farbschmierereien geschändet. Im Juni berichtete die Berliner Morgenpost sogar von 60, mit schwarzer Lackfarbe, beschmierten Stolpersteinen. Mitte Mai wurden auf die Wohnungstür einer Bürgerin, die sich für das Gedenken engagiert, antisemitische Parolen geschmiert. Außerdem wurde versucht ihren Briefkasten zu sprengen. Anfang August wurde die Gedenktafel für Vergessene Jüdische Architekten geschändet. „Wir sind entsetzt und zornig, dass diese Serie nicht abreißt“, sagt Lala Süsskind Vorsitzende des Jüdischen Forums für Demokratie und gegen Antisemitismus (JFDA) im Juni 2013. „Die Aggressionen haben eine neue Dimension erreicht. Das ist eine Herausforderung für die Demokratie und wir sind bereit, uns gemeinsam gegen diese Verbrecher zu stellen.“

Um dieser Entwicklung entgegenzutreten und nicht immer nur zu reagieren, wird das JFDA gemeinsam mit der Freien Universität Berlin am 17.10.2013 eine Veranstaltung im Henry Ford Bau durchführen. Petra Fritsche, die direkt mit Angriffen gegen ihre Person konfrontiert war, wird zusammen mit anderen Vertreterinnen und Vertretern aus Zivilgesellschaft, Wissenschaft und Politik diskutieren, wie man mit diesen inakzeptablen Zuständen umgehen und präventiv handeln kann.

Datum: **17.10.2013**

Zeit: **18:00 Uhr**

Ort: **Hörsaal D des Henry-Ford-Bau an der FU Berlin, Garystraße 35, 14195 Berlin-Dahlem**

Grußworte **Prof. Dr. Peter-André Alt**, Präsident der Freien Universität Berlin
Lala Süsskind, Vorsitzende des JFDA

Podiumsteilnehmer Petra Fritsche, Stolpersteininitiative Friedenau
Angelika Schöttler, Bezirksbürgermeisterin Tempelhof-Schöneberg
Dilek Kolat, Senatorin für Arbeit, Frauen und Integration
Levi Salomon, Sprecher des JFDA
Mirko Niehoff, FU Berlin

Veranstalter: Jüdisches Forum für Demokratie und gegen Antisemitismus (JFDA) in Kooperation mit der Freien Universität Berlin

Gefördert durch:

Weiterer Veranstaltungshinweis:



2. Pressemitteilungen

19. März 2013 PM des JFDA zum NPD-Verbotsverfahren

Ein Verbot der verfassungsfeindlichen NPD würde unter anderem folgende ihrer Möglichkeiten beschränken: Eine offizielle Plattform für die Verbreitung ihrer menschenverachtenden Ideologie in Landtagen, das Recht auf staatliche Finanzausschüsse, das Recht auf Anträge zur Durchführung neonazistischer Zusammenkünfte, das Recht als Partei Anträge und Klagen vor Gerichten zu stellen, usw.

„Die staatliche Finanzierung der demokratiefeindlichen und offen rassistischen und antisemitischen NPD muss so schnell wie möglich beendet werden. Dies kann nur durch ein Verbot der rechtsextremen Partei geschehen. Die von Philipp Rösler (FDP) eingebrachten Einwände gegen ein NPD-Verbotsverfahren sind nicht einleuchtend. Alle demokratischen Kräfte sollten nun an einem Strang ziehen, um ein Verbot der NPD zu erreichen“, erklärt Lala Süsskind, Vorsitzende des Jüdischen Forums für Demokratie und gegen Antisemitismus (JFDA).

03. April 2013 Bürger zeigen Verantwortung

Das Jüdische Forum für Demokratie und gegen Antisemitismus zeigt sich entrüstet und sehr besorgt über die kürzlich begangenen Farbschmierereien auf vierzig Stolpersteinen in Friedenau und Schöneberg. Am Donnerstag, den 29.3. waren auf Initiative von Anwohnern in Friedenau neue Stolpersteine verlegt worden, um die Erinnerung an ermordete jüdische Bürger des Stadtteils wachzuhalten. Nur sechs Stunden später wurden die Steine von Unbekannten mit schwarzer Farbe beschmiert. Polizei und Staatsschutz leiteten Ermittlungen ein; dennoch wurden innerhalb von kaum 24 Stunden danach an etlichen weiteren Stolpersteinen Schmierereien gefunden. Mit vermutlich derselben Farbe wurde auch das Schild am nahe gelegenen ehemaligen Büro der Berliner Senatorin für Integration, Dilek Kolat, geschwärzt.

Engagierte Bürger und Anwohner organisierten am Dienstag, den 2.4. eine Reinigungsaktion, zu der auch die Senatorin erschien. Mit vereinten Kräften bemühten sich die Anwesenden erfolgreich, die Reste der schwarzen Farbe von den Stolpersteinen zu entfernen. Während der Aktion wurde von den Anwohnern außerdem eine Nachtwache vereinbart, um neuerliche Schmierereien zu verhindern.

Felix Bethmann, stellvertretender Landesvorsitzender der Jusos, äußerte sich während der Aktion: "Die Schmierereien auf Stolpersteinen in mehreren Straßen Berlin-Friedenaus sind beschämend und schockierend. Sie sind Anschläge auf unser aller Verantwortung vor der deutschen Geschichte und auf wichtige Gedenkkultur in Erinnerung an die Ermordeten der Shoa.(...)"

„Es ist abscheulich, dass Menschen auf die Idee kommen, Stolpersteine zu beschmieren. Diese feige, im Schutz der Dunkelheit begangene Schändung von Erinnerungsstätten ist durch nichts zu entschuldigen“, so Lala Süsskind, Vorsitzende des JFDA. „Umso mehr freut es uns aber, dass es für so viele Bürger eine Selbstverständlichkeit ist, mit einer solchen Aktion Verantwortung zu zeigen.“

24. Mai 2013 Vorfälle auf der Repräsentantenversammlung

Berlin – Das Jüdische Forum für Demokratie und gegen Antisemitismus (JFDA) hat mit Bestürzung von den Vorfällen in der Repräsentantenversammlung der Jüdischen Gemeinde zu Berlin am gestrigen Donnerstag, 23.05.2013, erfahren.¹

Die Darstellung des Vorsitzenden, Mitglieder seiner Fraktion seien von der Opposition und Besuchern angegriffen worden, spottet jeder Beschreibung. Auch die Wahrnehmung der zahlreichen Journalisten vor Ort deckt sich nach unserer Auffassung keineswegs mit der Darstellung Dr. Joffes. Einem Repräsentanten, der die Vorfälle aufzeichnen wollte, soll Dr. Joffe sogar das Handy entrissen haben.²

„Wir erleben hier das Ergebnis des von der KOACH-Fraktion beförderten demokratischen Sittenverfalls in der Berliner Gemeinde“, sagte Lala Süsskind, Vorsitzende des JFDA am Freitag. „Um nicht eingestehen zu müssen, dass man selber die Gemeinde in eine hoffnungslose Lage manövriert hat, wird jetzt sogar zu Gewalt und Einschüchterung gegriffen. Dies ist beispielslos.“

Besonders erschüttert zeigte sich Levi Salomon der Sprecher des JFDA von der seit über einem Jahr zu beobachtenden Ignoranz des Gemeindevorsitzenden und seiner Fraktion gegenüber den satzungsmäßigen Regeln der Gemeinde, die eine Körperschaft des öffentlichen Rechts ist. „Erst wurde der Schiedsausschuss nicht mehr besetzt, die oppositionellen Repräsentanten und Vorstandsmitglieder erhalten keinerlei Einsicht in Vorstandprotokolle, missliebige Debatten werden – wie gestern – nach kurzer Zeit unterbunden, die Tagesordnung von kritischen Punkten gesäubert. Diese Reihe ließe sich beliebig fortsetzen. Die gegenwärtige Führung der Jüdischen Gemeinde hat diesen Verfall der demokratischen Sitten allein zu verantworten. Sie sollte daher nun unverzüglich den Weg für Neuwahlen frei machen, um nicht noch weiteren Schaden für die jüdische Gemeinde zu Berlin anzurichten.“

1 <http://mediathek.rbb-online.de/rbb-fernsehen/rbb-aktuell/unmut-in-der-juedischen-gemeinde?documentId=14858982>

2 <http://www.tagesspiegel.de/berlin/wuester-tumult-in-berlin-schlaegerei-im-parlament-der-juedischen-gemeinde-/8247792.html>

06. Juni 2013 Serie von antisemitischen Straftaten in Friedenau reißt nicht ab

Das Jüdische Forum für Demokratie und gegen Antisemitismus (JFDA) ist bestürzt über die kürzlich begangenen Farbschmierereien auf Stolpersteinen in Friedenau. Wir werten dies als direkten Angriff auf das demokratische Zusammenleben in Berlin.

Die Stolpersteine erinnern an von den Nationalsozialisten verfolgte jüdische Menschen. In der Nacht zum 06.06.2013 wurden die in der Stier-, Frege-, Handjery- und Wilhelm-Hauff-Straße in den Boden eingelassenen Gedenksteine geschändet und von unbekanntem Tätern mit schwarzer Farbe beschmiert.

In den letzten Monaten häufen sich derartige Vorfälle in Friedenau: Im März wurden bereits neu verlegte Stolpersteine geschändet, und die Wohnungstür einer Bürgerin, die sich für das Gedenken engagiert, wurde mit antisemitischen Parolen beschmiert.

„Wir sind entsetzt und zornig, dass diese Serie nicht abreißt“, sagte Lala Süsskind, Vorsitzende des JFDA. „Die Aggressionen haben eine neue Dimension erreicht. Das ist eine Herausforderung für die Demokratie und wir sind bereit, uns gemeinsam gegen diese Verbrecher zu stellen. Wir sollten uns nicht einschüchtern lassen in unserem Einsatz für die Erinnerung an die Opfer der Shoa.“

Der stellvertretende Landesvorsitzende der Jusos Berlin, Felix Bethmann, bezeichnete die Taten als widerlich und nicht hinnehmbar. Wie er mitteilt, werden am morgigen Freitag, den 07.06.2013, Bürgerinnen und Bürger ab 10:00 Uhr eine Putzaktion durchführen, um die Stolpersteine von der schwarzen Farbe zu reinigen. Der Treffpunkt für die Putzaktion befindet sich in der Stierstraße. Wir rufen dazu auf, sich an dieser Aktion zu beteiligen und ein Zeichen gegen Antisemitismus zu setzen.

14. Juni 2013 PM zum Antrag im Deutschen Bundestag „Antisemitismus entschlossen bekämpfen, jüdisches Leben in Deutschland weiterhin nachhaltig fördern“

In der 246. Sitzung des Bundestages wurde unter dem 9. Tagesordnungspunkt über den Antrag der Fraktionen der CDU/CSU, SPD, Bündnis 90/die Grünen und FDP, der eine Antwort auf den Expertenbericht zum Antisemitismus des Deutschen Bundestages von 2011 darstellt, diskutiert. Das Jüdische Forum für Demokratie gegen Antisemitismus begrüßt es sehr, dass einige Redner über das übliche Vorgehen, Antisemitismus als alleiniges Problem extremistischer Strömungen zu verkürzen, hinausgingen. Antisemitismus ist in allen gesellschaftlichen Schichten verankert, auch in der Mitte, im akademischen Milieu, wie unter anderem Frau Gitta Connemann, bemerkte. Dazu gehören auch die verschiedenen im Bundestag vertretenen Politischen Parteien wie Stefan Ruppert feststellte. Zentral ist es, ein gesellschaftliches Klima, eine Sensibilisierung der Gesellschaft zu schaffen um jeglicher Form des Antisemitismus entgegenzutreten, sei es aus dem linken, rechten Milieu, aus christlichen oder muslimischen, gebildeten und weniger gebildeten Kreisen, wie Volker Beck zu recht forderte.

Das JFDA begrüßt den angenommenen Antrag, in dem Antisemitismus als eine besondere Form der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit stärker bekämpft und jüdisches Leben in Deutschland stärker gefördert werden soll. Demnach sollen Programme so ausgerichtet werden, dass Antisemitismus in allen seinen tradierten und neuen Erscheinungsformen bekämpft wird. Es soll über Antisemitismus an Schulen und außerschulischen Bildungseinrichtungen aufgeklärt und stärker auch über jüdisches Leben heute informiert werden. Die Zusammenarbeit mit Initiativen, Stiftungen oder dem Zentralrat der Juden soll hierzu intensiviert werden. Die staatlichen Exekutivorgane sollen stärker zum Thema Antisemitismus und antisemitischen Straftaten sensibilisiert werden.

Dem JFDA fehlt allerdings ein grundsätzliches Konzept, um eine langfristige Perspektive für Initiativen, Organisationen und Projekte gegen Antisemitismus zu eröffnen. Der Bundestagsbeschluss ist ein guter Beginn und ihm sollten konkrete, weitgehendere Handlungsanweisungen folgen.

23. Juli 2013 PM des JFDA betreffend die EU-Förderrichtlinien zu Israel

Die EU hat ihre „Richtlinien“ zu den künftigen Beziehungen mit Israel offiziell veröffentlicht und damit einen „befreundeten Staat“ überrumpelt. Üblich ist, dass offizielle Beschlüsse mit derartiger Tragweite erst einmal hinter den Kulissen abgesprochen werden.

Ungeheuerlich ist in dem EU-Dokument die Verwendung der Formel „1967-Grenzen“. Auch die Beamten in Brüssel sollten wissen, dass es zwischen Israel und dem damals von Ägypten besetzten Gazastreifen sowie dem von Jordanien erst besetzten und später völkerrechtswidrig annektierten Westjordanland keine international anerkannte Grenze gab, sondern nur auf Rhodos 1949 unterzeichnete Waffenstillstandslinien. Der EU sollte auch bekannt sein, dass diese Gebiete keinem Souverän gehören, auch nicht „den Palästinensern“, solange es keinen palästinensischen Staat gibt. Mit ihren Richtlinien greift die EU einer Grenzziehung vor. Die von der EU mitunterzeichneten Osloer Verträge fordern ausdrücklich Verhandlungen über den Endstatus der Grenzen, sowie die Zugehörigkeit der Territorien und Jerusalems. Die Regelung stellt somit einen einseitigen politischen Schritt dar, der üblichen politischen und diplomatischen Gepflogenheiten widerspricht.

Unter Punkt 15 erlaubt die EU Aktivitäten israelischer Einrichtungen in den besetzten Gebieten, von denen die Palästinenser profitieren und die „auf einer Linie mit der EU Politik liegen und den Nahost-Friedensprozess fördern“ (wörtlich: „in line with EU policy“). „Linientreu“ sind offenbar Nicht-Regierungs-Organisationen wie Peace Now, Betzelem und andere extremistische anti-israelische/pro-palästinensische Vereine. Künftig sollen also Beamte in Brüssel darüber entscheiden, wer „linientreu“ ist.

Etwa 30.000 Palästinenser profitieren von der Siedlungspolitik. Sie verdienen ihren Lebensunterhalt in Fabriken oder auf Baustellen in den „völkerrechtlich illegalen jüdischen Siedlungen“. Dies allein zeigt, dass die Richtlinien nicht „objektive Erfordernisse, sondern reine Ideologie und Symbolpolitik“ sind, zumal „von etwa 800 Millionen Euro Finanzhilfen, die aus Brüssel nach Israel geflossen sind, gerade einmal 0,5 Prozent der Gelder für Projekte in die oben genannten Gebieten verwendet wurden“, wie der außenpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Philipp Missfelder, formuliert hat.

Die Richtlinien haben bei allen Beteiligten Schaden angerichtet. Die EU ist unglaubwürdig geworden und kann nicht mehr als neutraler Vermittler gesehen werden. Die praktischen Auswirkungen der Richtlinien sind gering, da sie nur für Einrichtungen der EU bindend sind, nicht aber für die 28 EU-Mitgliedsstaaten mit bilateralen Beziehungen zu Israel. Handel, Wissenschaft und Kulturaustausch sind nicht betroffen.

Die Richtlinien haben in Ramallah schon zu einer weiteren Verhärtung der palästinensischen Position geführt und die Chancen für einen Kompromiss bei Grenzfragen schwieriger ge-

macht. „Leider arbeitet die Direktive in die entgegengesetzte Richtung, als ihr eigentlich erklärtes Ziel: einen sicheren Frieden durch ein gültiges Friedensabkommen zu schaffen“, wie Levi Salomon, Sprecher des JFDA verdeutlicht.

Wer den Israelis Frieden und den Palästinensern einen eigenen Staat wünscht, sollte beiden Seiten die Freiheit lassen, den Mittelweg zwischen Ansprüchen und einer realistischen Lösung zu finden. Klar ist, dass die alten Grenzlinien für Israel keine Sicherheit bieten und dass eine Teilung Jerusalems keine vernünftige Lösung sein kann.

Problematisch und fragwürdig ist auch die Tatsache, dass die EU derartige Richtlinien nur für Israel ausgearbeitet hat, nicht aber für andere Länder wie die Türkei, Indien, China oder Russland, die ebenfalls „fremdes“ Land besetzt halten.

02. September 2013 Nicht nur eine Stilfrage: antisemitische Bilder bei der Show Roger Waters

In schwarzem Ledermantel steht ein Mann im Zentrum der Bühne, am linken Arm eine rote Binde, im Hintergrund schwarze Stoffbahnen mit gekreuzten Hammern und in der Hand ein Maschinengewehr. Die Lichter sind auf ihn gerichtet, er schießt in die Menge. Am Ende wirft er die Arme nach oben und lässt sich von der begeisterten Menge feiern. Sind die Assoziationen gewollt: Nürnberger Reichsparteitage, Nationalsozialismus? In der New York Daily News finden sich Ausschnitte aus dieser Show. Die BZ schreibt dazu, „Das war schon immer schwer erträglich und es ist immer wieder von Musikkritikern darauf hingewiesen worden, dass sich Applaus bei diesen Szenen verbietet, auch wenn die Musik noch so gigantisch ist.“ Die Bühnenshow gehört zu Roger Waters Tour The Wall live.

Spätestens hier bekommt der Zuschauer dieses Spektakels eine Gänsehaut. Die Inszenierung bedarf bereits an diesem Punkt einer Erklärung. Was soll das? Warum soll das deutsche Publikum im Berliner Olympiastadion, erinnert sei hier an die Olympischen Spiele 1936 und die damalige Dekoration, zu solch einer Show feiern? Was möchte der Künstler damit erreichen?

Neben dieser Nationalsozialismus-Allegorie geht der Künstler aber noch einen Schritt weiter. Er lässt ein Schwein mit Davidstern in den Bühnenhimmel steigen. Hier greift er auf alte Symboliken zurück: Das Schwein, das im Judentum nicht-koscher ist, wurde schon im Mittelalter für antijüdische Hetzbilder benutzt, wie zum Beispiel die Skulptur am Regensburger Dom.

Als Verteidigung der Verwendung des Davidsterns auf dem Schwein gibt Roger Waters auf Facebook an, dass er auch Symbole von Shell-Öl und McDonalds, Dollar-Zeichen und Ähnliches aufs Schwein gemalt habe. Seine Show sollte unter anderem antikolonial sein, schreibt Waters. Wozu verwendet er in diesem Zusammenhang den Davidstern, stehend neben den anderen, für ihn negativ behafteten Symbolen? Sieht er eine jüdische Weltverschwörung am Werk, die Juden hinter McDonalds und dem Öl? Abraham Foxman, der Direktor der Anti-Defamation League (ADL), kritisierte vor allem die Zusammenstellung des Davidstern mit den Symbolen des Finanzkapitals wie dem Dollarzeichen, wie die Bild-Zeitung³ berichtet: „Es spiegelt das Stereotyp wieder, Juden seien geldgierig“.

Oder sieht Waters den Davidstern eher als Symbol des jüdischen Staates? Waters ist bekannt als Aktivist im Boykott gegen Israel, der den Staat auch schon verbal entgleisend⁴ der „ethnischen Säuberung“ und „Apartheid“ bezichtigt. Die ADL⁵ bescheinigt Waters Ausfälle gegen Israel als unterlegt mit beleidigenden und gefährlichen antijüdischen Stimmungen („colored by offensive and dangerous undercurrents of anti-Jewish sentiment“).

3 <http://www.bild.de/news/inland/pink-floyd/roger-waters-the-wall-tour-juden-boykott-32030060.bild.html>

4 http://haolam.de/Israel-Nahost/2013-8/artikel_14495.html

5 <http://www.adl.org/press-center/press-releases/israel-middle-east/adl-open-letter-to-roger-waters.html>

Mit der Zusammenstellung der Symbole verschwimmt auch die Inszenierung, die angeblich antifaschistisch verstanden werden soll, mit seiner eigenen Weltsicht und ist nicht überzogen, sondern absolut ernst gemeint. In Waters offenem Brief auf Facebook⁶ bestätigt er alle Befürchtungen über seine Show: Das Schwein stehe für alles Böse und die Zuschauer täten dann das Richtige am Ende und zerstörten es (“Also the pig in question represents evil, and more specifically the evil of errant government. We make a gift of this symbol of repression to the audience at the end of every show and the people always do the right thing. They destroy it.”). Wir stellen uns das Bild vor: Das deutsche Publikum erschießt das Davidstern-Schwein unter Jubel im Olympiastadion. Waters selber weist den Vorwurf des Antisemitismus zurück und argumentiert, er habe gute jüdische Freunde und eine jüdische Schwiegertochter. Er ist damit nicht originell sondern benutzt altbekannte Verteidigungsmuster. Persönliche Kontakte sind leider offensichtlich nicht ausreichend um von Kollektivzuschreibungen abzusehen. Antisemitismus ist nicht nur die rassenbiologische Sicht auf Juden, der pseudowissenschaftliche Versuch Juden als minderwertige Rasse zu klassifizieren. Antisemitismus liegt auch dann vor, wenn antisemitische Stereotype und Bilder verwendet werden (wie der geldgierige Jude, „die Judensau“) oder realitätsfremde Weltverschwörungen phantasiert werden oder aber kollektiv Eigenschaften oder Ereignisse „den Juden“ zugeschrieben werden.

Waters beschreibt seine Show als „antikolonial, pro freiheitlich, pro Dialog, pro Frieden, anti-autoritär, antifaschistisch“ und vieles mehr in diesem Duktus. Fest steht aber, dass die Inszenierung nicht nur höchst zweifelhaft zu nennen ist, sondern wissentlich mit nationalsozialistischen und antisemitischen Bildern spielt unter dem Beifall tausender Menschen. Wie kann etwas pro Dialog sein, wenn man eine ganze Bevölkerungsgruppe zum Abschuss freigibt? Der Davidstern ist ein Symbol für das Judentum, der bei Waters zum Bösen der Welt gerechnet wird.

Michael Szentei-Heise, der Verwaltungsdirektor der Jüdischen Gemeinde Düsseldorf, nannte Waters daher einen „geistiger Brandstifter, für den es in unserer Stadt kein Forum geben darf“. Die Gemeinde ruft zum Boykott des Konzerts in Düsseldorf auf. Unterstützung bekommt die Gemeinde auch von der Politik. „Sicherlich gebe es in der Kunst die Freiheit der Meinungsäußerung“, sagt Alexander Fils, Ratsmitglied der Stadt Düsseldorf in der RP Online⁷. „Ich persönlich halte aber nichts davon, dabei Nazi-Symbole einzusetzen. [...] Das ist Kokettieren mit dem Verbotenen, um sich selbst ins Zentrum zu setzen“, sagt Fils. Die Inszenierung von Waters sei “überflüssig und dumm”, die Jüdische Gemeinde habe vollkommen Recht.“

Lala Süsskind, Vorsitzende des Jüdischen Forums für Demokratie und gegen Antisemitismus (JFDA) bemerkt vor seinen Auftritten in Deutschland: „Die Benutzung antisemitischer Bilder, noch dazu an einem historisch hoch sensiblen Ort wie dem Olympiastadion, sprengt die

6 <https://www.facebook.com/notes/roger-waters-the-wall/an-open-letter-from-roger-waters/688037331210720>

7 <http://www.rp-online.de/region-duesseldorf/duesseldorf/nachrichten/waters-zu-nazi-symbolik-bin-kein-antisemit-1.3641212>

künstlerische Freiheit. Wir sollten dem eine klare Absage erteilen, nicht nur durch jüdische Organisationen.“

13. September 2013 PM zu einem Interview mit Philipp Rösler

In der Tageszeitung (taz) vom 10.09.2013 wurde ein Interview zweier Journalistinnen mit dem Wirtschaftsminister Philipp Rösler veröffentlicht. Hier stehen nur die Fragen, nicht die Antworten, denn die FDP hat das Interview nicht freigegeben, „weil Rösler sein asiatisches Äußeres im Wahlkampf nicht zum Thema machen wolle“, wie bei blogs taz⁸ zu lesen ist.

Zweidrittel der Fragen werden zu Röslers Aussehen und Geburtsland gestellt, wie: „Herr Rösler, welche Erfahrungen haben Sie damit gemacht, dass andere Probleme mit Ihrem asiatischen Aussehen haben?“ Oder: „Wann haben Sie bewusst wahrgenommen, dass Sie anders aussehen als die meisten Kinder in Deutschland?“

Die Fragestellung impliziert, dass deutsche Kinder anders aussähen. Es liegt auf der Hand zu fragen: wie sieht denn ein deutsches Kind aus? Haben deutsche Kinder etwa blonde Haare? Markus Löning⁹, der Menschenrechtsbeauftragte, twitterte: „Liebe taz, wie nennt man das, wenn man jemanden auf sein Aussehen und seine Herkunft reduziert?“ Und, so müsste man hinzufügen, außerhalb der Gesellschaft stellt.

Die Welt¹⁰ bezeichnet das Interview als „beschämend“ und das Vorgehen der Journalistinnen als „verantwortungslos“, denn es „sind die Fragen, die den Vizekanzler rassistisch diskriminieren. Sie stigmatisieren ihn, und dem muss er sich nicht aussetzen.“

In einem Interview, das bei blogs.taz selbst veröffentlicht ist, bewertet Timo Reinfrank¹¹ von der Amadeu-Antonio-Stiftung die Fragen ebenfalls als rassistisch „weil in den Fragen ständig diese Haltung reproduziert wird: wir Herkunftsdeutsche hier, ihr Einwanderer dort. Man will, dass Rösler sich für seine eigene Partei rechtfertigt. Leute, die von Rassismus betroffen sind, muss man nicht immer wieder damit quälen, dass es viele Leute gibt, die sie diskriminieren. Wenn ich an seiner Stelle gewesen wäre, wäre ich mitten im Interview rausgegangen.“

Lala Süsskind, Vorsitzende des Jüdischen Forums für Demokratie und gegen Antisemitismus (JFDA), bewertet den Versuch Rassismus zu thematisieren als richtig, die Art und Weise aber als nicht zielführend. „Es hätte eher gefragt werden sollen, was seine Partei gegen Rassismus unternehmen möchte, wie Handlungsstrategien aussehen könnten und ihn so als Politiker ernst zu nehmen, anstatt ihn in eine Opferrolle hineinzupressen.“

8 <http://blogs.taz.de/hausblog/2013/09/09/philipp-roesler-fragen-und-keine-antworten>

9 <https://twitter.com/LoeningMarkus>

10 <http://www.welt.de/kultur/medien/article119882036/und-mit-kleinem-Penis-regiert-man-schlechter.html>

11 <http://blogs.taz.de/hausblog/2013/09/10/ich-waere-mitten-im-interview-rausgegangen/>

Wenn die zuständige Chefredakteurin Ines Pohl auf blogs.taz in diesem Vorgehen einen „groben Bruch der gängigen Spielregeln“ sieht, dann meint sie wahrscheinlich die Nichtfreigabe des Interviews seitens der FDP und leider nicht die Fragen selbst.

16. September 2013 PM zu Wahlprüfstein

In Zeiten des Wahlkampfes sind wir als Wählerinnen und Wähler gefragt zu entscheiden, welcher Partei und welchen Kandidaten wir unsere Stimme geben. Viele Initiativen und Organisationen haben daher Fragen als Entscheidungshilfen, Wahlprüfsteine zu verschiedenen Themen gestellt.

Eine wichtige Frage ist die nach der öffentlich-politischen Reaktion auf reproduzierte antisemitische Stereotype und Übergriffe, die in den letzten Jahren zugenommen haben. Für das demokratische Selbstverständnis einer Gesellschaft ist die Auseinandersetzung mit ihren Vorurteilen elementar. In unserem Grundgesetz ist die Gleichheit und Gleichbehandlung festgeschrieben, doch wie wird auf Ausgrenzungs- und Stigmatisierungstendenzen reagiert?

Das Jüdische Forum für Demokratie und gegen Antisemitismus (JFDA) hat eine Frage verfasst um sich über die konkreten Positionen und beabsichtigten Handlungsstrategien der Parteien und Kandidaten und Kandidatinnen zu informieren:

„Antisemitismus ist noch immer ein weit verbreitetes Phänomen, das sich durch alle gesellschaftlichen Schichten zieht. Auch in der viel beschworenen gesellschaftlichen Mitte und innerhalb der Politischen Parteien, lassen sich antijüdische Stereotype wiederfinden. In dem vom Bundestag angenommenen Antrag an die Regierung mit dem Titel „Den Kampf gegen Antisemitismus verstärken, jüdisches Leben in Deutschland weiter fördern“ sollte ein Signal gesetzt werden. Wie werden Sie sich persönlich für die Umsetzung einsetzen und welches werden dabei Ihre Schwerpunkte sein?“

Antworten sind auf der Homepage zu finden:

<http://jfda.de/wahlprufsteine-zur-bundestagswahl-2013/>

<http://jfda.de/wahlprufsteine-2013-parteiantworten/>

22. November 2013 PM zur Gurlitt-Sammlung

Das Jüdische Forum für Demokratie und gegen Antisemitismus (JFDA) fordert im Umgang mit der Sammlung Gurlitt nach dem Ende des NS Unrechtsregime umgehend Klarheit zu schaffen und einen für die Öffentlichkeit transparenten Umgang mit der Sammlung zu ermöglichen.

Dr. Nikoline Hansen aus dem Vorstand stellt dazu fest: „Es kann nicht angehen, dass immer noch Zweifel darüber bestehen, ob in Bezug auf NS Raubgut Verjährungsfristen Anwendung finden. Dies muss ein für alle Mal geklärt und die Aufhebung der Verjährungsmöglichkeit für diese speziellen Fälle gesetzlich verankert werden. Es ist unerträglich, dass hier willkürliche Entscheidungen die Manifestation von Unrecht ermöglichen, da die Entschädigung oder Rückgabe von Raubgut nur auf Grundlage moralischer Verpflichtung erfolgt. Darüber hinaus muss Transparenz hergestellt werden und der Öffentlichkeit eine Datenbank verfügbar gemacht werden, in der alle Gemälde und Zeichnungen der Sammlung aufgeführt sind, über deren Herkunft Zweifel besteht. Nur so kann sichergestellt werden, dass mögliche Erben gefunden und ihnen zu ihrem Recht verholfen werden kann.“

Das JFDA schließt sich damit der Forderung von Ronald S. Lauder, Präsident des Jüdischen Weltkongresses (WJC) an, der von der Bundesregierung verlangt hatte, „die Bilder sichtbar zu machen“ und über eine Veränderung der Verjährungsfristen nachzudenken. Der SZ gegenüber kritisierte der Zentralrat der Juden die geplante Rückgabe: „Nachdem die ganze Sache über 18 Monate hinweg fast konspirativ behandelt wurde, ist nun der Schnellschuss einer pauschalen Rückgabe sicher auch der falsche Weg“, sagte Dieter Graumann, der Zentralratspräsident, der SZ. Bei Fällen von möglicher Raubkunst seien „Sensibilität und Verantwortung gefragt“; es gehe „nicht nur um den Rechtsanspruch auf Restitution“. Die Sache besitze auch eine „moralische und historische Dimension“. Es liege nun in der Verantwortung der Politik, „den Opfern von damals zur Würde von heute zu verhelfen“.

Deutschland muss sich seiner Verantwortung stellen und endlich die Grauzone verlassen, die sich als Folge der nationalsozialistischen Politik stillschweigend im Nachkriegsdeutschland entwickelt hat. Die Sammlung Gurlitt ist ein eklatantes Beispiel dafür, wie die Politik der Willkür des Naziregimes bis heute nachwirkt. Der eigentliche Skandal ist nicht die Tatsache, dass es Gurlitt gelang, die Öffentlichkeit in dem Glauben zu lassen, dass ein Großteil der Bilder seiner Sammlung vernichtet worden seien, sondern das anhaltende Versteckspiel vor der Öffentlichkeit nach der Entdeckung der Bilder und auch die heimliche Hilfsbereitschaft, als es etwa darum ging Werke aus der Sammlung 1956 in den USA auszustellen oder einzelne Werke zu versteigern. Das JFDA fordert eine zügige Aufklärung und appelliert an die verantwortlichen Politiker, die gesetzlichen Grundlagen hierfür zu schaffen.

29. November 2013 Antisemitischer Vorfall in Hannover

Das Jüdische Forum für Demokratie und gegen Antisemitismus (JFDA e.V.) hat mit großer Erschütterung Kenntnis von einem antisemitischen Eklat in Hannover erlangt.

Bei einer Podiumsdiskussion am 28.11.2013 im Haus der Religionen in Hannover zum Thema „Der lange Schatten von 1933“, an der unter anderem Ingrid Wettberg, die langjährige Vorsitzende der Liberalen Jüdischen Gemeinde, teilnahm, kam es zu einem antisemitischen Vorfall.

Im Rahmen der sich an die Diskussion anschließenden Fragerunde, meldete sich ein nach Veranstalterangaben bekannter Rechtsextremist zu Wort und versuchte, sich mittels der für Neonazis typischen „Wortergreifungsstrategie“ in die Diskussion einzubringen. In diesem Rahmen wurde Frau Wettberg massiv und in aggressiver Art und Weise beleidigt und u.a. als „lügende Jüdin“ diffamiert. Welche Lügen er ihr genau vorwarf und ob der Mann unter Verweis auf „370.000 deutsche Juden, die das Land ja hätten verlassen dürfen“, versuchte, den Holocaust zu relativieren, wird Gegenstand weiterer Ermittlungen sein. Gegen den Täter soll nach Angaben anwesender Journalisten zwischenzeitlich von Veranstaltungsteilnehmern Strafanzeige erstattet worden sein.

Der Täter beließ es aber nicht bei nur verbalen Attacken, sondern versuchte, direkt auf das Podium zu Frau Wettberg zu gelangen. Dem beherzten Eingreifen des Publikums, des hannoverschen Regionspräsidenten Hauke Jagau (SPD) und weiterer Podiumsteilnehmer, darunter auch der Präsident des Landespräsidiums für Polizei, Brand- und Katastrophenschutz Uwe Binias dürfte es zu verdanken sein, dass es letztlich nicht auch zu einem körperlichen Übergriff gekommen ist. Einem zwischenzeitlich erteilten Hausverbot versuchte die betreffende Person dadurch zu entgehen, dass sie sich auf den Boden warf. Nachdem der Mann zunächst erfolgreich des Saales verwiesen worden war, war er abermals in Begleitung von Polizeibeamten im Veranstaltungssaal erschienen, dann aber von den Anwesenden zurückgedrängt worden.

Dieser Vorfall stellt einen weiteren Höhepunkt antisemitischer Übergriffe dar, nachdem erst vor kurzem der jüdische Friedhof von Oldenburg geschändet wurde. Aber auch der Bundestrend im Hinblick auf antisemitisch motivierte Übergriffe ist erschreckend. Allein im letzten Quartal dieses Jahres kam es zu 190 antisemitischen Straftaten bundesweit.

Um dieser Entwicklung entgegenzutreten ist ein vehementes Handeln gefragt.

Vorbildlich sind in diesem Fall u.a. der Regionspräsident Hauke Jagau und Landespolizeipräsident Uwe Binias zu nennen, die halfen, den Täter körperlich auf Distanz zu Frau Wettberg zu halten. Aber nicht nur einzelne Personen sind gefragt, sondern auch die neue Bundesregierung muss sich dieser Situation stellen und verstärkt Strategien entwickeln, um diesen antisemitischen Tendenzen, welche in der Gesamtgesellschaft verankert sind, etwas entgegen zu stellen.

3. Sonstiges

10. Februar 2013 Analyse der Mediendebatte zur Platzierung von Jakob Augstein auf der Rankingliste „Top Ten Anti-Semitic/Anti-Israel Slurs 2012“ des Simon Wiesenthal Centers

Seit dem 27.12.2012 findet in den deutschen Medien eine erhitzte Debatte um die „Top Ten Antisemitic/ Anti-Israel Slurs 2012“¹² des Simon Wiesenthal Centers (SWC) statt. Die jährlich erscheinende Liste enthält ein Ranking der zehn schlimmsten antisemitischen Verleumdungen. Auf Platz neun war der deutsche Journalist und Herausgeber der Wochenzeitung *Freitag*, Jakob Augstein, mit fünf Zitaten zu Israel aufgeführt worden. Das Jüdische Forum für Demokratie und gegen Antisemitismus (JFDA) hat während der Debatte Monitoring betrieben. Das JFDA hat eine Übersicht zusammengestellt, um Positionen und Linien aufzuzeigen, die im Verlauf der Debatte erkennbar wurden.

Das SWC geht bei seiner Definition von Antisemitismus vom Ansatz Natan Sharanskis aus. Natan Sharanski wurde 1948 in der UdSSR geboren, war als Dissident und Menschenrechtler in der Sowjetunion 9 Jahre inhaftiert und konnte 1986 im Austausch gegen Agenten der Länder des Warschauer Paktes nach Israel ausreisen. Er hatte seitdem verschiedene Ministerämter in Israel inne und ist zurzeit Vorsitzender der Jewish Agency. Die Grenze zwischen Antisemitismus und legitimer Kritik an israelischer Politik verläuft nach seiner Definition entlang der „3 D’s“: Dämonisierung, doppeltem Standard und Delegitimierung.¹³

Das SWC bezieht sich bei seiner Einschätzung auf folgende Zitate Jakob Augsteins¹⁴, die antisemitische Formulierungen enthalten haben sollen:

1. *„Mit der ganzen Rückendeckung aus den USA, wo ein Präsident sich vor den Wahlen immer noch die Unterstützung der jüdischen Lobbygruppen sichern muss, und aus Deutschland, wo Geschichtsbewältigung inzwischen eine militärische Komponente hat, führt die Regierung Netanjahu die ganze Welt am Gängelband eines anschwellenden Kriegsgesangs.“*

2. *„‘Die Atommacht Israel gefährdet den ohnehin brüchigen Weltfrieden‘ Dieser Satz hat einen Aufschrei ausgelöst. Weil er richtig ist. Und weil ein Deutscher ihn sagt, ein Schriftsteller, ein Nobelpreisträger, weil Günter Grass ihn sagt. Darin liegt ein Einschnitt. Dafür muss man Grass danken. Er hat es auf sich genommen, diesen Satz für uns alle auszusprechen.“*

12 http://www.wiesenthal.com/atf/cf/%7B54d385e6-f1b9-4e9f-8e94-890c3e6dd277%7D/TT_2012_3.PDF

13 <http://jcpa.org/phas/phas-sharansky-f04.htm>

14 http://www.wiesenthal.com/atf/cf/%7B54d385e6-f1b9-4e9f-8e94-890c3e6dd277%7D/TT_2012_3.PDF

3. *„Israel wird von den islamischen Fundamentalisten in seiner Nachbarschaft bedroht. Aber die Juden haben ihre eigenen Fundamentalisten. Sie heißen nur anders: Ultraorthodoxe oder Haredim. Das ist keine kleine, zu vernachlässigende Splittergruppe. Zehn Prozent der sieben Millionen Israelis zählen dazu. Benjamin Netanjahu hat in seinem Kabinett Mitglieder gleich dreier fundamentalistischer Parteien sitzen. Die gleichen Werte? Diese Leute sind aus dem gleichen Holz geschnitzt wie ihre islamistischen Gegner. Sie folgen dem Gesetz der Rache.*

4. *„Das Feuer brennt in Libyen, im Sudan, im Jemen, in Ländern, die zu den ärmsten der Welt gehören. Aber die Brandstifter sitzen anderswo. Die zornigen jungen Männer, die amerikanische - und neuerdings auch deutsche - Flaggen verbrennen, sind ebenso Opfer wie die Toten von Bengasi und Sanaa. Wem nützt solche Gewalt? Immer nur den Wahnsinnigen und den Skrupellosen. Und dieses Mal auch - wie nebenbei - den US-Republikanern und der israelischen Regierung.“*

5. *„Gaza ist ein Ort aus der Endzeit des Menschlichen. 1,7 Millionen Menschen hausen da, zusammengepfercht auf 360 Quadratkilometern. Gaza ist ein Gefängnis. Ein Lager. Israel brütet sich dort seine eigenen Gegner aus.“*

In der Auseinandersetzung konnten wir drei signifikante Positionen erkennen, die in den deutschen Medien eingenommen wurden:

Die erste Position wurde von Journalisten eingenommen, die Jakob Augsteins Aussagen nicht als antisemitisch wahrnahmen und ihn vom Vorwurf des Antisemitismus freisprechen wollten: Augstein würde eine legitime Kritik an israelischer Politik betreiben, Antisemitismus sei in keiner Form zu finden.

Vertreter der zweiten Position wandten ein, dass Augstein zwar Ressentiments bediene, seine Aussagen jedoch in einer „Grauzone“ zu verorten seien, die die rote Linie zum Antisemitismus nicht überschreite.

Die dritte Gruppe stimmte dem SWC zu und bescheinigte Augstein die Überschreitung der Grenze zum Antisemitismus.

Folgende Artikel sind unserer Meinung nach kennzeichnend für die erste Kategorie:

Frank Drieschner bezeichnete am 02.01.2013 in der Zeit die Feststellungen Augsteins als „trivial“ und führte weiter aus, dass “ Israel in Gaza seine eigenen Gegner her-

anzüchtet“. Mit dem Hinweis auf den amerikanischen Wahlkampf und die angespannten Beziehungen zwischen US-Präsident Obama und Netanjahu verteidigte er des Weiteren die Annahme, der Angriff auf die amerikanische Botschaft in Libyen hätte der Regierung Israels und den US-Republikanern genutzt. Drittens rechtfertigte er Kritik am israelischen Atomprogramm mit dem Hinweis, dass jede Atommacht sich dieser Kritik aussetzen müsse. Israel sei dabei keine Ausnahme.¹⁵

· Nils Minkmar machte am 01.01.2013 in der FAZ deutlich, dass ein gewaltiger Unterschied zwischen Jakob Augstein und den anderen Personen auf der Liste bestünde: Während die übrigen Personen auf der Liste „die Juden“ als Gesamtheit dämonisierten, würde Augstein den Adressaten immer klar benennen. Namentlich erwähnt Minkmar die Regierung Netanjahus, jüdische Lobbyorganisationen in den USA und „gewaltbereite israelische Minderheiten“.¹⁶

· Auch Christian Bommarius vertritt in seinem, am 02.01.2013 in der Frankfurter Rundschau und am selben Tag auch in der Berliner Zeitung erschienenen Artikel die Ansicht, dass Augstein die Adressaten eindeutig ansprechen würde und führt aus: „Augstein nimmt sich lediglich die Freiheit, die Regierung Netanjahu dafür zu kritisieren, wofür sie alle Welt kritisiert.“¹⁷

· Jan Fleischhauer ergreift am 06.01.2013 in seiner Kolumne auf Spiegel-Online Partei für Augstein und spricht sich gegen die Rangliste aus, allerdings ohne auf die Argumentation des SWC oder auf die genannten Zitate einzugehen. Er stellt das Simon Wiesenthal Center und seine Methoden in Frage.¹⁸

· Stefan Reineke stellt in der taz vom 03.01.2013 die Methode des Rankings in Frage. Augstein sei ein „scharfer, rationaler Kritiker der rechtsnationalen Regierung“. In seinem Artikel werden die Äußerungen Augsteins weder widergegeben noch analysiert. Er könne keine mit der NS-Terminologie vergleichbaren Textstellen bei Augstein ausmachen, vielmehr sei die Kritik Augsteins so auch in der israelischen Zeitung *Ha'aretz* zu finden.¹⁹

All diese Stimmen weisen den Antisemitismusvorwurf gegen Augstein zurück, indem sie die Liste an sich in Frage stellen und die Methoden und Arbeitsweisen des SWC angreifen.

15 <http://www.zeit.de/2012/02/augstein-antisemitismus-vorwurf>

16 <http://www.faz.net/aktuell/feuilleton/antisemitismus-vorwurf-eine-offene-gesellschaft-12011369.html>

17 <http://www.fr-online.de/kultur/antisemitismus-broder-diffamiert-augstein,1472786,21374630.html>

18 <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/antisemitismus-debatte-der-fall-augstein-a-875976.html>

19 <http://www.taz.de/1/archiv/digitaz/artikel/?ressort=me&dig=2013%2F01%2F04%2Fa0080&cHash=98c63ff0fc967e8c1a01dac1a3686948>

Andere Kommentatoren nahmen die Liste als Anlass zu einer intensiveren Auseinandersetzung mit den Äußerungen Augsteins. Oft kamen sie dabei zu dem Schluss, dass Augstein an der Grenze zum Ressentiment argumentiere oder dem Antisemitismus mit seiner Argumentation in die Hände spielen würde. Vor allem nachdem sich die erste Aufregung über die Nennung Augsteins auf der Liste des SWC gelegt hatte, mehrten sich Stimmen, die den erhobenen Vorwurf ergebnisoffen diskutierten.²⁰

Ein Beispiel dafür ist Tobias Kaufmanns Analyse vom 18.01.2013 im Kölner Stadtanzeiger. In Bezug auf die These Jakob Augsteins, Netanjahu führe die Welt am Gängelband, macht er deutlich: „Dieser Satz enthält [...] vier zentrale Behauptungen: Das winzige Israel sei in der Lage, der ganzen Welt seinen Willen aufzuzwingen; dieser Wille sei Krieg; Deutschland begleiche die Schuld des Holocaust mit Waffen für diesen Krieg; die jüdische Lobby beherrsche den mächtigsten Mann und das mächtigste Land der Erde (die USA).“ Weiter führt Kaufmann aus, dass alleine die Aussage über die Macht der jüdischen Lobby diskreditierend sei, da politisch Mächtige immer mit möglichst allen Interessensvertretungen auf gutem Fuß stehen müssten, auch wenn sich deren Interessen diametral gegenüberständen. Mit Verweis auf Martin Luther King macht Kaufmann deutlich, dass Antisemitismus nach 1945 immer neue Wege gehen werde, um der Bezeichnung Antisemitismus zu entkommen. Abschließend hält er Augstein zu Gute, wohl nicht aus bösem Willen zu handeln, dabei aber genau die neuen Formen des Antisemitismus zu verwenden. Kaufmann lässt am Ende offen, ob man Augstein Antisemitismus unterstellen könne: „Es gibt sicher viele Menschen, die sich ihre Meinung zu Israel so einseitig gebildet oder sich so an falsche Metaphern gewöhnt haben, dass sie sich wirklich nicht dessen bewusst sind, was in Argumenten wie dem von der jüdischen Lobby oder dem alttestamentarischen Rachegott mitschwingt. Dieses Phänomen ist weder neu noch typisch deutsch. Es schadet nicht, Martin Luther Kings Analyse im Hinterkopf zu behalten. Sie ist bis heute aktuell.“²¹

Juliane Wetzel, Wissenschaftliche Mitarbeiterin des Zentrums für Antisemitismusforschung in Berlin, möchte Augstein in einem Interview mit dem Magazin Cicero vom 04.01.2013 nach den Definitionskriterien des Zentrums nicht als Antisemiten bezeichnen. Die Definition des Zentrums, nach der Kritik an israelischer Politik die Grenze zum Antisemitismus überschreitet, wird mit drei Punkten umrissen: „**Erstens, wenn das Existenzrecht des Staates Israel infrage gestellt oder bestritten wird. Zweitens, wenn Zionismus und Rassismus gleichgestellt werden. Drittens, wenn das Vorgehen des israelischen Militärs mit dem nationalsozialistischen Völkermord gleichgesetzt wird.**“ Sie weist darauf hin, dass „Grauzonen“ existierten, in denen sich Augstein bewegen würde. Weiterhin konstatiert sie: „Ich kenne nicht jede seiner Aussagen. Aber die Aussagen, die jetzt noch mal in der Presse waren – da würde ich sagen: Das ist zwar grenzwertig, aber er überschreitet diese Grenzen nicht.“²²

20 http://www.dradio.de/dlf/sendungen/interview_dlf/1967345/

21 <http://www.ksta.de/debatte/israelkritik-sind-wir-alle-antisemiten-,15188012,21491824.html>

22 <http://www.cicero.de/weltbuehne/grenzwertig-aber-nicht-antisemitisch/53060>

Hier widerspricht sich Wetzel, da sie im gleichen Interview konstatiert, eine Äußerung sei antisemitisch, etwa „wenn gesagt wird: Israel ist die einzige Bedrohung für den Weltfrieden“ oder indem sie in einem früheren Artikel des Freitag zur Grass-Debatte schreibt: „[...] er bedient mit seinem „Gedicht“ antisemitische Klischees und schürt negative Gefühle gegenüber Juden.“²³

Die dritte Gruppe setzt sich aus Stimmen zusammen, die Augsteins Aussagen wesentlich stärker angreifen. Für diese Autoren sind die zitierten Aussagen Augsteins als antisemitisch einzustufen.

Politikwissenschaftler Matthias Küntzel macht in der Welt vom 14.01.2013 deutlich, dass die Kolumnen Augsteins nicht „im Zweifel links“ sondern „im Zweifel rechtsradikal“ seien. Mit Blick auf die angebliche Macht Jerusalems auf die deutsche Politik sei der Tenor bei Augstein: „Der Jude kommandiert, der Deutsche kuschelt.“ Im Rückbezug auf die Äußerungen Jakob Augsteins zum Gedicht von Günther Grass analysiert Küntzel weiter, dass die Metapher vom durch Israel gefährdeten Weltfrieden aus den antisemitischen „Protokollen der Weisen von Zion“ entlehnt sei. Grass habe dieses Bild popularisiert, Augstein habe darüber hinaus diese Äußerungen in den deutschen Medien wieder salonfähig gemacht. Auch die Lagermetapher Augsteins in Bezug auf Gaza greift Küntzel heftig an. Augstein unterstelle Israel, kein Interesse am Frieden zu haben und rezipiere nur die Zusammenhänge, die in diese Argumentation passen würden. Abschließend kommt Küntzel zu dem Ergebnis, dass der Versuch Augsteins und seiner Verteidiger die Messlatte für Antisemitismus so hoch zu legen, dass man sie leicht unterlaufen könne, nicht erfolgreich sein werde. Die Geschichte werde dem SWC Recht geben.²⁴

Bereits am 03.01.2013 hatte, ebenfalls in der Welt, Clemens Wergin auf die stilistischen Mittel der Augstein Kolumnen hingewiesen: „Er bauscht die von Israel ausgehende Gefahr raunend auf, die Regierung Netanjahu führe die "Welt am Gängelband" (die jüdische Weltverschwörung lässt grüßen) und natürlich darf auch die "jüdische Lobby" nicht fehlen, die die amerikanische Politik angeblich zur Geisel genommen hat und Gaza ist – was sonst – ein "Lager", was die nicht nur bei radikalen Linken beliebte These suggeriert, die Israelis seien auch nicht besser als die Nazis.“ Auch die Aussagen zum angeblichen politischen Nutzen den die israelische Regierung aus der Stürmung der libyschen US-Botschaft gezogen hätte, kritisiert Wergin. So schließt er: „Die Summe an Verzerrungen und an Einseitigkeiten plus eindeutige Passagen wie einige oben angeführte lassen den Schluss zu, dass Augstein einen Juden- und Israelknacks hat und ein links-antisemitisch gefärbtes Weltbild.“²⁵

23 <http://www.freitag.de/autoren/der-freitag/die-tater-opfer-umkehr>

24 <http://www.welt.de/kultur/article112761041/Jakob-Augstein-und-der-Israelkomplex.html>

25 <http://www.welt.de/debatte/article112378427/Augsteins-Verteidiger-sind-auf-linkem-Auge-blind.html>

In einem Interview in der Welt vom 16.01.2013 beschreibt der Sozialwissenschaftler Samuel Salzborn die Argumentation Augsteins, um danach festzustellen: „Die antisemitische Machtphantasie, Juden beziehungsweise Israel würden die Welt lenken und kontrollieren, sie würden von Kriegen profitieren und sie gar selbst zum eigenen Nutzen inszenieren. Die Analogie zu NS-Terminologie kehrt Opfer und Täter um und projiziert den Nationalsozialismus und die NS-Verbrechen auf Israel, schließlich kulminierend in dem Begriff "die Juden" – in einem Kontext, der eigentlich von Israel handelt, nun aber begrifflich "die Juden" auf- und angreift.“ Die Frage, ob Augstein ein Antisemit sei, findet Salzborn sekundär. Für ihn kommt es aus der Ergebnisperspektive nicht darauf an, ob die antisemitische Äußerung in einem antisemitischen Selbstbewusstsein erfolgt ist oder nicht.²⁶

Schließlich sei an dieser Stelle noch das Interview mit Shimon Samuels im Tagesspiegel vom 11.01.2013 erwähnt. Als Vertreter des SWC in Paris unterstützt er die Antisemitismusdefinition Sharanskis und argumentiert, dass auch andere Definitionen bestimmte Formen von Kritik an israelischer Politik als Antisemitismus bezeichnen würden. Er bescheinigt Augstein die Formen der legitimen Kritik verlassen zu haben und antisemitisch zu argumentieren.²⁷ Allerdings macht er nicht deutlich inwiefern die Zitate Augsteins antisemitisch sind.

Mehrere Journalisten haben auf die Problematik der Rankingliste des SWC verwiesen. Sie hoben hervor, dass eine „Top 10 Liste“ weder dem Thema gerecht werde, noch dass eine genaue Klassifizierung unter antisemitischen Äußerungen möglich sei.

Der Verlauf der Debatte wurde insbesondere am Beginn dadurch geprägt, dass der Journalist und Autor Henryk Broder zur Zielscheibe der Verteidiger Augsteins wurde. Broder hatte schon vor der Veröffentlichung der Liste des SWC Augstein Antisemitismus unterstellt. Außerdem zitierte das SWC Broder in einer Fußnote seiner Liste. Daraus wurde der Schluss gezogen, das SWC hätte Augstein auf Hinweis Broders in die Liste aufgenommen. Viele Kommentatoren griffen daraufhin Broder an, der über Augstein geschrieben hatte, er sei "der kleine Streicher von nebenan..., der nur Dank der Gnade der späten Geburt um die Gelegenheit gekommen ist, im Reichssicherheitshauptamt Karriere zu machen..."²⁸ Besonders heftig griff Christian Bommarius Broder an, indem er in der Frankfurter Rundschau Broder mit Goebbels verglich und äußerte, es spräche „für den deutschen Rechtsstaat, dass Henryk M. Broder bis

26 <http://www.welt.de/politik/deutschland/article112787522/Daemonisierung-mit-dem-Ziel-der-Delegitimierung.html>

27 <http://www.tagesspiegel.de/meinung/antisemitismus-debatte-um-augstein-auch-worte-koennen-toeten/7617228.html>

28 http://www.achgut.com/dadgd/index.php/dadgd/article/ein_lupenreiner_antisemit_eine_antisemitische_dreckschleuder/

heute frei herumläuft.“²⁹ Die Diskussion wurde weiter befeuert, als Efraim Zuroff, Direktor des Jerusalemer SWC, Verständnis für die Streicher-Metapher Broders äußerte.³⁰ Broder entschuldigte sich für seine Aussage.³¹

In der Debatte fallen die unterschiedlichen Antisemitismusdefinitionen auf, die zugrundegelegt wurden, um Augsteins Aussagen entweder von den Vorwürfen zu entlasten oder um diese zu erhärten. Während das SWC mit dem „3-D-Test“ Sharanskis eine israelbezogene Definition anlegte, die es erlaubt Augsteins Aussagen als Antisemitismus zu bezeichnen, stützten sich andere auf die Überlegungen Theodor Adornos³² oder auf die bereits erwähnte Definition des Zentrums für Antisemitismusforschung. Einige Autoren beriefen sich explizit oder argumentativ auf die Arbeitsdefinition des EUMC (European Monitoring Centre on Racism and Xenophobia)³³, die der Deutsche Bundestag empfiehlt und die auch das JFDA verwendet.

In einem Streitgespräch mit dem Vorsitzenden des Zentralrats der Juden, Dieter Graumann, nahm Augstein lediglich Abstand vom Begriff Lager im Zusammenhang mit Gaza.³⁴ Das Beharren Augsteins auf seinen Äußerungen veranlasste Rabbi Abraham Cooper (SWC), in einer Pressekonferenz³⁵ des Mideast Freedom Forums Berlin am 31.01.2013 den Ton gegenüber Augstein zu verschärfen. Hatte das SWC bis dahin Augsteins Äußerungen als antisemitisch klassifiziert, ging Cooper nun einen Schritt weiter und bezeichnete Augstein als Antisemiten.³⁶

Im Anschluss an die Pressekonferenz erschienen zahlreiche weitere Artikel in den Medien. Leander Steinkopf etwa fragt in der faz vom 31.01.: „Wie kann es nun aber sein, dass das SWC Augstein einen Antisemiten nennt, während die deutsche Presselandschaft ihn großflächig verteidigt? Wenn man verschiedener Meinung über den konkreten Fall ist, aber in der eigentlichen Sache - nämlich der Bekämpfung des Antisemitismus - einig, dann muss irgendwo ein Missverständnis vorliegen.“ Steinkopf führt dieses „Missverständnis“ auf „unterschiedliche Definitionen von Antisemitismus“ zurück. Er plädiert dafür, den „3-D-Test“ des SWC als Diskussionsgrundlage zu betrachten.³⁷

29 <http://www.fr-online.de/kultur/antisemitismus-broder-diffamiert-augstein,1472786,21374630.html>

30 <http://www.juedische-allgemeine.de/article/view/id/14867>

31 <http://www.welt.de/kultur/article112708625/Das-war-nicht-hilfreich-Ich-entschuldige-mich.html>

32 <http://www.titanic-magazin.de/essay-augstein.html>

33 <http://www.european-forum-on-antisemitism.org/working-definition-of-antisemitism/deutsch-german/>

34 <http://www.zentralratdjuden.de/de/article/3960.html>

35 <http://www.mideastfreedomforum.org/index.php?id=352>

36 <http://www.welt.de/politik/ausland/article113268896/Wiesenthal-Zentrum-legt-gegen-Jakob-Augstein-nach.html>

Jutta Heeß weist in einem Beitrag der „Kulturzeit“ auf 3Sat auf die Brisanz der Diskussion hin: „Wie brisant die Diskussion über die Liste des Simon-Wiesenthal-Zentrums ist, erlebt man auf der Pressekonferenz mit Rabbi Abraham Cooper, "Listen machten auch die Nazis gerne", sagt jemand: Vielleicht nur unglücklich gewählte Worte einer Journalistin.³⁸“ Tania Martini stellt dazu in der taz vom 31.01. fest: „Vor der Reflexion kommt der Reflex.“³⁹

Im Stern vom 31.01. kommt Niels Kruse in Bezug auf Abrahams Coopers Feststellung "Egal, ob der Zentralrat der Juden, die Regierungsparteien, die Journalisten - sie alle haben ihn abgeschottet und geschützt" zu dem Ergebnis: „Was er nicht sagte, war die naheliegende Folgerung: Nämlich, dass die Solidarität mit Augstein ein Hinweis auf einen weit verbreiteten Antisemitismus in Deutschland sein könnte. Auch ein anderer Gedanke wurde nicht ausgesprochen: Dass die Solidarität mit Augstein ein Hinweis darauf sein könnte, dass sich das Simon-Wiesenthal-Institut mit seiner erneuerten Einschätzung vielleicht vergaloppiert hat.“⁴⁰ Insgesamt beschränkt sich die überwiegende Anzahl der Autoren nach der Pressekonferenz mit Abraham Cooper jedoch auf eine Berichterstattung.

Fazit

Das JFDA kommt in seiner Analyse zum Verlauf der Debatte zu den folgenden Ergebnissen:

1. Im Laufe der Debatte erschien eine Vielzahl an Artikeln, die sich mit der Platzierung Augsteins auf der Liste des SWC beschäftigten. Dennoch ist festzustellen, dass sich viele Autoren in ihren Artikeln nicht ausreichend mit den Aussagen Augsteins und mit den Argumenten des SWC befasst haben. Statt einer inhaltlich-argumentativen Auseinandersetzung war die Debatte durch eine starke Personifizierung gekennzeichnet.
2. In vielen Texten wird auf ein angebliches Tabu verwiesen, das Kritik an israelischer Politik in Deutschland unmöglich mache.
3. Im Verlauf der Debatte waren in sich widersprüchliche Bewertungen erkennbar. Diese bezeichneten Aussagen Augsteins, in denen sich dieser für die Aussage von Günter Grass *“Die Atommacht Israel gefährdet den ohnehin brüchigen Weltfrieden“* bedankt, einerseits als

37 <http://www.faz.net/aktuell/feuilleton/debatten/fall-augstein-wie-wird-man-einer-der-schlimmsten-antisemiten-12046164.html>

38 <http://www.3sat.de/page/?source=/kulturzeit/themen/167542/index.html>

39 <http://www.taz.de/Augsteins-antisemitische-Stereotype/1110160/>

40 <http://www.stern.de/politik/deutschland/besuch-beim-wiesenthal-zentrum-wie-jakob-augstein-zum-antisemiten-wurde-1964230.html>

nicht antisemitisch, während eben diese Aussage in der Debatte um das Gedicht von Günter Grass anders bewertet wurde.⁴¹

4. Im Verlauf der Debatte wurde deutlich, dass die oben genannten Antisemitismusdefinitionen, auf die sich mehrere Autoren beziehen, unterschiedlich ausgelegt werden. Empfehlenswert erscheint daher der Vorschlag Leander Steinkopfs, die Definition von Natan Sharansky, den sogenannten „3-D-Test“, auf den sich das SWC stützt, als Diskussionsgrundlage zu nutzen. Diese Definition sollte durch die Passagen zu israelbezogenem Antisemitismus der anderen Definitionen ergänzt werden.

„3-D-Test“⁴²:

Israelbezogener Antisemitismus liegt demnach vor,

- wenn der jüdische Staat dämonisiert wird; wenn Handlungen israelischer Politik als Aktionen ohne vernünftiges Maß dargestellt werden; wenn Israelis mit Nazis und palästinensische Flüchtlingslager mit Auschwitz verglichen werden – dann ist das Antisemitismus und keine legitime Kritik an Israel (**Dämonisierung**)
- wenn sich Kritik selektiv auf Israel bezieht; wenn allein Israel der Verletzung von Menschenrechten bezichtigt wird, während gleichzeitig die Taten der schlimmsten menschenverachtenden Regimes wie China, Iran, Cuba und Syrien ignoriert werden; wenn dem Magen David Adom als einzigem Rettungsdienst in der Welt die Mitgliedschaft im Internationalen Roten Kreuz verweigert wird – das ist Antisemitismus (**Doppelte Standards**)
- wenn Israel das Existenzrecht abgesprochen wird - als einzigem Volk der Welt – auch das ist Antisemitismus (**Delegitimierung**)

(sinngemäße Übersetzung des JFDA)

EUMC Arbeitsdefinition⁴³, die vom Deutschen Bundestag empfohlen wird:

Arbeitsdefinition: „Der Antisemitismus ist eine bestimmte Wahrnehmung von Juden, die sich als Hass gegenüber Juden ausdrücken kann. Der Antisemitismus richtet sich in Wort oder Tat gegen jüdische oder nicht-jüdische Einzelpersonen und / oder deren Eigentum, sowie gegen jüdische Gemeindeinstitutionen oder religiöse Einrichtungen.“

41 <http://www.freitag.de/autoren/der-freitag/die-tater-opfer-umkehr>

42 <http://jcpa.org/phas/phas-sharansky-f04.htm>

43 <http://www.european-forum-on-antisemitism.org/working-definition-of-antisemitism/deutsch-german/>

Darüber hinaus kann auch der Staat Israel, der dabei als jüdisches Kollektiv verstanden wird, Ziel solcher Angriffe sein.

Als aktuelle Beispiele für israelbezogenen Antisemitismus führt die EUMC-Definition u.a. die folgenden auf:

- Der Vorwurf gegenüber dem jüdischen Volk oder dem Staat Israel, den Holocaust übertrieben darzustellen oder erfunden zu haben.
- Der Vorwurf gegenüber Juden, sie fühlten sich dem Staat Israel oder angeblich bestehenden weltweiten jüdischen Interessen stärker verpflichtet als den Interessen ihrer jeweiligen Heimatländer.

Beispiele von Antisemitismus im Zusammenhang mit dem Staat Israel und unter Berücksichtigung des Gesamtkontextes können folgende Verhaltensformen einschließen, ohne auf diese beschränkt zu sein:

- Das Abstreiten des Rechts des jüdischen Volkes auf Selbstbestimmung, z.B. durch die Behauptung, die Existenz des Staates Israel sei ein rassistisches Unterfangen.
- Die Anwendung doppelter Standards, indem man von Israel ein Verhalten fordert, das von keinem anderen demokratischen Staat erwartet und verlangt wird.
- Das Verwenden von Symbolen und Bildern, die mit traditionellem Antisemitismus in Verbindung stehen (z.B. der Vorwurf des Christismordes oder die Ritualmordlegende), um Israel oder die Israelis zu beschreiben.
- Vergleiche der aktuellen israelischen Politik mit der Politik der Nationalsozialisten.
- Das Bestreben, alle Juden kollektiv für Handlungen des Staates Israel verantwortlich zu machen.

Die Definition nach Theodor Adorno (zitiert nach Stefan Gärtner) lautet dagegen:

»Darauf spekuliert tatsächlich einer der wesentlichen Tricks von Antisemiten heute: sich als

Verfolgte darzustellen; sich zu gebärden, als wäre durch die öffentliche Meinung, die Äußerungen des Antisemitismus heute unmöglich macht, der Antisemit eigentlich der, gegen den der Stachel der Gesellschaft sich richtet, während im allgemeinen die Antisemiten doch die sind, die den Stachel der Gesellschaft am grausamsten und am erfolgreichsten handhaben« (Adorno, a.a.O.). Daß die Juden uns den Mund verbieten, ist das Gerücht über die Juden, das nach Adorno der Antisemitismus ist. Wer glaubt, daß es wahr sei, ist ein Antisemit.⁴⁴

Die Definition von israelbezogenem Antisemitismus des Zentrums für Antisemitismusforschung⁴⁵ lautet:

Israelbezogener Antisemitismus liegt vor:

„Erstens, wenn das Existenzrecht des Staates Israel infrage gestellt oder bestritten wird. Zweitens, wenn Zionismus und Rassismus gleichgestellt werden. Drittens, wenn das Vorgehen des israelischen Militärs mit dem nationalsozialistischen Völkermord gleichgesetzt wird.“

Das JFDA befürwortet eine breite Diskussion in den Medien über Formen des Antisemitismus, der sich selbst als „Israelkritik“ bezeichnet und eine Auseinandersetzung mit der Frage, an welcher Stelle die Grenze zwischen Kritik an israelischer Politik und Antisemitismus verläuft. Das JFDA hofft, dass eine Versachlichung der Debatte dazu führt, dass in den deutschen Medien das Bewusstsein für die Grenzen zwischen Kritik an israelischer Politik und israelbezogenem Antisemitismus wächst.

Berlin, 04.02.2013

44 <http://www.titanic-magazin.de/essay-augstein.html>

45 <http://www.cicero.de/weltbuehne/grenzwertig-aber-nicht-antisemitisch/530>

07. März 2013 Rosenzweig: Politische Entgleisung oder bewusste Provokation?

"Wer die neue Ausgabe des 'Jüdischen Berlin' liest, ist fassungslos", hatten im Februar 2013 Micha Guttman, Michael Joachim und Tuvia Schlesinger in einem Kommentar festgestellt. Tatsächlich waren und sind viele Gemeindemitglieder empört; der Grund dafür liegt im Editorial der Februar-Ausgabe.

Michael Rosenzweig, Vorsitzender der Repräsentantenversammlung der Jüdischen Gemeinde zu Berlin (JGzB) und Herausgeber des "Jüdischen Berlin", hatte in seinem Editorial anlässlich des Purim-Festes etwas angekündigt, was seiner Ansicht nach eine politische Glosse ist. Was darauf folgte, könnte man als Vergleich des Verhaltens einiger Gemeindemitglieder mit den Vorgängen in einer Affenherde auffassen. In einer solchen, so Rosenzweig, gelinge es bisweilen einem rangniedrigen Herdenmitglied, sich durch Lärm mehr Geltung zu verschaffen. Ähnliches sei derzeit in der JGzB zu beobachten, weshalb er um deren Außenwirkung besorgt sei.

Besorgnis um die Außenwirkung der Gemeinde ist möglicherweise angebracht - allerdings eher wegen des Vergleichs, an den Rosenzweig sich gewagt hat.

Die Metapher mit den Affen könnte auf den ersten Blick harmlos erscheinen. Man kennt das Stilmittel von Tieren, die an Stelle von Menschen handeln, seit den Fabeln von Äsop. In der klassischen Fabel werden Tiere zu Handelnden in einer Erzählung, an deren Ende eine Moral steht. Die Tiere besitzen dabei meist als für sie typisch angesehene Eigenschaften, die ihr Verhalten bestimmen, und die Erzählung folgt einem durchdachten Konzept. Es handelt sich bei der Fabel um eine jahrhundertalte ausgeklügelte Kunstform. Zwischen einer solchen und der Form des einfachen Vergleichs besteht ein großer Unterschied.

Einfache Vergleiche von Menschen mit Tieren sind uns hingegen aus anderen Kontexten bekannt - aus dem Nationalsozialismus, aus dem historischen christlichen ebenso wie aus dem islamistischen Antisemitismus. Es war, wie auch der Gemeindegewach-Kommentar angemerkt hatte, erst wenige Wochen her, dass Aussagen von Ägyptens Präsident Mursi über "Juden als Abkömmlinge von Schweinen und Affen" bekannt wurden. Tatsächlich hat diese Art der Verunglimpfung im islamistischen Antisemitismus Tradition. So hält etwa Robert Wistrich, Professor an der Hebräischen Universität Jerusalem, in seinem Buch "Muslimischer Antisemitismus" fest: *"Die heutigen Juden sind teuflischen Ursprungs", rief der Imam der Ka'aba Moschee in Mekka, dem heiligsten Ort der muslimischen Welt. „Sie sind ... der Abschaum der menschlichen Rasse, welchen Allah verflucht und in Affen und Schweine verwandelt hat.*"⁴⁶

46 vgl. <http://www.matthiaskuentzel.de/contents/affen-und-schweine>

Auch der Politikwissenschaftler Matthias Küntzel kommt in einem Beitrag über islamischen Antisemitismus zu dem Schluss, dass es die „(...) bekannte *Enthumanisierung der Juden und ihre Dämonisierung zum Menschheitsfeind (ist), die die Islamisten dazu treibt, als „jüdisch“ markierte Menschen unterschiedslos (...) zu töten.*“⁴⁷

Die Ent-Menschlichung als wesentliches Mittel zur Legitimierung der Vernichtung von Menschen ist aber kein ausschließliches Kennzeichen des islamistischen Antisemitismus; ihren Kumulationspunkt fand sie im Nationalsozialismus, wo die Enthumanisierung der Juden gängige Praxis war. Wie Avishai Margalit es formuliert:

*"Menschen als Tiere, als Maschinen, als Zahlen, als Dämonen zu behandeln - das sind Mittel der Erniedrigung."*⁴⁸ Diese Form der Erniedrigung hatte in der NS-Zeit System. Sie diente dazu, die industrielle Ermordung von Menschen zu rechtfertigen.

Wir haben es bei der scheinbar harmlosen sprachlichen Metapher bei näherem Hinsehen also mit einer potenzierten Form sprachlicher Gewalt zu tun. Diese Tatsache ist nicht zu unterschätzen.

Die ‚Glosse‘ von Herrn Rosenzweig mag lustig gemeint gewesen sein - zieht man ihre historischen Vorgänger in Betracht, ist sie in den Augen vieler Gemeindemitglieder als zutiefst beleidigend zu werten.

Es stellte sich die Frage, ob dem Autor die Tragweite seines Vergleichs bewusst war.

Inzwischen könnte man davon ausgehen, dass dies nicht der Fall ist. Denn im Editorial der März-Ausgabe des 'Jüdischen Berlin' bedankt sich Michael Rosenzweig „für die vielen positiven Reaktionen auf das Editorial der letzten Ausgabe“. Über die erfolgten negativen Reaktionen und die Welle der Empörung in der Gemeinde verliert er jedoch kein Wort.

Die Autoren des Kommentars auf der Gemeindegewach-Seite bezeichneten Rosenzweigs Artikel als Skandal. Sie und mit ihnen mehrere Gemeindemitglieder haben den Rücktritt Rosenzweigs gefordert.

47 <http://www.matthiaskuentzel.de/contents/islamischer-antisemitismus>

48 http://www.lettre.de/content/avishai-margalit_der-holocaust

05. Juli 2013 Antisemitische Stereotype aus der Mitte der Gesellschaft: Ein Beispiel in der SZ vom 2.7.2013

Antisemitische Stereotype sind nicht allein Problemscheinungen der Randgruppen, sondern ebenso virulent in der Mitte der Gesellschaft. Der Expertenbericht der Bundesregierung von 2011 bestätigt dies. Häufig werden antijüdische Ressentiments dabei auf den Staat Israel projiziert. Der Expertenbericht sagt dazu: „Der antizionistische Antisemitismus tritt unter dem Deckmantel einer Ablehnung der Innen- und Außenpolitik des Staates Israel auf, der im Kern aus einer besonderen ideologischen Verzerrung und pauschalen Diffamierung des jüdischen Staates besteht, die sich zugleich traditioneller antisemitischer Stereotype bedient. Dabei lässt sich das eigentliche Motiv für die Aversion gegen Israel einzig in der Tatsache der Existenz eines jüdischen Staates ausmachen.“ In der Süddeutschen Zeitung vom 2.7.2013 im Feuilleton wird diese althergebrachten Verzerrung verwendet. Dort ist neben zwei Buchrezensionen, die sich mit Israel beschäftigen, eine Illustration abgebildet, auf der ein gehörntes, gieriges Monster mit Messer und Gabel in der Hand, im Bett liegend von einer Frau mit einem reichgedeckten Frühstückstablett bedient wird. Die rote Linie wird nicht durch die Zeichnung selber überschritten, sondern erst in Verbindung mit der Bildunterschrift: „Deutschland serviert. Seit Jahrzehnten wird Israel, teils umsonst, mit Waffen versorgt. Israels Feinde halten das Land für einen gefräßigen Moloch. Peter Beinart beklagt, dass es dazu gekommen ist.“ Dies lässt sich kaum anders verstehen, als dass Israel als Dämon nun von Deutschland gefüttert wird. Israel ist bildlich verzerrt und dämonisiert. Bedient wird das alte Weltverschwörungsbild des Juden, hier projiziert auf den jüdischen Staat, der letztlich faul die Welt regiert und andere für sich arbeiten lässt. Der Begriff Moloch ist entlarvend, wird er doch als alles verschlingende Macht oder kinderfressendes Monster in der Antike genutzt. „Karikaturen dieser Art gehörten zum visuellen Repertoire des ‘Stürmer’“, wie in „die Welt“ zu lesen ist⁴⁹. Der Zeichner selber, Ernst Kahl, ist empört über die ungefragte Nutzung in diesem Zusammenhang, er hätte seine Zustimmung verweigert, wie er im Interview klarstellt.⁵⁰

Die Süddeutsche Zeitung bedauert nun, dass Leser das Ensemble als antisemitisch interpretiert haben. In einer Stellungnahme der Redaktion wird eingeräumt, dass es besser gewesen wäre, ein anderes Bild zu wählen da es zu Missverständnissen geführt habe. Die Bildunterschrift ist nicht Gegenstand der Stellungnahme. Das AJC (American Jewish Committee hat nun eine Beschwerde mit Ausführungen zum antisemitischen Charakter der Zeichnung beim Deutschen Presserat, einer unabhängigen Organisation deutscher Medienverbände, eingereicht.⁵¹

49 <http://www.welt.de/kultur/article117655895/Eine-fragwuerdige-Karikatur-im-Muenchner-Moloch.html>

50 <http://www.neues-deutschland.de/artikel/826382.gartenzwerg-mit-messer-im-ruecken.html>

51 <http://www.ajc-germany.org/de/meldung/ajc-berlin-reicht-beschwerde-beim-deutschen-presserat-wegen-antisemitischer-karikatur-ein>

03. August 2013 Redebeitrag von Dr. Nikoline Hansen, Vorstandsmitglied des JFDA, am 3. August 2013 auf der Kundgebung gegen den “Al-Quds-Marsch”:

Meine Damen und Herren,

seit einigen Jahren stehen wir jedes Jahr wieder hier am Kurfürstendamm und demonstrieren dagegen, dass es in Berlin möglich ist, gegen Israels Existenz zu demonstrieren.

Jahr für Jahr werden die Strategien unserer Gegner ausgeklügelter, obwohl das eigentlich noch nicht einmal nötig wäre. Denn sie fallen offensichtlich auf fruchtbaren Boden.

Ich frage mich, wieso es in Berlin überhaupt erlaubt sein muss, gegen Israel, die einzige funktionierende Demokratie im Nahen Osten, zu demonstrieren. Die Sicherheit Israels sei oberste Staatsdoktrin, sagt unsere Bundeskanzlerin. Die Ziele, für die die Al Quds Demonstranten auf die Straße gehen, widersprechen unseren grundlegenden demokratischen, freiheitlichen und ethischen Grundwerten: Das verbergen sie perfide unter dem Aufruf für Frieden und Gerechtigkeit – gegen Zionismus und Antisemitismus. Wie es mit dem Frieden aussieht wissen wir nur zu gut: 2002 kostümierte ein Palästinenser sein Kind mit Bombenattrappen und das war in Deutschland trotz allem nicht gern gesehen. Jetzt ziert also ein Täubchen den Demonstrationsaufruf. Und indem man dem Antisemitismus eine Absage erteilt, glaubt man sich auf der sicheren Seite. Dabei wissen wir heute: Antizionismus ist nichts anderes als Antisemitismus in neuem Gewande.

Denn mit Zionismus ist nichts anderes als der Staat Israel gemeint. Um zu verstehen, was Antizionismus in den Augen der Al Quds-Demonstranten bedeutet, genügt schon ein Blick auf die Webseite der Initiatoren: Hier finden sich vier Landkarten nebeneinander aufgereiht, wie sie in letzter Zeit immer öfter auftauchen: 1946 gehörte das gesamte Gebiet zwischen Libanon, Syrien, Jordanien und Ägypten: Palästina, wem sonst. Das unterstreicht die Markierung durch die palästinensische Flagge. Geschichte neu gemacht: Vergessen, dass auch dieses Stück Land im Nahen Osten Teil des britischen Mandats war? Einer Besatzungsmacht, gegen die übrigens auch die Juden verzweifelt kämpfen mussten um ihre Unabhängigkeit 1948 endlich zu erlangen? 1948 also gibt es die ersten weißen Flecken auf dieser Karte: die Grenzen eines Staates, dem kaum jemand eine Überlebenschance einräumte; ein kleines zerfettertes Gebiet, vom Standpunkt der Selbstverteidigung her ein militärischer Albtraum. Dabei musste Israel sich immer wieder gegen Angriffskriege seiner Nachbarn zur Wehr setzen. Der entscheidende Krieg war 1967 der Sechs-Tage-Krieg. Denn trotz des arabischen Überraschungsangriffs gelang es, das Land zu verteidigen, und: Die israelische Armee eroberte wichtige strategische Gebiete. Man kann sagen, die Israelis hatten keine andere Wahl. Sonst wäre Israel, so wie es das iranische Regime seit 1979 auch offen fordert, längst von der Landkarte verschwunden. Das also ist die dritte Landkarte: Die Grenzen von 1967; der schmale Streifen is-

raelischen Hoheitsgebiets ist breiter geworden und durch die Eroberung der Golanhöhen ist auch der Norden des Landes nun ein heller Fleck.

Und nach 1967? Es begann die israelische Siedlungspolitik. Man mag davon halten was man will, aber das Zusammenleben der arabischen und israelischen Bevölkerung verläuft weitgehend friedlich und insofern ist die sicherheitspolitische Strategie Israels bislang aufgegangen. Man darf allerdings nicht verschweigen, dass auch der Sicherheitszaun seinen Teil dazu beigetragen hat, den wir in Deutschland gerne als „Mauer“ bezeichnen, denn: „Die Mauer muss weg“ – das weiß jedes Kind. Auch hier wird mit einer Symbolik gearbeitet, die zeigt: das Israelbild in Deutschland wird verzerrt. Egal ob es in den Medien oder in den Schulbüchern ist: Die Indoktrination beginnt früh und man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, sie ist erwünscht: Israel ist nun der Aggressor, der Deutschland in seinen schlimmsten Zeiten einst selbst war. Günter Grass hat das mit psychologischer Tiefenschärfe erkannt und in zwar poetischer Form aber doch sehr direkt formuliert.

Was aber ist die Realität? Das sozusagen bis an die Zähne bewaffnete Israel existiert seit über 60 Jahren und ist ein wissenschaftlich und wirtschaftlich hoch entwickeltes Land mit einem hohen Lebensstandard. Es versucht in Frieden zu existieren, was mit Nachbarn, die schon gerne mal neidvoll über den Zaun schauen, kein leichtes Unterfangen ist. Die Bedrohung durch Raketen, die immer wieder im Land einschlagen, ist alltäglich und real.

Und die EU mischt sich derzeit nicht zum ersten Mal massiv in die Politik ein. Sie hat schon lange zweifelhafte Unterstützung geleistet: ich erinnere an die palästinensischen Schulbücher, die über Jahrzehnte mit Unterstützung der EU den Hass der Palästinenser auf ihre israelischen Nachbarn geschürt haben. Das fiel zwar irgendwann auf und führte zu Protesten, der Schaden war allerdings schon angerichtet. Nun also ist es die Kennzeichnungspflicht für Waren, die in Siedlungsgebieten produziert wurden und deren Boykott, nur mal so nebenbei, Arbeitsplätze der Palästinenser gefährden würde, die mit Israelis zusammen arbeiten. Aber vielleicht auch das ein erwünschter Effekt? Darüber hinaus verweigert die EU israelischen Partnern jenseits der Grenzen von 1967 die Förderung. Auch hier sind in erster Linie Projekte betroffen, in denen Israelis und Palästinenser zusammen forschen und arbeiten. Nicht erst seit der Teilnahme von bundesdeutschen und EU-Parlamentariern an der Gaza-Flottille im Mai 2010 erweckt die Politik der EU den Eindruck, dass sie sich gelegentlich sehr einseitig mit dem Thema Israel auseinandersetzt und den Sündenbock schon lange ausgemacht hat. Damit ist sie nicht alleine.

Die USA haben Israel und die Palästinenser wieder an einen Tisch gebracht. Vor wenigen Tagen fand ein erstes Treffen statt. Die Vorbedingungen dafür waren einseitig: Das israelische Kabinett musste die Voraussetzung schaffen, indem es der sukzessiven Freilassung von 104 gefangenen palästinensischen Terroristen zustimmte. Würde ein anderes Land auf der Welt über so etwas auch nur nachdenken? Birgt dieser Auftakt nicht einen Hauch des Beigeschmacks übler Erpressung? Wohl nicht in den Augen derer, die nun gespannt auf die Gespräche schauen. Eine große deutsche Tageszeitung konnte sich nicht entblößen zu schreiben, Zippi Livni sei „friedensbewegt“ und das sei nicht immer so gewesen:

„Die Juristin aus Tel Aviv war nicht immer so friedensbewegt. Ihre politische Heimat ist die Likud-Partei, für die schon ihr Vater im Parlament saß. Die Mutter von zwei Söhnen wurde 1999 zum ersten Mal in die Knesset gewählt, fand in Likud-Ministerpräsident Ariel Scharon einen Förderer, der sie bald in sein Kabinett holte. Sie half ihm dabei, den Rückzug aus dem Gazastreifen in die Tat umzusetzen, und folgte Scharon in die neugegründete Kadima-Partei.“ (FAZ vom 28.07.2013)

Erstaunlich, dass der Autor gar nicht merkt, wie er sich selbst widerspricht: Der Rückzug aus dem Gazastreifen war nichts weiter als der Versuch eines israelischen Friedensangebots. Auch damals schon setzte man Hoffnung in Zippi Livni. Die Räumung der Siedlungen in Gaza führte zu massiven Protesten und durchaus auch psychischen Problemen in der Armee, denn er bedeutete, dass die israelische Armee gegen ihre eigenen Leute vorgehen musste. Aber ganz offenbar reicht es in den Augen eines deutschen Nahostkorrespondenten aus, einer bestimmten Partei anzugehören, um gegen Frieden zu sein.

Unterdessen geht der Machtkampf weiter. Der vor kurzem neu gewählte und von weiten Kreisen als gemäßigt gepriesene Präsident des Irans Hassan Rohani erklärte kurz vor seinem Amtsantritt:

„Das zionistische Regime ist seit Jahren eine Wunde am Körper der islamischen Welt, und die Wunde sollte entfernt werden.“ Nach kritischen Reaktionen auf der ganzen Welt korrigierte Isna das Zitat später am Freitag. Danach soll Rohani gesagt haben: „In unserer Region sowie unter der Besatzung von Palästina und Jerusalem gibt es eine Wunde am Körper der islamischen Welt.“ (Welt 3.8.2013).

Das kommt uns bekannt vor, denn schon Ahmadinedschad hatte Israel als Krebsgeschwür bezeichnet, das von der Landkarte der Weltgeschichte verschwinden müsse. Und danach hatte es eine lange Debatte darum gegeben, was der Präsident denn nun genau gesagt habe. Mittlerweile ist über diese Diskussion etwas Gras gewachsen, denn ist es wohl nach wie vor eindeutig, dass Israel als Staat im Nahen Osten in gewissen Kreisen unerwünscht ist.

Die vier Karten mit den Umrissen Israels belegen dies auch noch bildhaft. Sinai ist auf dieser Karte übrigens nicht vorhanden. Der Friedensschluss zwischen Israel und Ägypten wird stillschweigend unter den Tisch gekehrt. Also auch hier der Versuch einer Geschichtsschreibung, die nur Partikularinteressen vertritt.

Meine Damen und Herren. Die Situation im Nahen Osten ist unübersichtlich. Die Region befindet sich in Machtkämpfen, deren Ausgang völlig ungewiss ist. Noch ist Israel ein stabilisierender Faktor in der Region. Sorgen wir dafür, dass es so bleibt und schweigen wir nicht, wenn Israels Existenzrecht bedroht ist oder angezweifelt wird. Vielen Dank!

20. August 2013 Zum Besuch der Bundeskanzlerin in der Gedenkstätte Dachau

Die deutsche Bundeskanzlerin besucht auf Einladung des Überlebenden und Präsidenten der Lagergemeinschaft, Max Mannheimer, die Gedenkstätte Dachau. Frau Merkel wird bei ihrem einstündigen Besuch einen Kranz niederlegen, das Museum besichtigen und ein Gespräch mit Überlebenden, unter Ausschluss der Presse, führen. Sie ist die erste deutsche Bundeskanzlerin, die diese Gedenkstätte für die Opfer des Nationalsozialismus besucht.

Dabei diente das KZ-Dachau als Modell-Projekt für die späteren SS-Konzentrationslager und die dort eingeführte „Strafordnung“ zum Vorbild. Der Kommandant Dachaus wurde konsequenterweise zum Leiter der „Inspektion der Konzentrationslager“, der zentralen Koordinierungsstelle der KZ, ernannt. Insofern steht Dachau als Symbol für alle Verbrechen der Bewacher und das unsagbare Leid der Häftlinge in den Lagern. „Für das Unrechtssystem des Nationalsozialismus waren die Konzentrationslager die wichtigsten Einrichtungen, um die Politik der ständigen Drohung, der Aussonderung, der Ausbeutung und schließlich der Vernichtung durchzusetzen“, bemerkte schon Horst Köhler aus Anlass des 65. Jahrestages der Befreiung des KZ Dachau. Er war der erste Bundespräsident, der diese Gedenkstätte besuchte: im Jahr 2010.

Nicht nur die Politik, sondern auch die Stadt selber hat diesen Ort lange ignoriert. Erst 1965 wurde auf Druck der Überlebenden eine Gedenkstätte errichtet. Bis in die 80er Jahre wurde befürchtet, dass dadurch dem Ansehen der Stadt geschadet würde. Heute besuchen 800.000 Menschen aus aller Welt die Gedenkstätte und auch auf lokaler Ebene hat sich die Politik der Ignoranz geändert. Spätestens seit Peter Bürgel, Oberbürgermeister Dachaus, 2005 eine richtungsändernde Rede hielt, scheint sich die Stadt ihrem Erbe zu stellen. Nun setzt Frau Merkel auch auf gesamtdeutscher Ebene ein Zeichen. Es hat lange gedauert, wie der Bundespräsident Joachim Gauck in einer Rede im Juli 2013 betonte, „bis die Mehrheit in Deutschland annehmen konnte, dass die Deutschen nicht Verführte oder Unterdrückte, also Opfer des Hitler-Regimes waren, sondern als Bürger jenes verbrecherischen Staates oft selbst schuldig geworden sind: die einen im kriminellen, die anderen im politischen oder auch moralischen Sinn“. Die Auseinandersetzung mit der Vergangenheit ist elementar für die Zukunft, was nicht allein die NSU-Mordserie so schrecklich vor Augen geführt hat. Der Besuch der Kanzlerin bringt die Auseinandersetzung mit der eigenen Geschichte wieder auf das Tableau. Die Zeitungen berichten aus diesem Anlass nicht nur über die Geschichte der KZ, sondern auch über den Umgang der jungen Bundesrepublik mit diesen Stätten des Terrors und der Morde. Jenseits der moralischen und symbolischen Dimension, sind auch handfeste Hoffnungen mit dem Besuch verbunden. Wie „Die Welt“ berichtet, verweist die Gedenkstätte auf nötige finanzielle Zuwendungen, zum Beispiel für den Ausbau der pädagogischen Arbeit. Der Besuch Frau Merkels ist ein Zeichen, kann aber kein Schlusspunkt sein.

23. August 2013 Deutsche Gastfreundschaft oder wen wir willkommen heißen

Der Bürgerkrieg in Syrien ist seit einigen Monaten dauerhaft präsent in den Medien. Die Frage, wie engagiert sich Deutschland oder besser kann Deutschland intervenieren, wird immer wieder diskutiert. Egal welche Position man an diesem Punkt einnimmt, muss jeder feststellen, dass die Lage für die Flüchtlinge katastrophal ist. Die große Mehrheit ist in die Nachbarländer geflohen und lebt dort zum Teil in riesigen Camps unter unzumutbaren Bedingungen. Nun sind einige wenige auch nach Deutschland gekommen; aber nicht nur aus Syrien, auch aus anderen Ländern, in denen Krieg und Verfolgung das Leben der Familien bedroht. Die Asylbewerberzahlen steigen. Diesen Hintergrund nutzen rechtsextreme Parteien um mit rassistischen, ausländerfeindlichen Parolen Wahlkampf zu betreiben.

Wie Spiegel Online berichtet steht auf den NPD-Plakaten „Maria statt Scharia“ oder „Geld für die Oma statt für Sinti & Roma“. Asylbewerber als Schmarotzer“ ist das Bild mit dem sie auf Stimmenfang gehen. Wie gefährlich die rassistische Hetze ist, zeigt auch der Anschlag auf ein Asylbewerberheim in Luckenwalde Mitte August 2013. Nicht nur dieser Übergriff, auch die Parolen und die diffusen rassistischen Bilder und Ängste vor der „Flüchtlingsschwemme“ erinnern an die Ausschreitungen in den 90er Jahren. Allein in Rostock-Lichtenhagen beteiligten sich damals hunderte Rechtsextreme unter dem Beifall von 3.000 begeisterten Zuschauern an den Angriffen gegen die Zentrale Aufnahmestelle für Asylbewerber und eine benachbarte Unterkunft für vietnamesische VertragsarbeiterInnen. Doch diesmal scheint einiges anders:

Obwohl der Einzug der Asylbewerber in das Heim in der Carola-Neher-Straße im Berliner Stadtteil Hellersdorf begleitet wurde durch ein aggressives, rassistisches Auftreten von Teilen der Anwohnerschaft, gab es auch eine starke Solidarisierung. Es wurde eine Mahnwache direkt vor dem Haus der Flüchtlinge organisiert und einige Anwohner brachten Spenden vorbei. Auf einer Facebook-Seite mit dem Namen „Hellersdorf hilft Asylbewerbern“ kann sich jeder über die Situation informieren.

Die Polizei ist präsent vor dem Heim und die Politik äußert sich auch klar und deutlich. Die Direktkandidaten des Bezirkes von CDU, SPD, Grünen, Piraten, FDP und der Linken, veröffentlichten eine Erklärung, in der es heißt: „Schwer traumatisierte Menschen aus Bürgerkriegsländern verdienen den Schutz, die Hilfe und den Beistand unserer Gesellschaft“. Auch die Spitzenkandidaten der Parteien zeigten sich auf Demonstrationen solidarisch mit den Heimbewohnern und Maria Böhmer, die Bundesbeauftragte für Migration, Flüchtlinge und Integration kritisierte „Rechtsradikale Hetze und Parolen gegen Asylbewerber und Flüchtlinge“ auf das Schärfste.

Welchem Druck die Geflohenen ausgesetzt sind, zeigt der Auszug einiger Bewohner, auf den Georg Classen vom Flüchtlingsrat Berlin in einem Interview mit der Tagesschau verwies.

In einem demokratischen Land, das in seinem Grundgesetz das Recht auf Asyl in Paragraph 16a regelt, ist es wichtig eine Atmosphäre zu schaffen, die ein Leben hier auch ermöglicht. Der Präsident des Zentralrats der Juden in Deutschland, Dr. Graumann, bringt es auf dem Punkt: „Sie sind nicht allein- und sie sind hier willkommen“!

17. September 2013 Gedanken zu Antisemitismus im Stadion

Während des Fußballspiels Eintracht Frankfurt U 23 gegen Offenbacher Kickers in Frankfurt am Main am 14.09.2013 ist es zu antisemitischen Äußerungen und Beleidigungen gekommen. Betroffen davon war auch Eintrachts Finanz-Vorstand Axel Hellmann: „Was mich noch mehr irritiert ist, dass sich offenbar eine rechte Szene bei den Kickers gebildet hat. Ich bin selber mit antisemitischen Äußerungen beschimpft worden“, wie er der Bild-Zeitung⁵² berichtete. Außerdem wurden antisemitische Aufkleber im Stadion geklebt. Auf Youtube ist ein Video zu sehen, das viele Fans beim Skandieren antisemitischer Beleidigungen dokumentiert.

„Solange solche antisemitischen Vorfälle auf und neben dem Fußballplatz vorkommen, muss konsequent gegen diese vorgegangen werden. Keine Wettkämpfe oder Konkurrenzsituationen rechtfertigen ein solches Verhalten“, betont Lala Süsskind, Vorsitzende des Jüdischen Forums für Demokratie und gegen Antisemitismus.

„Bis in die Gegenwart bleibt der Fußball nicht von Rassismus und Antisemitismus verschont. Teils rassistisch motiviert, teils aus Dummheit und Geschichtslosigkeit, wird die Eintracht aus Frankfurt bis heute als „Judenklub“ bezeichnet, da sich das jüdische Sponsorentum für diesen Verein in den 1920er Jahren im Bewusstsein sogenannter Fans erhalten hat. Jugendspieler werden zuweilen als „Judebubben“ beschimpft, oder bei Derbys wird unmissverständlich gerufen: „Zyklon B für SGE!“, schreibt die Jüdische Zeitung⁵³.

Die Stadionordnungen der Vereine verbieten „gewaltverherrlichende, rassistische, fremdenfeindliche, antisemitische sowie recht- oder linksradikale Parolen zu äußern oder zu verbreiten, sowie Bevölkerungsgruppen durch Äußerungen, Gesten oder sonstiges Verhalten zu diskriminieren“ (Haus- und Benutzerordnung (Stadionordnung⁵⁴) des Sparda-Bank-Hessen-Stadions am Bierberer Berg in Offenbach am Main und fast wortgleich auch die Stadionordnung des Frankfurter Volksbank Stadions). Die Hausordnung bietet also die Chance konsequent bei rassistischen oder antisemitischen Vorfällen einzuschreiten.

Welche Konsequenzen werden jetzt nach den konkreten Vorfällen gezogen? Auf Anfrage antwortet die Polizei Frankfurt, dass sie in Folge des Spiels ermittle.

Der Verein der Offenbacher Kickers will nach eigenen Angaben umfassend reagieren. Nach einer Nachbesprechung mit der Polizei und Fanvertretern wird nach dem Platzsturm Stadionverbot für die Beteiligten verhängt. Die antisemitischen Äußerungen und Parolen ließen sich nicht mehr einzelnen Personen zuordnen, man werde aber eine Kampagne gegen Rassismus

52 <http://www.bild.de/sport/fussball/fsv-frankfurt/schaden-nach-randale-der-kickers-chaoten-32423518.bild.html>

53 <http://www.j-zeit.de/archiv/artikel.1304.html>

54 <http://www.offenbach.de/stepone/data/pdf/86/1e/00/stadionordnung-juli2012.pdf>

und Antisemitismus starten. Auch im Stadionmagazin soll im Vorwort Position bezogen werden. Sämtliche Vereinsfunktionäre haben sich bereits deutlich von den Äußerungen und Vorkommnissen distanziert.

Wie ist das bei den Fans? Auf der Homepage des Fanprojektes Offenbach⁵⁵ steht: “Deshalb richtet sich unsere Arbeit auch gegen Rassismus, Antisemitismus, Sexismus und Homophobie sowie die vielen anderen nicht nur im Stadion spürbaren Diskriminierungen.“ Alle scheinen engagiert, auch nicht erst seit heute. Also woran liegt es und was kann man ändern?

Laut des Expertenberichts des Deutschen Bundestages⁵⁶ sind 20 Prozent der Deutschen latent antisemitisch. Wenn wir davon ausgehen, dass Fußball-Fans Teil der deutschen Gesellschaft sind, dann sind wohl auch im Stadion antisemitische Einstellungen vorzufinden. Antisemitismus existiert nicht nur in der Rechten oder Linken oder der Fußballszene, sondern in allen gesellschaftlichen Schichten. Es muss also nicht nur im Stadion reagiert werden, auch wenn dies absolut notwendig und richtig ist, sondern es muss vor allem eine gesamtgesellschaftliche konstruktive Debatte über antisemitische Stereotype und Vorurteile geführt werden. Es muss früh in der Schule über jüdisches Leben gesprochen werden. Initiativen gegen Antisemitismus müssen unterstützt und es muss immer wieder von allen auf alltägliche latente, verbale Antisemitismen reagiert werden.

55 <http://www.fanprojekt-offenbach.info/unser-selbstverstandnis/>

56 http://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2012/37499490_kw04_antisemitismusbericht/

18. September 2013 Das JFDA tritt dem "Bündnis gegen Homophobie" bei.

Aufruf des Berliner Bündnisses gegen Homophobie: Anerkennung und Respekt für gleichgeschlechtliche Lebensweisen

Anerkennung und Respekt für gleichgeschlechtliche Lebensweisen Homophobie ist ein gesamtgesellschaftliches Problem. Sie zu bekämpfen, ist die Pflicht der ganzen Gesellschaft. Die Unterzeichner dieses Aufrufes sind sich einig, dass Homophobie nicht tatenlos hingenommen werden darf. Wir wollen der verbreiteten Homosexuellenfeindlichkeit gemeinsam entgegenreten. Deswegen haben wir uns im „Berliner Bündnis gegen Homophobie“ zusammengeschlossen.

Homophobie ist eine soziale, gegen nicht-heterosexuelle Menschen gerichtete Feindseligkeit. Es handelt sich um eine irrationale, sachlich nicht begründete, Aversion gegenüber homosexuellen, bisexuellen und transidenten Menschen und ihren Lebensweisen. Homophobie hat viele Facetten und Ausdrucksformen: Diskriminierung, Ausgrenzung und Benachteiligung, Beleidigung, Mobbing, Körperverletzung und Sachbeschädigung, Verschwörungstheorien, Hassparolen und Hetzartikel.

Die Unterzeichner sind zutiefst beunruhigt über den hohen Verbreitungsgrad homosexuellenfeindlicher Einstellungen. Besonders besorgniserregend ist es, dass Homophobie auch unter jungen Menschen weit verbreitet ist. Auf Schulhöfen gehört „schwule Sau“ heute wieder zu den meistbenutzten Schimpfwörtern. Homophobie senkt die Schwelle zur Gewaltanwendung. Beleidigungen, Pöbeleien und gewalttätige Übergriffe gehören auch heute noch zu den Alltagserfahrungen vieler Homosexueller. Von einem hohen antihomosexuellen Gewaltpotential zeugt auch, dass das Denkmal für die im Nationalsozialismus verfolgten Homosexuellen ein Jahr nach seiner Einweihung bereits drei Mal beschädigt wurde.

Homophobie geht uns alle an. Denn Homophobie ist ein Angriff auf die Grundwerte unserer Gesellschaft. Die Berliner Verfassung gebietet, dass kein Mensch aufgrund seiner sexuellen Identität benachteiligt werden darf – ebenso, wie sie die Diskriminierung aufgrund des Geschlechts, der Abstammung, der Rasse, der Sprache, der Heimat und der Herkunft, des Glaubens und der religiösen oder politischen Anschauungen verbietet. Wir wollen, dass die Verfassungswirklichkeit für Homosexuelle in Berlin auch zur Lebensrealität wird. Bei der Freiheit des Einzelnen und dem Recht auf sexuelle Selbstbestimmung dürfen in einer demokratischen Gesellschaft keine Abstriche gemacht werden.

Wir, die Unterzeichner dieses Aufrufes, verpflichten uns, im Alltag jeglicher Form von Diskriminierung entgegenzutreten. Wir engagieren uns für Anerkennung und Respekt gegenüber Lesben, Schwulen, Bisexuellen und Transgendern. Unser Ziel ist ein breites gesellschaftliches Bündnis gegen Homophobie, das Hass und Intoleranz offensiv entgegentritt und die Akzeptanz gleichgeschlechtlicher Lebensweisen fördert.

26. November 2013 Nachwirkungen des NS Unrechtregimes – Die Sammlung Gurlitt

von Dr. Nikoline Hansen

Am 5. November 2013 präsentierte die Augsburger Staatsanwaltschaft der Öffentlichkeit auf einer Pressekonferenz in Anwesenheit der Kunsthistorikerin Meike Hoffmann, die als Provenienzforscherin in aller Stille schon einige Zeit an den Fundstücken gearbeitet hatte, Teile einer Sammlung verschollen geglaubter Bilder, deren Fund von nicht wenigen als sensationell eingestuft wurde.

Was war geschehen? Rolf Nikolaus Cornelius Gurlitt, geboren am 28. Dezember 1932 in Hamburg ist der Erbe einer 1280 Werke umfassenden Kunstsammlung seines Vaters Hildebrand, die am 28. Februar 2012 wegen des Verdachts auf Steuerhinterziehung in seiner Münchner Wohnung beschlagnahmt wurden. Er ist, wie er dem Spiegel gegenüber sagte, nicht bereit, die Bilder zurück zugeben: „Sein Vater habe die weit mehr als tausend Kunstwerke „rechtmäßig erworben“, Beweise dafür habe er der Staatsanwaltschaft geliefert. „Freiwillig gebe ich nichts zurück“, sagt der 80-Jährige.“ Und weiter heißt es: „Die Beschlagnahmung des Konvoluts aus Hunderten Gemälden, Grafiken und Zeichnungen kommentierte der schwerkranke Gurlitt mit den Worten: „Ich werde nicht so alt. Die hätten doch warten können mit den Bildern, bis ich tot bin.“ Die Familiensammlung, die ihm per Erbe zugefallen war, sei sein Lebensinhalt gewesen: „Mehr als meine Bilder habe ich nichts geliebt“, so Gurlitt.⁵⁷

Der Spiegel machte daraus eine Titelgeschichte unter der Überschrift „Gespräche mit einem Phantom“ (47/2013). Tatsächlich fordert der Spiegel-Artikel – und nicht alleine er – zu einer Empathie auf mit einem armen alten kranken Mann, der sich ungerecht behandelt fühlt, denn seit dem 28. Februar 2012 muss er ohne seine Bilder leben. Glaubt man den Aussagen in dem Artikel, dann hat er damit seinen ganzen Lebensinhalt verloren, auch wenn er weiter kämpft, denn er will nicht der Versager sein, als der er sich gerade fühlt, und er glaubt sicher ungerecht behandelt worden zu sein; die Egozentrik des Erben, dessen Leben offenbar erst von seinem Vater, nach dessen Tod durch einen Autounfall am 9. November 1956 dann von seiner Mutter stark dominiert wurde, wird auch deutlich daran, wie er den Verlust seiner Schwester aufnimmt, die letztes Jahr an Krebs starb: „Sie war zwei Jahre jünger als ich und verheiratet, sie hätte mich überleben müssen. ... Dann hätte sie das alles geerbt, und sie wüsste, wie sie das jetzt regelt. Jetzt ist alles so miserabel.“ Er sagt auch: „Ich bin nicht so mutig wie mein Vater. Er hat für die Kunst gelebt und gekämpft. Der Staatsanwalt muss den Ruf von meinem Vater geraderücken.“

Geraderücken? Tatsächlich mutet es höchst seltsam an, dass jemand jahrzehntelang alleine mit einer erlesenen Sammlung von Bildern lebt, die zu Zeiten des Nationalsozialismus als „entartet“ und in der Öffentlichkeit als verschollen galten. Dennoch: die Entstehungsgeschichte die-

57 <http://www.spiegel.de/kultur/gesellschaft/spiegel-exklusiv-gurlitt-spricht-ueber-seinen-bilderschatz-a-933980.html>

ser Sammlung ist alles andere als schnell und einfach erklärt, und so erklärt sich vielleicht auch das verstörte Verhalten dieses letzten Erbes, der immer wieder betont, dass er sich nichts habe zu Schulden kommen lassen und wenn, dann sei es verjährt. Trotzdem ist zumindest anzunehmen, dass diese Sammlung nicht nur aus steuerlichen Gründen strafrechtlich relevant ist sondern auch ihrem Ursprung nach dem Ziel persönlicher Bereicherung diene durch Ausnutzen der nationalsozialistischen Gesetzeslage, die die Enteignung jüdischer Mitbürger vorsah – ein Straftatbestand, der mittlerweile zwar offiziell verjährt moralisch allerdings doch bedenkenswert ist.

Das persönliche Schicksal Hildebrand Gurlitts während des Naziregimes ist ein interessantes Beispiel für die persönlichen Kämpfe gegen die Gleichschaltung aber auch für die Verstrickungen der Machtelite und die Willkürherrschaft, die sich etwa in § 7 der „Ersten Verordnung zum Reichsbürgergesetz“ vom 14. November 1935 manifestiert, in dem es heißt: „Der Führer und Reichskanzler kann Befreiungen von den Vorschriften der Ausführungsverordnungen erteilen.“ Im Volksmund hieß das dann „Wer Jude ist bestimme ich“. Denn Hildebrand Gurlitt hatte nicht nur Probleme wegen seiner Liebe zur nach Ansicht Hitlers und seiner Gefolgsleute entarteten Kunst, sondern auch, weil er eine jüdische Großmutter hatte. Sicher ist es schwer nachzuvollziehen, wie sich die Geschichte im Einzelnen entwickelte; in der Biografie in Wikipedia lesen wir einleitend: „Während der Zeit des Nationalsozialismus musste er als Kunsthändler arbeiten.“ (abgerufen am 22.11.2013 12:15). Das ist mit Sicherheit eine unzulässige Verkürzung und falsche Prämisse, denn gezwungen werden konnte er dazu bestimmt nicht; die Frage ist lediglich, was die Alternativen gewesen wären, wenn er diese Arbeit verweigert hätte. Nicht von der Hand zu weisen ist jedenfalls, dass die nationalsozialistische Machtergreifung und die damit einhergehende Willkürherrschaft sein Leben einschneidend veränderten: Am 14. Juli 1933 wird er danach tatsächlich gezwungen, von seinem Amt als Leiter des Kunstvereins in Hamburg zurückzutreten. In der Folge macht Hildebrand Gurlitt sich als Kunsthändler selbstständig. In Wikipedia lesen wir dann weiter: „1937 kam es zu einem Eklat um eine Ausstellung von Bildern von Franz Radziwill. Der NS-Studentenbund wandte sich gegen den Professor Wilhelm Niemeyer von der Kunsthochschule, der den Eröffnungsvortrag gehalten hatte. In diesem Zusammenhang wurde Gurlitt die Schließung seiner „Bude“ angedroht. Parteioffizielle ließen erkennen, dass sie von Gurlitts jüdischer Großmutter wussten. Damit war nicht nur seine Kunsthandlung bedroht sondern auch seine eigene Existenz, da er als Mischling galt. Da die Mächtigen in Hamburg aber einträgliche Geschäfte mit ihm abwickelten und sich später auch seiner Kenntnisse bei Erwerbungen aus Raubkunst bedienten, wurden die Vorwürfe nie offiziell und öffentlich erhoben.“ In der Folge gehörte Gurlitt also zu den vier Kunsthändlern, die offiziell damit beauftragt wurden, den Verkauf solcher „entarteter“ Kunstwerke zwecks Devisenbeschaffung zu organisieren – genannt wurde das „Verwertungsaktion“. Ganz sicher war es Gurlitt möglich im Rahmen dieser „Verwertungsaktionen“ auch Kunstwerke beiseite zu schaffen – sei es, dass sie sich nicht verkaufen ließen, sei es, dass er sie vor der öffentlichen Verbrennung „rettete“ – wie auch immer das im Einzelnen vonstatten ging und wer gezwungen wurde, die Bilder den Flammen oder den Kunsthändlern zu übergeben ist heute nur noch schwierig nachzuweisen und wird seit einigen Jahren intensiv juristisch und wissenschaftlich untersucht. Viele der Enteigneten oder derjenigen, die frühzeitig gezwungen wurden Besitz zu schlechten Bedingungen zu verkaufen haben das nationalso-

zialistische Terrorregime nicht überlebt, sodass die Beweislage der Zeugenaussagen als recht einseitig betrachtet werden muss.

In Magdeburg startete der Beauftragte für Kultur und Medien 1994 eine Koordinierungsstelle, die „zur Erfassung von Kulturgütern, die infolge der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft und der Ereignisse des Zweiten Weltkriegs verbracht, verlagert oder – insbesondere jüdischen Eigentümern – verfolgungsbedingt entzogen wurden“ dient.⁵⁸

Wissenschaftliche Untersuchungen werden auch an der Freien Universität Berlin im Fachbereich Geschichts- und Kulturwissenschaften betrieben, der eine eigene Webseite und eine Datenbank zum Thema „verlorene Kunst“ eingerichtet hat. Hier findet sich auch die Information darüber, wie die Voraussetzungen zu dem Raub in gesetzliche Formen gegossen wurden: „Am 31. Mai 1938 verfügte das „Gesetz über Einziehung von Erzeugnissen entarteter Kunst“: „Die Erzeugnisse entarteter Kunst, die vor dem Inkrafttreten dieses Gesetzes in Museen oder der Öffentlichkeit zugänglichen Sammlungen sichergestellt und von einer vom Führer und Reichskanzler bestimmten Stelle als Erzeugnisse entarteter Kunst festgestellt sind, können ohne Entschädigung zu Gunsten des Reiches eingezogen werden, soweit sie bei der Sicherstellung im Eigentum von Reichsangehörigen oder inländischen juristischen Personen standen.“ Damit war die Voraussetzung geschaffen, die beschlagnahmten Werke zu verkaufen.“⁵⁹. Einer der hier aufgeführten Kunsthändler heißt Hildebrand Gurlitt.

Hildebrand Gurlitts beeidigte Erklärung gegenüber den amerikanischen Besatzungsmächten über seine Händlertätigkeit insbesondere in Paris wurde 1977 „declassified“ und lässt sich im Internet nachlesen. Hier schreibt er, dass weder er noch seine Frau jemals die Partei gewählt oder Mitglied einer angegliederten Organisation gewesen seien abgesehen von der „Reichskammer für bildende Kunst“, der er als Kunsthändler zwangsweise angehören musste. Seine Tätigkeit als Einkäufer für Hitlers Museum in Linz rechtfertigt er damit, dass er als „Anti-Nazi“ seine Arbeit als Museumsdirektor verloren habe; seine Kunstgalerie in Hamburg bezeichnet er als „Eiland der freien Gedanken“ (isle of free thought). Weiter schreibt er, dass die Gefahr bestanden hätte, dass er in die Organisation Todt gekommen wäre, hätte er sich gegen die Kunst und für den Krieg entschieden, denn er sei „ein Viertel jüdisch“. Da er im I. Weltkrieg Offizier gewesen sei und keine Absicht bestand ihn zu degradieren, ihm die Offizierstätigkeit nach den Nürnberger Rassegesetzen aber nicht erlaubt gewesen sei, sei er dauerhaft von der Armee beurlaubt gewesen. Interessant werden seine Einlassungen zu dem Punkt „Wie mit Bildern aus jüdischen Sammlungen umgegangen wurde“: Er habe von einem Gesetz gehört, dass jüdisches Eigentum in Frankreich (wo er ebenfalls tätig war) beschlagnahmt werden konnte, habe dies aber nie mit eigenen Augen gesehen. Er habe gewusst, dass der Schreibtisch des deutschen Botschafters von Rothschild stammte und dass es ein Gebäude gegeben habe, in dem die Kunstwerke, die aus jüdischen Eigentum kamen, gesammelt und verteilt wurden, habe dieses Gebäude aber nie betreten. Er habe es auch vermieden sich mit hohen Nazifunktionären zu treffen. Seine Einkommensverhältnisse schildert er wie folgt: Er habe 1934 ange-

58 <http://www.lostart.de/Webs/DE/Start/Index.html>

59 http://www.geschkult.fu-berlin.de/e/db_entart_kunst/geschichte/index.html

fangen mit Kunst zu handeln und sein Einkommen, das anfangs bei 12.000 Reichsmark gelegen habe und 1943 „etwa 200.000“ Reichsmark betrug, stetig verbessert. Eine Liste der verkauften Gegenstände könne er aus dem Gedächtnis nicht aufstellen, insgesamt habe er ein Vermögen von etwa 250.000 Reichsmark auf seinem Konto bei der Dresdener Bank. Und weiter: „Mir wurde gesagt, dass ich ein armer Mann war, ehe die Nazis kamen und dass ich jetzt Geld und eine ganze Wagenladung voll mit Gemälden hätte. Dem kann ich nur entgegen, dass ich eine feste Anstellung als Direktor des Kunstvereins Hamburg mit einem monatlichen Einkommen in Höhe von 600 Reichsmark hatte und für jedes verkaufte Bild Provision bekam. Ich hatte eine Wohnung mit zwölf Räumen, eine sehr große Bibliothek und eine schöne Kunstsammlung. Ich hatte eine gute Zukunft und sollte eines Tages das Haus meiner Mutter in Dresden erben mit der Bibliothek und den Sammlungen meines Vaters, sein persönliches Vermögen und das antike Mobiliar und alles weitere, das sich in den 14 Räumen des Hauses befand. Von den Nazis entlassen wurde ich Kunsthändler, was meinen rein wissenschaftlichen Neigungen ganz und gar nicht entsprach.“ (Original in Englisch, eigene Übersetzung). Desweiteren findet sich eine zweiseitige Auflistung von Kunstgegenständen, die in einer Kiste aufbewahrt und gefunden worden waren sowie ein Eid, dass diese Erklärung der Wahrheit entspreche und die Liste mit der Aufzählung des Eigentums vollständig sei.⁶⁰

In Wikipedia heißt es über diesen Hildebrand Gurlitt weiter: „In der Nachkriegszeit durchlief Gurlitt ein Entnazifizierungsverfahren. Gemäß seiner Spruchkammerakte gab Gurlitt für 1943 ein steuerpflichtiges Einkommen von 178.000 Reichsmark an und für 1945 ein Vermögen von 300.000 Reichsmark. Die prüfenden Behörden ermittelten dagegen für 1945 ein Vermögen von 450.000 Reichsmark. Die Rehabilitierung gelang durch einen Freispruch der Spruchkammer Bamberg-Land im Juni 1948, weil er seine jüdische Herkunft, seine Nichtzugehörigkeit zu NS-Organisationen und seinen Einsatz für die Kunst der Moderne geltend machen konnte. Ein Entlastungszeuge war unter anderem Max Beckmann. 1947 nahm Gurlitt seine Kontakte zu anderen Kunsthändlern wieder auf und versuchte dabei offenkundig, seine Kenntnisse über den Verbleib von Kunstwerken in der Nazizeit zu verwerten. Er wurde dann 1948 Leiter des Kunstvereins für die Rheinlande und Westfalen in Düsseldorf.“

Die Sammlung Gurlitt ist ein eklatantes Beispiel dafür, wie die Politik der Willkür des Naziregimes bis heute nachwirkt. Der eigentliche Skandal ist nicht die Tatsache, dass es Gurlitt gelang, die Öffentlichkeit in dem Glauben zu lassen, dass ein Großteil der Bilder seiner Sammlung vernichtet worden seien, sondern das anhaltende Versteckspiel vor der Öffentlichkeit nach der Entdeckung der Bilder im Februar 2012 und auch die willfährige Hilfsbereitschaft, als es darum ging Werke aus der Sammlung 1956 in den USA auszustellen oder einzelne Werke zu versteigern, wie etwa am 2. Dezember 2011. Die Berliner Zeitung schreibt dazu am 4.11.2013: „Im Kunsthaus Lempertz sprach man Gurlitt laut Geschäftsführer Karl-Sax Feddersen auf die Herkunft des Beckmann-Werks und mögliche Rechtsansprüche der Flechtheimerben an. Gurlitt erklärte sich daraufhin bereit, sich mit den Erben zu einigen. Der „Löwenbändiger“ wurde am 2. Dezember 2011 versteigert, der Erlös von 864.000 Euro zwischen den

60 http://www.lootedart.com/web_images/pdf2013

Parteien geteilt. Dieses Verfahren ist im Kunsthandel bei Werken mit umstrittenen Besitzverhältnissen durchaus üblich, weil alle profitieren.⁶¹

Die öffentliche Meinung hat sich inzwischen ganz offensichtlich auf Seiten des Erben Gurlitt geschlagen: Der Vorwurf der Steuerhinterziehung sei ungerechtfertigt, mögliche Straftaten verjährt und Gurlitt junior sei somit rechtmäßiger Eigentümer seines Erbes. Staatlicherseits ist man hierüber nicht gerade glücklich: die öffentliche Empörung und der Druck aus dem Ausland scheinen dazu beizutragen, dass inzwischen über eine rückwirkend in Kraft tretende Änderung der Verjährungsfristen nachgedacht wird.

In der Tat: Es kann nicht angehen, dass in Bezug auf NS-Raubgut überhaupt Verjährungsfristen Anwendung finden können, denn die Erben waren zu der Zeit, als es ihnen noch möglich gewesen wäre ihre Ansprüche geltend zu machen sicher mit anderen Dingen wie etwa der eigenen Existenzsicherung beschäftigt. Wer erklärt, die Verantwortung für vergangenes Unrecht zu übernehmen muss dies auch praktisch beweisen. Dies muss also ein für alle Mal geklärt und die Aufhebung der Verjährungsmöglichkeit für diese speziellen Fälle gesetzlich verankert werden. Es ist unerträglich, dass hier willkürliche Entscheidungen die Manifestation von Unrecht ermöglichen, da die Entschädigung oder Rückgabe von Raubgut nur auf Grundlage moralischer Verpflichtung erfolgt. Darüber hinaus muss Transparenz hergestellt werden und der Öffentlichkeit eine Datenbank verfügbar gemacht werden, in der alle Gemälde und Zeichnungen der Sammlung aufgeführt sind, über deren Herkunft Zweifel besteht. Nur so kann sichergestellt werden, dass mögliche Erben gefunden und ihnen zu ihrem Recht verholfen werden kann.

61 <http://www.berliner-zeitung.de/kultur/verkauf-gemaelde-von-beckmann-versteigert,10809150,24901688.html>

Projekt „Bekannt Euch“



Workshop für Schulen in Berlin

Im Winterschulhalbjahr 2013/14 bieten das Jüdische Forum für Demokratie und gegen Antisemitismus (JFDA) und die Deutsche Gesellschaft e.V. (DG) Schulen die Durchführung des Projektes „Bekannt Euch! Religiöse Selbstbehauptung während des Nationalsozialismus“ für die Klassenstufen 9-12 an.

In dem Workshop werden die Schülerinnen und Schüler in die historische Situation des Konfliktes zwischen nationalsozialistischem Absolutheitsanspruch und religiöser Selbstbehauptung nach 1933 eingeführt. Anschließend sammeln sie auf einer Exkursion zu entsprechenden Erinnerungsorten in Berlin Material, das mit Hilfe von Fotografien künstlerisch verarbeitet wird. Die Fotos der Jugendlichen werden in eine Ausstellung zum Thema einfließen, die dann auf einer Abschlussveranstaltung der Öffentlichkeit präsentiert wird.

Das Projekt „Bekannt Euch!“ möchte anlässlich des 80. Jahrestages der Entstehung der Bekennenden Kirche einen anderen Weg zur Erinnerungskultur an die Verbrechen des Nationalsozialismus beschreiten. Eine besondere Bedeutung kommt dabei der interreligiösen Perspektive zu: Unser Team wird sich aus Menschen islamischen, jüdischen und christlichen Glaubens zusammensetzen. Methodisch wird dabei der Weg des Fremdverstehens der Glaubenssituation während des Nationalsozialismus gewählt: Die Schüler sollen versuchen nachzuvollziehen, ob und in welcher Weise sie sich damals zu ihrer Religion bekannt hätten. Gerade durch die Ambivalenz der etwaigen Entscheidung (von Anpassung bis Widerstand) sind die Jugendlichen gezwungen, darüber nachzudenken, wie sie sich in der damaligen historischen Situation verhalten hätten.

Durch den künstlerischen Ansatz und die interreligiöse Ausrichtung wollen wir gezielt Schulklassen mit hoher kultureller und religiöser Vielfalt ansprechen. Unser Ziel ist es, allen teilnehmenden Schülerinnen und Schülern einen gemeinsamen Zugriff zu diesem Themenkomplex zu eröffnen, unabhängig von familienbiografischen, kulturellen und religiösen Unterschieden.

Das Projekt umfasst sechs Doppelstunden mit den Schülerinnen und Schülern sowie eine halbtägige Exkursion. Es ist fächerübergreifend angelegt und kann damit sowohl dem Geschichtsunterricht als auch dem Politik-, Ethik- /Religions- oder auch Kunstunterricht zugeordnet werden. Die genaue Umsetzung ist flexibel und kann in Absprache z.B. als über meh-

rere Wochen verteilte Unterrichtseinheit oder als zusammenhängende Projektwoche durchgeführt werden. Den Abschluss bildet eine gemeinsame Wanderausstellung aller teilnehmenden Schulklassen, die ab Februar/März in Berlin, Brandenburg und Sachsen zu sehen ist.

Dieses Projekt "Bekannt euch" wird unterstützt von:



Mobiles
Beratungsteam
Ostkreuz

Şehitlik Camii
COLUMBIADAMM, BERLIN



Der Beauftragte der Bundesregierung
für Kultur und Medien

Gefördert vom Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien aufgrund eines Beschlusses des Deutschen Bundestages

Wahlprüfsteine 2013

Das Jüdische Forum für Demokratie und gegen Antisemitismus (JFDA) ist seit Jahren aktiv im Kampf gegen Antisemitismus. Wir möchten der deutschen Öffentlichkeit die Möglichkeit geben, sich über die konkreten Positionen der verschiedenen Parteien und ihrer Kandidaten zum Thema Antisemitismus-Bekämpfung zu informieren. Wie schon zur letzten Bundestagswahl stellten wir den Kandidaten der im Bundestag vertretenen Parteien eine Frage und baten um Beantwortung. Wir haben alle Antworten, die wir erhalten haben, auf unserer Homepage veröffentlicht.

Frage zur Bundestagswahl 2013 an die Kandidaten und Kandidatinnen der einzelnen Parteien:

„Antisemitismus ist noch immer ein weit verbreitetes Phänomen, das sich durch alle gesellschaftlichen Schichten zieht. Auch in der viel beschworenen gesellschaftlichen Mitte und innerhalb der Politischen Parteien, lassen sich antijüdische Stereotype wiederfinden. In dem vom Bundestag angenommenen Antrag an die Regierung mit dem Titel „Den Kampf gegen Antisemitismus verstärken, jüdisches Leben in Deutschland weiter fördern“ sollte ein Signal gesetzt werden. Wie werden Sie sich persönlich für die Umsetzung einsetzen und welches werden dabei Ihre Schwerpunkte sein?“

Antworten der KandidatInnen: <http://jfda.de/wahlprufsteine-zur-bundestagswahl-2013/>

Antworten der Parteien: <http://jfda.de/wahlprufsteine-2013-parteiantworten/>

Vorkommnisse während des NPD-Wahlkampfes

Sammlung bekannt gewordener Vorkommnisse rund um den Wahlkampf der NPD

[NPD setzt Kopfgeld aus](#), haskala.de 17.09.2013

[Anzeige gegen NPD wegen Schmähbrief mit beigelegtem Flugticket](#), Hamburger Abendblatt 16.09.2013

[KZ-Gedenkstätte erstattet Anzeige gegen NPD-Plakate](#), publikative.org 15.09.2013

[Aschaffenburg, NPD-Parteichef Holger Apfel und zwölf weitere NPD-Anhänger in Gewahrsam der Polizei Unterfranken](#), Nordkurier 12.09.2013

[Anzeigen des Verband Deutscher Sinti und Roma e. V. – Landesverband Schleswig-Holstein gegen antiziganistische NPD-Wahlwerbung](#), mut-gegen-rechte-gewalt 06.09.2013

[NPD verschickt Kondome an Ausländer und Ausgewählte Deutsche](#), taz 04.09.2013

[NPD-Plakatiertrupps zerstören Wahlwerbung in Mecklenburg-Vorpommern](#), kombinat-fortschritt 02.09.2013

[weiterer Link](#) zur zerstörten Wahlwerbung, Ostsee Zeitung 05.09.2013

[Gegen NPD-Landtagsabgeordneten Tino Müller und drei weitere Verdächtige wird wegen „besonders schwerem Landfriedensbruch“ ermittelt](#), Nordkurier 27.08.2013

[Zum Überfall auf Haus in Greifswald](#), Nordkurier 23.08.2013

[Angriff bei NPD-Kundgebung in Berlin Hellersdorf auf Journalistin](#), Berliner Kurier 21.08.2013

[Überfall auf Haus in Greifswald](#), Nordkurier 15.08.2013

[NPD-Übergriff auf dem Greifswalder Markt](#), kombinat-fortschritt 29.07.2013

[Fotos zum Übergriff auf dem Greifswalder Markt](#), Grüne Greifswald 29.07.2013

[Gewalttaten während einer NPD-Kundgebung für Landtagswahl](#) in Niedersachsen, recherche-nord 11.01.2013

Mitglied des „Treffpunkt Religion und Gesellschaft“

Die Debatte um das Kölner Beschneidungsurteil hat einmal mehr deutlich gemacht, dass wir in Deutschland eine offene und ehrliche Gesprächskultur brauchen zwischen Menschen, die sich unterschiedlichen Religionen und Weltanschauungen zugehörig fühlen. Weder Abschottung noch gegenseitige Herabsetzung ist ein gangbarer Weg in eine gemeinsam zu gestaltende Zukunft. Auch die an der Oberfläche bleibende Faszination durch den Exotikfaktor einer multikulturellen Gesellschaft reicht nicht aus, um Fremdheitserfahrungen, Erwartungen und Enttäuschungen aneinander angemessen zu bearbeiten.

Wer wir sind

Der Verein „Treffpunkt Religion und Gesellschaft“ wurde am 29. Mai 2012 nach einem zweijährigen Vorlauf gegründet. Die Initiative ging von der Adlershof, später Tempelhof Projekt GmbH aus, die auf das „interreligiöse Kraftfeld“ aufmerksam geworden war, das sich durch die bestehenden Kontakte zwischen der evangelischen Genezareth-Gemeinde und der Sehittlik-Moschee, den umliegenden katholischen Gemeinden sowie dem Sri Ganesha Hindu-Tempel in der Hasenheide gebildet hatte. Der Prozess wurde vom Mobilien Beratungsteam Ostkreuz der Stiftung SPI moderiert und von der Kanzlei RAUE pro bono juristisch begleitet.

Gründungsvollmitglieder des Vereins sind:

- der Evangelische Kirchenkreis Neukölln (Evangelische Kirche Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz)
- das Jüdische Forum für Demokratie und gegen Antisemitismus (Delegierte des JFDA Frau Maya Zehden)
- der Diözesanrat der Katholiken im Erzbistum Berlin (Diözesankomitee Berlin e.V.)
- DITIB Landesverband in Berlin (Türkisch-Islamische Union der Anstalt für Religion e.V.)

Unsere Ziele

Der Verein „Treffpunkt Religion und Gesellschaft“ bietet eine Plattform, um sich in der Auseinandersetzung über Themen, die Religion und Gesellschaft betreffen, aufeinander einzulassen, Fremdheit wahrzunehmen und auszuhalten, dennoch beieinander zu bleiben und dann die gemeinsame Verantwortung der beteiligten Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften in der bzw. für die Gesellschaft anzunehmen.

Wir haben es uns zur Aufgabe gemacht, Religion als positive Kraft in der Gesellschaft zur Geltung zu bringen, indem wir

- das Gespräch zwischen Menschen unterschiedlicher Religionszugehörigkeit fördern,
- den Austausch zwischen Religiösen und Nichtreligiösen anregen,
- die Öffentlichkeit über Religion informieren,

- zum Diskurs über gesellschaftspolitische Themen aus religiöser Perspektive beitragen und
- Raum für religiöse Erfahrung bieten.

Die langfristige Vision ist ein lokal verwurzeltes, aber berlinweit aktives interreligiöses Zentrum mit überregionaler Strahlkraft.

Chronik 2013 von antisemitischen, rechtsextremen und homophoben Vorfällen – 4. Quartal

Das JFDA führt täglich ein umfassendes und unabhängiges Monitoring durch und dokumentiert aus uns bekannt gewordenen Pressemeldungen antisemitische, rechtsextreme und homophobe Vorfälle in Deutschland. Aus Platzgründen wird hier nur das letzte Quartal des Jahres 2013 aufgelistet. Die Vollständige Chronik kann auf Homepage des JFDA eingesehen werden.

September 2013

01.09.2013: Rechtsextreme werfen Böller

Dortmund, Nordrhein-Westfalen

Ein von Rechtsextremisten geworfener Böller verletzte nach Polizeiangaben fünf Personen. Darunter sind ein Beamter und eine Landtagsabgeordnete der Piraten. Die Polizei nahm einen Verdächtigen fest.

Quelle: taz, 01.09.2013

03.09.2013: Rassistischer Inhalt auf Flyern

Berlin, Marzahn-Hellersdorf

Heute Morgen stellten Polizeibeamte an einem bereits in der vergangenen Nacht abgebrannten Papiercontainer in Hellersdorf insgesamt drei Zettel fest, die mit fremdenfeindlichem Inhalt beschrieben waren. Gegen 8.15 Uhr bemerkten die Beamten die Papierblätter an dem Container in der Carola-Neher-Straße. Die darauf enthaltenen Inhalte richteten sich gegen die Gemeinschaftsunterkunft für Flüchtlinge und Asylsuchende in derselben Straße. [...]

Quelle: Polizei-Berlin, 3.9.2013

03.09.2013: Kein Antisemitismus im Berliner Olympiastadion: American Jewish Committee fordert Berliner Senat zur Intervention auf

Berlin, Mitte

In einem offenen Brief unter dem Titel “Kein Antisemitismus im Berliner Olympiastadion” fordert das American Jewish Committee vom Berliner Senat eine öffentliche Stellungnahme zum Konzert Roger Waters im Berliner Olympiastadion am 4.9.2013. Sie fordern eine Überprüfung zur Anwendung der Hausordnung.

09.09.2013: Rechtsextremismus bei der Bundeswehr

Bundeswehr

Mindestens 70 Bundeswehrsoldaten sind im vergangenen Jahr wegen rechtsextremistischer Umtriebe aufgefallen. Sie brüllten Nazi-Parolen, äußerten Hass auf Juden oder nötigten afghanische Kinder zum "Hitlergruß". Konsequenzen hatte das nur für die wenigsten. [...]

Quelle: Spiegel, 09.09.2013

10.09.2013: Durchsuchungen und Festnahmen wegen Baus eines Sprengsatzes für mögliche Anschläge

Freiburg/Emmendingen/Stuttgart

Die Staatsanwaltschaft Freiburg und das LKA ermitteln im Rahmen einer Ermittlungskooperation mit den Polizeidirektionen Emmendingen, Freudenstadt, Offenburg und Freiburg seit vergangener Woche wegen Verdachts des Verstoßes gegen das Waffen- und das Sprengstoffgesetz gegen insgesamt vier Tatverdächtige. Der mutmaßliche Drahtzieher, ein 23-jähriger ohne festen Wohnsitz, wurde festgenommen und befindet sich auf Anordnung des Amtsgerichts Emmendingen in Untersuchungshaft. Er wird der rechtsextremen Szene zugeordnet und soll einen 42-jährigen aus dem Raum Emmendingen zum Bau einer Sprengvorrichtung angestiftet haben. Es soll Überlegungen gegeben haben, diesen selbstgebastelten Sprengsatz mit einem Modellflugzeug bei einer Veranstaltung politischer Gegner einzusetzen. Nach jetzigem Ermittlungsstand existierten hierzu jedoch noch keine konkreten Planungen. Die beiden weiteren Tatverdächtigen sind ein 22-Jähriger aus dem Landkreis Freudenstadt, bei dem sich der Drahtzieher zeitweise aufhielt, sowie ein 24-Jähriger aus Freiburg, die beide der rechtsextremen Szene zuzuordnen sind. Durch einen Hinweis kam die Polizei den Verdächtigen rechtzeitig auf die Spur und nahm sofort die Ermittlungen auf. Bereits am 4. und 5. September wurden deshalb in Freiburg, den Landkreisen Freudenstadt und Emmendingen ein rechter Szenetreff und die Wohnungen der vier Verdächtigen durchsucht. Beim mutmaßlichen Hersteller konnten eine funktionsfähige Sprengvorrichtung und mehrere Modellflugzeuge sichergestellt werden. Entschärfer des LKA machten den Sprengsatz unschädlich. Bei den Durchsuchungen wurden außerdem verschiedene Chemikalien, geringe Mengen

Betäubungsmittel, elektronische Datenträger und eine Videokamera sichergestellt. Der mutmaßliche Auftraggeber hatte bereits am 31. August 2013 bei einer Demonstration der Partei "Die Rechte" in Dortmund in Richtung von Gegendemonstranten einen Böller geworfen. Dadurch erlitten insgesamt fünf Personen Verletzungen in Form von Knalltraumata. Der mutmaßliche 42-jährige Bombenbauer, der auch den in Dortmund verwendeten Böller hergestellt haben soll, ist bislang nicht mit politisch motivierten Straftaten aufgefallen. Ein gegen ihn erlassener Haftbefehl wurde gegen Auflagen außer Vollzug gesetzt, der mutmaßliche Auftraggeber sitzt in Untersuchungshaft. [...]

Quelle: Gemeinsame Pressemitteilung von Staatsanwaltschaft Freiburg und Landeskriminalamt, Baden-Württemberg (LKA), 10.09.2013

10.09.2013: Neonazi-Überfall auf Schulklasse

Bad Schandau, Schandau

Am letzten Wochenende war eine Hamburger Schulklasse Ziel eines Neonazi-Überfalls. Auf dem Weg in die Jugendherberge in Ostrau wurden die SchülerInnen von einer Gruppe Neonazis zur Jugendherberge verfolgt, fremdenfeindlich beleidigt und ein 15-jähriger sogar tätlich angegriffen worden. "Ihm wurde mehrfach mit der Faust ins Gesicht geschlagen. [...]"

Quelle: radiopsr, 10.09.2013

[Antisemitismus im Stadion](#)

Frankfurt, Hessen

Während des Fußballspiels Eintracht Frankfurt U23 (SGE) gegen Kickers Offenbach (OFC) am Samstag, den 14.09. soll das Video aufgenommen worden sein, auf dem antisemitische Gesänge von einem Teil der Fans zu hören sind.

https://www.youtube.com/watch?v=thosu8931ZQ&feature=youtube_gdata_player

Da noch eine Nachbesprechung mit der Polizei und Fanvertretern anberaunt sei, konnte der Offenbacher Geschäftsführer Fischer dazu noch keine weiteren Informationen geben. Er distanzierte sich aber im Namen des Vereins ausdrücklich von Gewalt und Antisemitismus.

Quelle: Videodokumentation auf Youtube, 15.09.2013

12.09.2013: Berliner NPD beleidigt „migrantische“ Bundestagskandidaten/innen in Drohbrieff!

Berlin, Mitte

Nachdem sie seit Wochen eine rassistische Brandstifter-Kampagne gegen Flüchtlingsheime und Geflüchtete in Berlin betreibt, hat sie jetzt ihren rassistischen Drohbrieff gegen vermeintlich migrantische BundestagskandidatInnen neu aufgelegt.[...]

[Berliner VVN-BdA, 12.09.2013](#)

12.09.2013: Nach vorläufiger Festnahme von 13 NPD-Mitgliedern – Ermittlungen dauern an

Aschaffenburg, Bayern

Nach der vorläufigen Festnahme von 13 NPD-Mitgliedern bzw. -Sympathisanten in Aschaffenburg am Mittwochnachmittag dauern die Ermittlungen der Kriminalpolizei Aschaffenburg weiter an. Bisläng gibt es noch keine gesicherten Erkenntnisse, was letztendlich der Auslöser für die beiden Vorfälle nach der NPD-Wahlveranstaltung war. Wie bereits berichtet, war es

nach Zeugenaussagen nach der Wahlveranstaltung in Aschaffenburg auf der Abfahrt in Richtung Hanau, dem nächsten Veranstaltungsort, zu zwei Zwischenfällen gekommen, wobei jedes Mal mit einem Feuerlöscher Löschschaum bzw. Löschpulver versprüht worden sein soll. Dabei wurde ein Fahrradfahrer leicht verletzt. Nachdem dieser Anzeige erstattet hatte, wurde der NPD-Tross am Ortseingang von Kleinostheim gestoppt. Weil sich dort keiner der Insassen aus den beiden Begleitfahrzeugen als Verantwortlicher zu erkennen gegeben hatte, wurden die 13 Insassen vorläufig festgenommen und zur Dienststelle der Polizeiinspektion Aschaffenburg gebracht. Dort übernahm die Kriminalpolizei Aschaffenburg die weitere Sachbearbeitung. Nach Abschluss der polizeilichen Maßnahmen kam der letzte der vorläufig Festgenommenen gegen 20:00 Uhr wieder auf freien Fuß.

Bei den weiteren Ermittlungen, in die auch die Staatsanwaltschaft Aschaffenburg eingebunden ist, werden jetzt im Laufe des Donnerstags noch Vernehmungen geführt. Danach erhoffen sich die Ermittler auch Hinweise darauf, was die beiden Vorfälle ausgelöst haben könnte.

Quelle: Bayerische Polizei, 12.09.2013

15.09.2013: KZ-Gedenkstätte erstattet Anzeige gegen NPD

Nordhausen, Thüringen

Die NPD hat massiv die Zufahrtsstraße zur KZ-Gedenkstätte Mittelbau-Dora mit ihren Wahlkampfplakaten plakatiert, auch mit dem antiziganistischen Slogan "Geld für die Oma statt für Sinti und Roma". Die KZ-Gedenkstätte erstattete nun Anzeige.

Quelle: Zeit-Online-Störungsmelder und Publikative.org, 15.09.2013

15.09.2013: Aufkleber beschlagnahmt

Berlin, Hellersdorf

In Hellersdorf hat die Polizei am späten Sonnabend vor dem Asylheim an der Carola-Neher-Straße zwei NPD-Anhängern Platzverweise erteilt und rund 250 Aufkleber beschlagnahmt. [...]

Quelle: Morgenpost, 15.09.2013

16.09.2013: Sachbeschädigung an Parteibüro der Linkspartei

Berlin, Niederschöneweide

Unbekannte haben in Berlin-Niederschöneweide eine Woche vor der Bundestagswahl ein Parteibüro der Linken beschädigt. [...]

Quelle: [Die Welt](http://DieWelt), 16.09.2013

Polizeibeamte stellten in der vergangenen Nacht in Niederschöneweide mehrere Beschädigungen an einer Tür eines Parteibüros fest. Gegen 2.15 Uhr bemerkten die Beamten, dass Unbekannte im Bereich des Türschlosses des Büros in der Brückenstraße Farbe aufgebracht hatten und das Schloss beschädigt hatten. Der polizeiliche Staatsschutz hat die Ermittlungen übernommen.

Quelle: Polizei-Berlin, 16.09.2013

16.09.2013: [Antisemitismus im Stadion](#)

Frankfurt, Hessen

Und da hatten am Samstag beim Viertliga-Derby Eintracht Frankfurt gegen Kickers Offenbach (3:1) die Fans gewütet.[...] Es gibt Aufkleber “Eintracht-Juden”. [...] Betroffen ist auch Eintrachts Finanz-Vorstand Axel Hellmann: „Was mich noch mehr irritiert ist, dass sich offenbar eine rechte Szene bei den Kickers gebildet hat. Ich bin selber mit antisemitischen Äußerungen beschimpft worden.“

Quelle: [Bild.de](#), 16.09.2013

16.09.2013: [Anzeige gegen NPD wegen Schmähbriefen](#)

Berlin, Mitte

Wegen eines Briefes, der zur sofortigen Ausreise auffordert, hat der Grünen-Abgeordnete Özcan Mutlu Anzeige erstattet. Beigelegt wurde zudem ein One-way-Flugticket in “die Heimat”. Betroffen sind mindestens fünf weitere Politiker. [...]

Quelle: [Hamburger Abendblatt](#), 16.09.2013

17.09.2013: [NPD setzte Kopfgeld aus](#)

Saalfeld/ Rudolstadt, Thüringen

Nach der Auslobung eines “Kopfgeldes” in Höhe von 500 Euro durch die NPD war es in den vergangenen Tagen zu Drohungen und Gewaltaufrufen gegen König und Neonazi-Gegner im Landkreis Saalfeld-Rudolstadt gekommen.

Quelle: [Haskala](#), 17.09.2013

19.09.2013: [Brandanschlag auf künftiges Asylbewerberheim](#)

Premnitz, Brandenburg

In der Nacht auf Mittwoch haben bislang unbekannte Täter in Premnitz (Havelland) einen Brandanschlag auf ein leerstehendes Schulgebäude verübt, das zu einer Unterkunft für Asylbewerber umgebaut werden soll. [...]

Quelle: [Märkische Allgemeine](#), 19.09.2013

19.09.2013: [Vermutlich Rechtsradikale verprügeln Jugendliche](#)

Dresden, Sachsen

Am Freitag, den 13.9.2013 verprügelten vier Männer mit Fäusten und einem Baseballschläger einen 16-jährigen. Er musste im Krankenhaus behandelt werden. Nach seinen Aussagen handelte es sich bei den Tätern um Rechtsorientierte.

Quelle: [LVZ-online](#), 19.09.2013

22.09.2013: [Sachbeschädigung an Denkmal](#)

Berlin, Charlottenburg-Wilmersdorf

Ein Passant alarmierte gestern Nachmittag gegen 15 Uhr die Polizei nach Charlottenburg, da dort in einer Grünanlage ein Denkmal mit einem Hakenkreuz beschmiert worden war. Die Polizisten entfernten die Schmiererei an dem Denkmal für die Opfer des Nationalsozialismus am Steinplatz. Der Polizeiliche Staatsschutz übernahm die Ermittlungen wegen der Verwendung von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen.

Quelle: Polizei-Berlin, 22.09.2013

22.09.2013: [Rechter Übergriff in Hellersdorf](#)

Berlin, Marzahn-Hellersdorf

Ein Horde Randalierer hat in der vergangenen Nacht in Hellersdorf mehrere Wahlplakate abgerissen. Als die alarmierten Polizisten gegen 1.20 Uhr in der Janusz-Korczak-Straße eintrafen, wurden sie durch die etwa zehnköpfige Gruppe provoziert und beleidigt. Erst als weitere Beamte eintrafen, gaben die Männer ihre Personalien heraus. Ein 21-Jähriger, der sich selbst als Haupttäter bezeichnete, tat sich besonders mit Beleidigungen gegen die Polizisten hervor. Genau dieser 21-Jährige trat gegen 2.15 Uhr auf einen 16-Jährigen am Kokoschkaplatz ein, weil er diesen aufgrund des Aussehens der linken Szene zuordnete. Der Jugendliche erlitt Hämatome und Schürfwunden am ganzen Körper, nachdem er von dem Mann zu Boden gestoßen und getreten worden war. Der 21-Jährige flüchtete anschließend. Er wurde jedoch gegen 3.30 Uhr von seinem Opfer auf dem U-Bahnhof Neue Grottkauer Straße wieder erkannt und von alarmierten Polizisten festgenommen. [...]

Quelle: Berlin Polizei, 22.09.2013

22.09.2013: [Nach rechter Attacke im künstlichen Koma](#)

Bernburg, Sachsen-Anhalt

Ein türkischer Imbissbesitzer ist am Samstag auf dem Bernburger Bahnhof von neuen rechten Schläger angegriffen worden und liegt im künstlichen Koma auf der Intensivstation.

“Dass die neunköpfige Gruppe der rechten Szene zuzuordnen ist, sei nicht nur an ihrem Äußeren – Glatzköpfe und Bomberjacken – erkennbar gewesen, sagte die Freundin des Opfers am Sonntag der MZ. Sie hätten auch ausländerfeindliche Parolen gerufen.”

Quelle: [Mitteldeutsche Zeitung](#), 22.09.2013

23.09.2013: [Rassistischer Übergriff in der S-Bahn](#)

Berlin, Hohenschönhausen

Mehrere Männer und eine Frau griffen in der Nacht von Samstag zu Sonntag in der S-Bahn zwei Männer aus der Mongolei an und beschimpften sie mit ausländerfeindlichen Parolen. Die Täter sind flüchtig.

Am Sonntagmorgen bestiegen die beiden 24 und 28 Jahre alten Männer um 00:25 Uhr eine S-Bahn am Bahnhof Hohenschönhausen. In der Bahn saß eine Gruppe von vier bis fünf Männern und eine Frau. Zunächst skandierten die Täter ausländerfeindliche Parolen und beschimpften die Geschädigten. Anschließend hielten zwei Männer den 24-Jährigen fest, während ein weiterer Mann ihm mehrfach mit der Faust ins Gesicht schlug. Als der 28 Jahre alte Cousin des Opfers ihm helfen wollte, schlugen die Täter auch ihm mit der Faust ins Gesicht und stießen ihm mit dem Knie gegen den Oberkörper. Am Bahnhof Springpfuhl ließen die Täter von den beiden Männern ab und bewarfen sie mit einer Glasflasche. Diese verfehlte die Opfer. Laut einer Zeugenaussage flüchteten die augenscheinlich 20 bis Anfang 30 Jahre alten Täter anschließend mit der Straßenbahn. Die beiden Männer aus der Mongolei erlitten Schwellungen und Hautrötungen im Gesicht. Die Polizei fahndet nun nach den Tätern und leitete ein Ermittlungsverfahren ein.

Quelle: Bundespolizei, 23.09.2013

23.09.2013: [rassistische Beleidigungen beim Fußball](#)

Burglengenfeld, Bayern

“Deggendorfs Trainer Barbaros Yalcin wird beim Auswärtsspiel in Burglengenfeld rassistisch angefeindet. Der Bayerische Fußballverband will ermitteln. Matthias Bösl, der Coach des ASV, hat sich bereits entschuldigt. [...]”

Quelle: [Mittelbayerische](#), 23.09.2013

24.09.2013: [Fremdenfeindliche Übergriffe in Magdeburg](#)

Magdeburg, Sachsen-Anhalt

“In Magdeburg gab es am Montag gleich zwei Übergriffe auf Bürger mit ausländischen Wurzeln. Am Nachmittag wurde zunächst ein syrisches Geschwisterpaar angegriffen und geschlagen, am Abend dann ein 27-jähriger Kameruner. [...]”

Quelle: [Mitteldeutsche Zeitung](#), 24.09.2013

26.09.2013: [Mann aus Syrien in Rostock verprügelt](#)

Mönchengladbach, Nordrhein-Westfalen

[...]Sie wurden beschimpft, bespuckt und getreten. Und irgendwann haben sie aufgehört, Worte wie “Antifahure” oder “Judenfotze” zu zählen. Als das Spiel am Freitagabend in Mönchengladbach vorbei war, stürmten etwa 60 rechte Hooligans auf die Mitglieder der Gruppe “Ultras Braunschweig” (UB) zu – Polizei und Ordnungsdienst verhinderten Schlimmeres.[...]

Quelle: [Spiegel Online](#), 26.09.2013

26.09.2013: [Übergriff in Braunschweiger Fanszene](#)

Mönchengladbach, Nordrhein-Westfalen

[...]Sie wurden beschimpft, bespuckt und getreten. Und irgendwann haben sie aufgehört, Worte wie “Antifahure” oder “Judenfotze” zu zählen. Als das Spiel am Freitagabend in Mönchengladbach vorbei war, stürmten etwa 60 rechte Hooligans auf die Mitglieder der Gruppe “Ultras Braunschweig” (UB) zu – Polizei und Ordnungsdienst verhinderten Schlimmeres.[...]

Quelle: [Spiegel Online](#), 26.09.2013

28.09.2013: [Mann attackiert](#)

Berlin, Marzahn-Hellersdorf

Ein Mitarbeiter eines „Döner-Imbisses“ wurde in der vergangenen Nacht aus fremdenfeindlichen Beweggründen in Hellersdorf attackiert. Gegen 22.30 Uhr betraten ein 24-Jähriger und seine gleichaltrige Begleiterin den Imbiss in der Hönowener Straße. Als die beiden einen Aufkleber einer rechtsradikalen Partei in dem Geschäft anbringen wollten, forderte der Besitzer im Alter von 36 Jahren die Personen auf, den Imbiss zu verlassen. Kurz darauf betrat ein weiterer Begleiter im Alter von 17 Jahren das Geschäft und sprühte Reizgas um sich. Das Trio flüchtete aus dem Laden und konnte kurz darauf in unmittelbarer Nähe überprüft werden. Bei dem 17-Jährigen wurde aufgrund seines alkoholisierten Zustandes eine Blutentnahme durchgeführt. Der Polizeiliche Staatsschutz des Landeskriminalamtes ermittelt nun wegen gefährlicher Körperverletzung. Der Jugendliche wurde nach Beendigung der polizeilichen Maßnahmen seinen Eltern übergeben. Die beiden anderen Personen durften nach einer Personalienfeststellung ihren Weg fortsetzen.

Quelle: Berlin Polizei, 28.09.2013

28.09.2013: [Potsdamer Neonazis wollten Wahllokal blockieren](#)

Potsdam, Brandenburg

Neonazis haben in der Nacht vor der Bundestagswahl in Potsdam massive Propaganda-Aktionen organisiert. (...) , sei unter anderem die Eingangstür eines Wahllokals in Drewitz mit einer Stahlkette und ein weiterer Zugang mit Kabelbindern blockiert worden.[...]

Quelle: pnn.de, 28.09.2013

Oktober 2013

01.10.2013: [Geschubst, beleidigt und bespuckt](#)

Berlin, Tempelhof-Schöneberg

Der Polizeiliche Staatsschutz des Landeskriminalamtes hat die Ermittlungen zu einem Fall der Hasskriminalität übernommen, nachdem heute Vormittag ein 45-Jähriger, der angab homosexuell zu sein, von einem Mann in Schöneberg beschimpft worden war. Gegen 11.45 Uhr traf der Mann in der Coubièrestraße auf den Pöbler und wurde von diesem sofort geschubst und beleidigt. Während der Begleiter des Tatverdächtigen diesen vom Opfer wegzog, spuckte der Angreifer seinem Gegenüber ins Gesicht. Anschließend entfernten sich beide. [...]

Quelle: Berlin Polizei, 1.10.2013

01.10.2013: [Ex-Bürgermeister wegen Volksverhetzung verurteilt](#)

Weißenfels, Sachsen-Anhalt

Der Ex-Bürgermeister von Krauschwitz in Sachsen-Anhalt, Hans Püschel, wurde am Dienstag vom Amtsgericht Weißenfels zu 100 Tagessätzen von je 30 Euro Strafzahlung verurteilt. “Die Staatsanwaltschaft teilte mit, der Politiker leugne in den Texten nachweislich Verbrechen des nationalsozialistischen Gewaltregimes an der jüdischen Bevölkerung. [...]

Quelle: [mdr](http://mdr.de), 1.10.2013

“[...] Zuletzt wurde Püschel seines Amtes als ehrenamtlicher Ortsbürgermeister von Krauschwitz enthoben. Er kommuniziere Inhalte, die gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung verstoßen, hieß es. Erst vor wenigen Wochen teilte das Landesverwaltungsamt mit, dass das Verwaltungsgericht Magdeburg die Rechtmäßigkeit der Suspendierung bestätigt habe. [...]” Sollte es beim Schuldspruch bleiben, so wäre die Amtsenthebung endgültig, so die Informationen der Mitteldeutschen Zeitung.

Quelle: [Mitteldeutsche Zeitung](http://MitteldeutscheZeitung.de), 1.10.2013

01.10.2013: [Hakenkreuze vor geplantem Flüchtlingsheim](#)

Potsdam, Brandenburg

Vor dem geplanten Flüchtlingsheim in der Potsdamer Heinrich-Mann-Allee wurden Hakenkreuze gesprüht. [...]

Quelle: pnn.de, 01.10.2013

02.10.2013: [Mann aufgrund seiner Hautfarbe beleidigt](#)

Berlin, Tempelhof-Schöneberg

Ein 37-jähriger wurde gestern auf dem Bahnhof Südkreuz aufgrund seiner Hautfarbe rassistisch beleidigt. Bundespolizisten stellten bei dem 28-jährigen Täter die Personalien fest.

Gegen 08:00 Uhr ging der in Sierra Leone geborene Mann vor dem Täter und seinen drei Begleitern eine Rolltreppe hinunter. Da der 37-Jährige dem Quartett anscheinend zu langsam war, wurde er rassistisch beschimpft. [...]

Quelle: Bundespolizei Berlin, 02.10.2013

02.10.2013: [20-Jähriger mit Schlagstock verprügelt](#)

Wittlich, Rheinland-Pfalz

Am helllichten Tag ist am Montag ein 20-Jähriger in einem Wittlicher Wohngebiet niedergeschlagen und rassistisch beleidigt worden. [...]

Quelle: [Trierischer Volksfreund](http://TrierischerVolksfreund), 02.10.2013

03.10.2013: [Unbekannte schmieren massenhaft Hakenkreuze an Hauswände](#)

Salzwedel, Sachsen-Anhalt

Unbekannte haben mit Dutzenden Nazi-Parolen und Hakenkreuzen die Innenstadt von Salzwedel verunstaltet.(...)Die Täter haben auch eine Gedenktafel geschändet und das Wort "Synagoge" mit schwarzer Farbe übersprüht. [...]

Quelle: Spiegel, 03.10.2013

05.10.2013: [Homophober Übergriff](#)

-

Berlin, Friedrichshain-Kreuzberg

Einer ambulanten Behandlung musste sich eine Frau gestern Abend unterziehen, nachdem sie in Friedrichshain eigenen Angaben zufolge von einem Unbekannten homophob beleidigt und geschlagen worden war. Die 30-Jährige gab gegenüber alarmierten Polizisten in einem Krankenhaus an, dass sie gemeinsam mit einer 29 Jahre alten Bekannten am Franz-Mehring-Platz eine Veranstaltung besucht hätte. Als sich die beiden Frauen kurz nach 18 Uhr im Eingangsbereich unterhielten, sollen sie von zwei Männern auf die Veranstaltung angesprochen worden sein. Nachdem sie das Motto der Veranstaltung nannten, seien sie von den Unbekannten unvermittelt auf sexueller Grundlage beleidigt worden und einer der Täter habe der 30-Jährigen

mit der Faust ins Gesicht geschlagen. Anschließend flüchteten die Angreifer. Die 30-Jährige erlitt Gesichtsverletzungen und wurde durch einen Rettungswagen zur ambulanten Behandlung in ein Krankenhaus gebracht. [...]

Quelle: Berlin Polizei, 05.10.2013

06.10.2013: [Homophobe Beleidigung](#)

Berlin, Marzahn-Hellersdorf

Bei einer Veranstaltung in Gestalt einer Menschenkette in Hellersdorf kam es gestern Nachmittag zu einer homophoben Beleidigung. Nach bisherigen Erkenntnissen wurde ein 33-jähriger Veranstaltungsteilnehmer von einem 29-Jährigen angepöbelt und beleidigt, nachdem letzterer sowie ein 27-jähriger Begleiter ihren Unmut über die Veranstaltung bekundet hatten. [...]

Quelle: Berlin Polizei, 06.10.2013

06.10.2013: [Rechte Messe "Zwischentag" in Berlin](#)

Berlin, Wilmersdorf

Die Messe „Zwischentag“, ein Treffen der intellektuellen Nationalkonservativen, scheint sich in der Hauptstadt zu etablieren. [...]

Quelle: [Berliner Zeitung](#), 06.10.2013

07.10.2013: [Fremdenfeindlicher Übergriff in Dresden](#)

Dresden, Sachsen

Am frühen Sonntagmorgen wurden zwei Männer (32/37) an der Kesselsdorfer Straße von mehreren Unbekannten angegriffen und beschimpft. Polizeibeamte konnten drei der Angreifer noch vor Ort stellen. Der 37-Jährige und sein 32-Jähriger Begleiter waren mit einer Straßenbahn der Linie 7 aus der Dresdner Neustadt bis zur Kesselsdorfer Straße gefahren. An der Haltestelle Bünaustraße verließen sie die Bahn. Mit ihnen waren nach ersten Erkenntnissen auch fünf bis sechs weitere Männer ausgestiegen, die ihnen folgten. Zunächst riefen diese den aus Kolumbien und Indien stammenden Männern fremdenfeindliche Parolen nach. In der Folge schlugen die Angreifer auf die Geschädigten ein und traten nach ihnen. Der 37-Jährige lief letztlich zu seinem Fahrzeug auf die Bünaustraße und versuchte sich und den 32-Jährigen vor den Angreifern in Sicherheit zu bringen. Diese stellten sich jedoch vor den Opel, verhinderten die Weiterfahrt und schlugen eine Scheibe des Fahrzeuges ein. An einem weiteren Hyundai wurde ebenfalls eine Scheibe eingeschlagen. Die beiden Geschädigten hatten leichte Verletzungen erlitten [...].

Quelle: Polizei Dresden, 07.10.2013

07.10.2013: Hitlergruß neben Demonstration gezeigt

Teltow, Brandenburg

Rund 80 Flüchtlinge aus Berlin und Brandenburg protestierten am Sonntag in Teltow gegen Rassismus. Am Rande der Demo wurde ihnen der Hitlergruß gezeigt. [...]

Quelle: pnn.de, 07.10.2013

08.10.2013: Hakenkreuz auf Autoheckklappe geritzt

Emsdetten, Nordrhein-Westfalen

Eine unbekannte Person ritzte an einem schwarzen Opel-Zafira ein in etwa 10x10 cm großes Hakenkreuz auf eine Heckklappe. [...]

Quelle: Steinfurt Polizei, 08.10.2013

09.10.2013: Fahnen mit rechten Symbolen in Rostock

Rostock, Mecklenburg-Vorpommern

Am 08.10.2013 wurden gegen 22:54 Uhr an der Straßenbahnhaltestelle "Hafenallee" in Rostock Toitenwinkel drei Fahnen mit Symbolen aus dem dem "Dritten Reich" festgestellt. Die Fahnen hatten eine Größe von 1,50m x 0,90m. Unter anderem waren Hakenkreuz und Doppelsiegrune (SS) zu sehen.

Quelle: Rostock Polizei, 09.10.2013

12.10.2013: Brandstiftung im Asylbewerberheim Güstrow

Güstrow, Mecklenburg-Vorpommern

Im Asylbewerberheim Güstrow kam es am frühen Morgen zu einer starken Rauchentwicklung im Keller des Hauses. Bewohner des Heimes wurden nicht verletzt bzw. waren nicht gefährdet. Nach bisherigem Erkenntnisstand warf ein bisher unbekannter Täter einen brennenden Feuerwerkskörper durch ein angekipptes Fenster in einen Trockenraum im Keller des bewohnten Gebäudes. Die Hitze des Feuerwerkskörpers ließ einen leeren Wäschekorb aus Plastik schmelzen. Dabei kam es zu einer starken Rauchentwicklung.

[...] Eine Gefährdung der Bewohner lag zu keinem Zeitpunkt vor. Es gibt keine konkreten Hinweise auf eine Motivation des unbekanntes Täters. Eine mögliche fremdenfeindliche Motivlage kann nicht ausgeschlossen werden. [...]

Quelle: Rostock Polizei, 12.10.2013

13.10.2013: Frau attackiert Reisenden aufgrund seiner Hautfarbe

Hamburg

Aus bisher nicht geklärten Gründen skandierte eine Reisende (w. 41) am 12.10.2013 gegen 10.00 Uhr in einer Regionalbahn auf der Fahrt von Bad Oldesloe nach Hamburg lautstark abfällige Parolen gegen ausländische Mitbürger. Ein Fahrgast (46) geriet dabei aufgrund seiner Hautfarbe ins Visier der Beschuldigten. Der deutsche Staatsangehörige (geboren in Accra) reagierte zunächst nicht auf die "allgemeinen Beschimpfungen". Nachdem die Beschuldigte aber mit ihren Parolen immer weiter entgleiste und den Reisenden als "Neger" beschimpfte, forderte der Mann die Frau auf dieses zu unterlassen. Daraufhin versuchte die 41-Jährige den Mann anzugreifen. [...]

Quelle: Bundespolizei, 13.10.2013

13.10.2013: Rechtsextremes Konzert kurzfristig verhindert

Pasewalk, Mecklenburg-Vorpommern

Die Polizeiinspektion Anklam verhinderte mit eigenen und Unterstützungskräften aus dem Polizeipräsidium Neubrandenburg, des Landesbereitschaftspolizeiamtes Mecklenburg-Vorpommern und der Bundespolizeiinspektion Pasewalk am späten Samstagabend ein bekannt gewordenes rechtsextremistisches Konzert, das am Abend des 12. Oktober 2013 in Pasewalk, Gehege 3 stattfinden sollte [...]. Die Polizei sprach 41 Platzverweise gegen anreisende Konzertbesucher aus Mecklenburg-Vorpommern, Berlin, Brandenburg und Sachsen-Anhalt aus. Die Einsatzkräfte sahen sich später (20:40 Uhr) an der Kontrollstelle am Gehege 3 über 100 Personen gegenüber, die aus der Gruppe mit Steinen und Flaschen warfen, um anschließend mit körperlicher Gewalt erfolglos zu versuchen, die Polizeikette zu durchbrechen. [...]

Quelle: Neubrandenburg Polizei, 13.10.2013

13.10.2013: [Rechtsextreme Pöbeleien](#)

Volkersbrunn, Bayern

Vier Rechtsradikale haben bei einer Kirchweih in der Nacht zum Sonntag zwei Mitarbeiter des Sicherheitsdienstes und zwei Polizeibeamte beleidigt und mehrere Leute angepöbelt. Die vier gaben auch rechtsextreme Parolen von sich und als sie sich einem Platzverweis der Polizei widersetzen, wurden sie in Gewahrsam genommen. [...]

Quelle: Unterfranken Polizei, 13.10.2013

13.10.2013: [T-Shirt mit Hakenkreuz und Hitlerbild sichergestellt](#)

Neustadt/Aisch, Bayern

In einer Discothek in Scheinfeld, Landkreis Neustadt a. d. Aisch-Bad Windsheim, fand am 12.10.2013 ein Rockkonzert statt. Die auftretenden Bands können dem rechten Spektrum zugeordnet werden. [...] An einer Kontrollstelle konnte ein T-Shirt mit Hakenkreuz und Hitlerbild festgestellt und sichergestellt werden. Am eigentlichen Konzert nahmen knapp Tausend Personen teil, die aus ganz Deutschland und dem benachbarten Ausland angereist waren.

Quelle: Mittelfranken Polizei, 13.10.2013

13.10.2013: [Unbekannte schänden Mahnmal für jüdische NS-Opfer](#)

Wittenberg, Sachsen-Anhalt

Unbekannte haben in Wittenberg ein Mahnmal für die Opfer der Pogrome an Juden während der Nazi-Zeit geschändet. [...]

Quelle: [Focus](#), 13.10.2013

14.10.2013: [Torwart rassistisch beleidigt](#)

Würzburg, Bayern

Beim Fußball-Kreisligaspiel der SG Buchbrunn-Mainstockheim gegen den TSV Grombühl ist der Grombühler Torwart Rene Schnur am Sonntag von einem Zuschauer beleidigt worden. „Haut dem Neger endlich eins rein“, [...]

Quelle: [Main Post](#), 14.10.2013

14.10.2013: [Angriff mit homophobem Hintergrund](#)

Berlin, Friedrichshain- Kreuzberg

Zwei Männer schlugen und traten am Sonntagmorgen auf dem Bahnhof Frankfurter Allee einen 21-Jährigen aufgrund seiner sexuellen Orientierung. Das Opfer musste im Krankenhaus behandelt werden. [...]

Quelle: Bundespolizei, 14.10.2013

15.10.2013: [Mann angespuckt und fremdenfeindlich beleidigt](#)

Berlin, Mitte

Ein 32-Jähriger bespuckte, beleidigte und bedrohte gestern Abend einen 30-jährigen Sicherheitsmitarbeiter einer Einzelhandelsfirma in der Müllerstraße in Wedding. Nach den bisherigen Ermittlungen stand der 30-Jährige gegen 19.50 Uhr vor dem Eingang eines Einkaufszentrums, als ihn ein vorbeigehender Mann anspuckte und fremdenfeindlich beleidigte. [...]

Quelle: Berlin Polizei, 15.10.2013

15.10.2013: [Garage mit Hakenkreuzen beschmiert](#)

Schönebeck, Sachsen-Anhalt

Unbekannte haben in Schönebeck auf der Friedrichstraße die Wände einer Garage mit drei Hakenkreuzen und der Aufschrift „Negger“ besprüht. [...]

Quelle: [Mitteldeutsche Zeitung](#), 15.10.2013

15.10.2013: [Großflächige Farbschmierereien mit rechtem Hintergrund](#)

Dortmund, Nordrhein-Westfalen

In den Abend- und Nachtstunden vom 14.10.2013 auf den 15.10.2013, wurden durch Unbekannte in Dortmund-Lütgendortmund umfangreiche Farbschmierereien mit rechtem Hintergrund an zwei öffentlichen Gebäuden begangen. Dabei wurde von den Tätern neben der Heinrich-Böll-Gesamtschule auch das nahegelegene Naturfreundehaus beschmiert. Neben einer Vielzahl von Hakenkreuzen wurden Schriftzüge gesprüht, die eindeutig nationalsozialistisches Gedankengut dokumentieren und von einer ausländergefeindlichen Gesinnung zeugen.

Quelle: Dortmund Polizei, 15.10.2013

17.10.2013: [Essener Hooligans verhindern Vorführung von Neonazi-Dokumentation](#)

Essen, Nordrhein-Westfalen

Eine Gruppe von ca. 20 Leuten hat gestern die Vorführung des Films „Blut muss fließen“ in den Räumlichkeiten des AWO-Fanprojekts verhindert. [...]

Quelle: [coolibri.de](#), 17.10.2013

19.10.2013: [Erst beleidigt – dann mit Schusswaffe bedroht](#)

Berlin, Marzahn-Hellersdorf

Nach einer fremdenfeindlichen Beleidigung kam es heute Vormittag in Hellersdorf zu einer Auseinandersetzung, die letztlich in einer Bedrohung mit einer Schreckschusswaffe mündete. Gegen 10.50 Uhr befand sich eine Familie, der Mann 45 Jahre alt mit seiner Partnerin 28 Jahre alt und ihr 16 Monate altes Kind, auf einem Spaziergang in der Gothaer Straße. Unvermittelt trat ein alkoholisierte Mann an sie heran und beleidigte den Mann und seine, dem Phänotypus nach asiatisch aussehende Begleiterin fremdenfeindlich. Es kam zu einem verbalen Streit, bei dem der Delinquent versuchte, den 45-Jährigen zu schlagen. Anschließend begab sich der Mann auf die andere Straßenseite und betrat ein Wohnhaus. Einen Moment später erschien er wieder, ging direkt auf die beiden zu und bedrohte sie mit einer Schusswaffe. Der Familienvater versuchte dem Täter die Waffe zu entreißen, erhielt dabei jedoch mit der Waffe einen Schlag auf den Kopf. Nach einem Gerangel gelang es dem 45-Jährigen den Mann zu überwältigen und bis zum Eintreffen der alarmierten Polizei festzuhalten. [...]

Quelle: Berlin Polizei, 19.10.2013

19.10.2013: [Hooligans attackieren Duisburger Ultras](#)

Duisburg, Nordrhein-Westfalen

Hässliche Szenen nach dem Drittliga-Spiel zwischen dem MSV Duisburg und dem 1. FC Saarbrücken. Nach Angaben mehrerer Augenzeugen sollen Mitglieder der rechten Hooligan-Gruppierung "Division Duisburg" anti-faschistische MSV-Ultras der Gruppe "Kohorte" brutal attackiert haben. [...]

Quelle: [Der Spiegel](#), 19.10.2013

20.10.2013: [Protest mit Hitlergruß gegen AsylbewerberInnen](#)

Schneeberg, Sachsen

Viele Menschen zogen bei der vom NPD-Kreisverband initiierten Kundgebung mit Fackeln durch die Innenstadt von Schneeberg. [...] Beamte nahmen zwei Anzeigen wegen Verdachts auf Verwendung von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen auf. Zwei Teilnehmern im Alter von 23 und 30 Jahren sollen den Hitlergruß gezeigt haben. [...]

Quelle: [Freie Presse](#), 20.10.2013

20.10.2013: [Täter brüllten verfassungsfeindliche Parolen](#)

Wismar, Mecklenburg-Vorpommern

Am Samstag gegen 22:00 Uhr informierte ein 23-jährige Anwohnerin der Rostocker Straße in Wismar das örtliche Polizeihauptrevier über einen ruhestörenden Lärm.

Als die eingesetzten Polizisten eintrafen brüllten mehrere junge Männer aus einer Wohnung der ersten Etage lautstark verfassungsfeindlicher Parolen. Die Beamten konnten auch einige Männer beobachten, wie sie hierbei den rechten Arm zum sogenannten "Deutschen Gruß" erhoben.

In der Wohnung befanden sich fünfzehn Personen, von denen vier Tatverdächtige im Alter von 18 bis 31 Jahren identifiziert werden konnten. Alle Täter sind der Polizei bereits hinreichend bekannt, zwei tatverdächtige Männer sogar wegen gleicher Straftaten. [...]

Quelle: Rostock Polizei, 20.10.2013

20.10.2013: [Polizei verhindert rechtsextremistische Musikveranstaltung in Wellendorf](#)

Wellendorf, Niedersachsen

Rechtsextremisten haben unter dem Vorwand einer Geburtstagsfeier ein gemeindeeigenes Veranstaltungslokal in Wellendorf / Gemeinde Suhlendorf (Landkreis Uelzen) angemietet; tatsächlich sollte dort am 19. Oktober 2013 ein Konzert von fünf Musikgruppen mit rechtsextremistischem Hintergrund stattfinden. Gegen 20:00 Uhr hatten sich bereits ca. 100 Personen eingefunden. Der getäuschte Vermieter machte gegenüber dem Anmieter sein sofortiges Rücktrittsrecht (nach § 346 Bürgerliches Gesetzbuch) vom Mietvertrag geltend. In Anbetracht des inzwischen starken Polizeiaufgebotes räumten die Konzertbesucher ohne Zwischenfälle den Raum und verließen Wellendorf. [...].

Quelle: Lüneburg Polizei, 20.10.2013

21.10.2013: Brandanschlag auf Asylunterkunft

Wehr, Baden-Württemberg

In einem Obdachlosen- und Asylbewerberheim in Wehr wurde in der Nacht zum Samstag ein Brand gelegt, der aber bereits vor dem Eintreffen der Feuerwehr gelöscht werden konnte. Die Polizei ermittelt in alle Richtungen, sie schließt einen fremdenfeindlichen Hintergrund nicht aus. [...]

Quelle: [Badische-Zeitung](#), 21.10.2013

21.10.2013: Anschlag auf Sinti und Roma-Zentrum

Oldenburg, Niedersachsen

In Oldenburg wurde ein Brandanschlag auf ein Kulturzentrum für Sinti und Roma verübt. Der Verein berichtet von Drohungen eines Neonazis.[...]

Quelle: [Taz](#), 21.10.2013

21.10.2013: Rechte Pöbeleien

Potsdam, Brandenburg

Am frühen Nachmittag des 16. September, gegen 14.10 Uhr, hatte ein Unbekannter die Beamten informiert, weil der Pöbler die Passanten in der Burgstraße beschimpfte – und mehrfach den “Hitlergruß” zeigte. [...]

Quelle: [ppn.de](#), 21.10.2013

21.10.2013: Farbschmierereien in der Eisenbahnstraße

Aachen, Nordrhein-Westfalen

Am Samstagabend (19.Oktober) gegen 22.40 Uhr nahm die Polizei auf der Eisenbahnstraße einen 36- Jährigen fest, der eine Bushaltestelle mit einem Hakenkreuz besprühte. Die Überprüfung des stark angetrunkenen Mannes ergab, dass gegen ihn ein Haftbefehl bestand. Er wurde festgenommen und auf der Wache wurde ihm eine Blutprobe entnommen. [...]

Quelle: Aachen Polizei, 21.10.2013

21.10.2013: Vandalen wüten an KZ-Gedenkstätte in Annen

Witten, Nordrhein-Westfalen

Nur noch die Verankerung im Boden ist von einer der beiden blauen Info-Tafeln übrig geblieben, die an der KZ-Gedenkstätte Immermannstraße in Annen standen. [...]

Quelle: [Der Westen](#), 21.10.2013

22.10.2013: Feuer am Asylbewerberheim: Polizei ermittelt jetzt wegen Brandstiftung

-
Gmünden, Bayern

Ein Zeuge habe am Donnerstagabend gegen 23 Uhr zwei junge, dunkel gekleidete Männer an der Flüchtlingsunterkunft gesehen, die dort gezündelt hätten und danach ins Gebäude gegangen seien. [...]

Quelle: Main Post, 22.10.2013

22.10.2013: Mann zeigt Hitlergruß

Augsburg, Bayern

Auf dem Weg zur Polizeistation kam heraus, dass sich die Männer bereits vorher gegenüber einer anderen Streifenbesetzung ungebührlich verhalten hatten. Unter anderem hatten sie den Hitlergruß gezeigt. [...]

Quelle: [Augsburger Allgemeine](#), 22.10.2013

23.10.2013: Verletzte bei Streit in Hallenser Imbiss

Halle, Sachsen-Anhalt

Zudem bewarfen die Angreifer das Lokal mit Bierflaschen und sollen ausländerfeindliche Parolen gebrüllt haben. [...]

Quelle: [Berliner Zeitung](#), 23.10.2013

23.10.2013: Hakenkreuz am neuen Landtagsschloss

Postdam, Brandenburg

Unbekannte Täter haben ein Plakat, auf dem ein Hakenkreuz zu sehen war, an der Auffahrt zum neuen Landtagsschloss aufgehängt. Wie die Polizei am Dienstag mitteilte, hätten am Montag gegen 22 Uhr mehrere vorbeifahrende Autofahrer die Polizei wegen des 1,80 mal 1,40 Meter großen Banners alarmiert. [...]

Quelle: [pnn.de](#), 23.10.2013

23.10.2013: Graffiti an Stadthalle und Reisebus

Hagen, Nordrhein-Westfalen

Erheblichen Sachschaden richteten Schmierfinken bereits in der Nacht von Sonntag auf Montag im Bereich der Stadthalle an. An einem dort abgestellten Reisebus sowie an der Gebäudefassade hinterließen sie bis zu zwei Meter hohe Tags mit silberner und schwarzer Sprühfarbe,

die sowohl einen Fußballverein verunglimpften als auch SS-Runen und ein Hakenkreuz darstellten und dadurch die Bearbeitung durch den Hagener Staatsschutz herbeiführten.

Quelle: Hagen Polizei, 23.10.2013

24.10.2013: [Zechpreller skandiert Hitlergruß](#)

Güstrow, Mecklenburg-Vorpommern

Erst hat der 29 jährige Mann sich in einer Güstrower Gaststätte reichlich den Alkohol schmecken lassen. Als es dann ans Bezahlen ging, musste die Güstrower Polizei zum Einsatz kommen. Während des Polizeieinsatzes stand der Mann plötzlich auf, hob den rechten Arm zum Gruß und skandierte für alle anwesenden Gäste und Personal deutlich hörbar den Hitlergruß [...]

Quelle: Rostock Polizei, 24.10.2013

27.10.2013: [Kinder mit Böllern beworfen](#)

Berlin-Neukölln

In Rudow haben gestern Nachmittag zwei Männer eine Gruppe von Kindern mit Böllern beworfen. Zeugen hatten die Polizei alarmiert und angegeben, dass die beiden zwischen 16.45 Uhr und 17.40 Uhr mehrfach Feuerwerkskörper vom Balkon einer Wohnung im Joachim-Gottschalk-Weg auf spielende Kinder warfen. Außerdem sollen die Männer hierbei volksverhetzende Beleidigungen in Richtung der Kinder gerufen haben. Die fünf Kinder im Alter zwischen neun und 14 Jahren, bestätigten das gegenüber der Polizei. [...]

Quelle: Berlin Polizei, 27.10.2013

27.10.2013: [Fremdenfeindliche Beleidigungen durch Jugendliche](#)

Unna, Nordrhein-Westfalen

Am heutigen Tag wurde die Polizei gegen 14.30 Uhr zur Bahnhofstraße gerufen. Eine Zeugin hatte schon in der S-Bahn von Dortmund nach Unna eine Gruppe von vier Jugendlichen beobachtet, die eine 61jährige Vietnamesin und ihren 32jährigen Sohn belästigten. Die Jugendlichen stießen fremdenfeindliche Beleidigungen gegen die beiden aus und äfften die asiatische Sprache in verächtlicher Weise nach. Als die Geschädigten den Sitzplatz wechselten, um sich den Belästigungen zu entziehen, folgten ihnen die Beschuldigten und setzten ihr Tun fort. Die Geschädigten wurden selbst dann noch von den Jugendlichen verfolgt, als sie in Unna den Zug verließen. Die Zeugin sprach die Jugendliche an, um sie von ihrem Tun abzubringen. Auch ein weiterer Fahrgast, der in Unna ausstieg, schimpfte mit den Jugendlichen. Die Jugendlichen flüchteten allerdings erst, als sie die herannahende Polizei sahen. [...]

Quelle: Unna Polizei, 27.10.2013

28.10.2013: [Stolpersteine beschmiert](#)

-

Berlin, Mitte

Unbekannte haben sieben „Stolpersteine“ in Wedding mit dunkler Farbe beschmiert. Ein Zeuge alarmierte gestern Abend gegen 18.15 Uhr die Polizei in die Liebenwalder Straße, nachdem er die Farbschmierereien an den im Gehweg eingelassenen Gedenksteinen entdeckt hatte. [...]

Quelle: Berlin Polizei, 28.10.2013

28.10.2013: [Hakenkreuz auf Motorhaube geritzt](#)

Neuenhaus, Niedersachsen

In der Zeit von Samstag, 18.00 Uhr, bis Sonntag, 01.00 Uhr, wurde bei einem roten Toyota Europe auf der Motorhaube ein etwa 20 mal 20 Zentimeter großen Hakenkreuz in den Lack geritzt. Der Pkw stand auf dem Grundstück neben der ehemaligen Hohenkörbener Schule an der Nordhorner Straße. Dort fand zu der Zeit eine Halloweenparty der Motorradfreunde Leguan statt.

Quelle: Grafschaft Bentheim Polizei, 28.10.2013

29.10.2013: [Rassistische Beleidigungen](#)

Halle, Sachsen-Anhalt

Ein Mann ist am Montagabend in Halle angegriffen und rassistisch beleidigt worden. Er war gerade dabei sein Auto auszuparken, als ein etwa 25 Jahre alter Mann ihn aus dem Wagen zerrte. [...]

Quelle: [Mitteldeutsche Zeitung](#), 29.10.2013

31.10.2013: [Hitlergruß gezeigt](#)

Hünfeld, Hessen

Weil er während eines Konzertes den Hitlergruss gezeigt hatte, musste sich ein 16-Jähriger aus dem Gerichtsbezirk Hünfeld vor dem Amtsgericht verantworten. Der Jugendliche hatte Anfang des Jahres in der Wandelhalle in Bad Salzschlirf die Hand zum nationalsozialistischen Gruss erhoben, als dort ein ausländischer Künstler ein Klavierkonzert gab. [...]

Quelle: [Hünfelder Zeitung](#), 31.10.2013

31.10.2013: [Schmierereien](#)

Pungelscheid, Hessen

Der oder die Täter sprühten zumeist Symbole und Abkürzungen: NS steht dabei für Nationalsozialismus, RAC für Rock Against Communism (zu deutsch: Rock gegen Kommunismus), GNLS für Good Night Left Side (Gute Nacht, linke Seite), Anti-Antifa für Gegen Antifaschismus und WMK laut Wachleiter Voit – trotz „K“ – für die Wehrmacht. [...]

Quelle: [Meinerzhagener Zeitung](#), 31.10.2013

November 2013

01.11.2013: [Rechtsradikale Inhalte verbreitet](#)

Oldenburg, Niedersachsen

Wegen Verbreitens von Propagandamitteln verfassungswidriger Organisationen und Volksverhetzung hat das Oldenburger Landgericht am Donnerstag eine 27 Jahre alte Frau aus Butjadingen zu vier Monaten und einer Woche Haft auf Bewährung verurteilt. [...]

Quelle: [NWZ Online](#), 01.11.2013

02.11.2013: [Polizei verhindert rechtes Konzert](#)

Pasewalk, Mecklenburg-Vorpommern

Einsatzkräfte der Polizeiinspektion Anklam haben am Sonnabend, dem 02.11.2013, ein Konzert der Rechten Szene im sogenannten “Schweinstall” in Viereck bei Pasewalk erfolgreich verhindert. Mit mehr als 100 Polizeikräften wurde die Durchführung des für die Abendstunden geplanten rechtsextremistischen Konzerts, welches vom Veranstalter als private Feier deklariert war, unterbunden. [...]

Quelle: Anklam Polizei, 02.11.2013

03.11.2013: [Passanten in Euskirchener Innenstadt beleidigt, bedroht und geschlagen](#)

Euskirchen, Nordrhein-Westfalen

Die Polizei Euskirchen hat kurz nach Mitternacht drei Männer im Alter von 20, 22 und 25 Jahren festgenommen. Sie sollen zwei Männer durch Schläge und Tritte verletzt haben. Da ein fremdenfeindlicher Hintergrund nicht ausgeschlossen werden kann, hat der Staatsschutz der Polizei Bonn die Ermittlungen aufgenommen. Am Sonntag, 3. November 2013, erhielt die Polizei Euskirchen gegen 00.25 Uhr Kenntnis von mehreren Männern, die in der Euskirchener Innenstadt Passanten und Besucher einer Musikveranstaltung provozieren und beleidigen sollen. In der Baumstraße sahen die alarmierten Polizeibeamten kurze Zeit später mehrere Männer, die hinter anderen Personen herliefen, diese bedrohten und mit fremdenfeindlichen Äußerungen beschimpften. Drei Tatverdächtige konnten gestellt und festgehalten werden.

Quelle: Bonn Polizei, 03.11.2013

03.11.2013: [Rassistische Beleidigung](#)

Berlin, Pankow

Ein 14-Jähriger hat vergangene Nacht mit seinem Betreuer eine rassistische Beleidigung und eine Körperverletzung bei einem Polizeabschnitt angezeigt. Seinen Aussagen zufolge wurde dem Jugendlichen gegen 22.30 Uhr von zwei Unbekannten in der Piesporter Straße ein Bein gestellt, so dass er zu Fall kam. Anschließend hätten ihn die beiden aufgrund seiner dunklen Hautfarbe beleidigt [...]

Quelle: Berlin Polizei, 03.11.2013

03.11.2013: [Rechtsradikale attackieren Demo: Fünf Festnahmen](#)

Aachen, Nordrhein-Westfalen

Eine Gruppe von Rechtsradikalen hat am Samstag in der Aachener Innenstadt eine Demonstration gegen die europäische Flüchtlingspolitik attackiert, zu der linke Gruppierungen aufgerufen hatten. [...]

Quelle: [Aachener Zeitung](#), 03.11.2013

03.11.2013: [Jugendliche sprühen in Rostock-Biestow Graffiti auf Fahrzeuge](#)

Rostock, Mecklenburg-Vorpommern

Am Sonntagvormittag gegen 10:00 Uhr wurde über Polizeinotruf bekannt, dass in der Nacht von Samstag auf Sonntag auf mehrere geparkte Fahrzeuge in Rostock-Biestow Graffiti gesprüht wurden. Bei der Anzeigenaufnahme wurden neben diversen Buchstaben und Zeichen auch mehrere verfassungswidrige Symbole festgestellt. Umfangreiche Ermittlungen des Kriminaldauerdienstes Rostock und des Polizeihauptreviers Rostock-Reutershagen führten zu zwei 16-jährigen Jugendlichen, die die Tat begangen haben müssen. Beide Tatverdächtige, einer in Rostock und einer im Landkreis Rostock wohnhaft, räumten in Befragungen ein, die Graffiti gesprüht zu haben. [...]

Quelle: Rostock Polizei, 03.11.2013

04.11.2013: [Frau fremdenfeindlich beleidigt](#)

Berlin-Neukölln

Eine Frau wurde gestern Nachmittag in Neukölln fremdenfeindlich beleidigt. Nach ersten Erkenntnissen war die 47-Jährige gegen 15.30 Uhr in der Wissmannstraße unterwegs und wurde von einer Frau aufgrund ihrer Herkunft beschimpft. Anschließend flüchtete die Tatverdächtige unerkant. [...]

Quelle: Berlin Polizei, 04.11.2013

04.11.2013: [Aufruf der NPD zu einer Demo gegen Asylbewerber stieß auf große Resonanz](#)

Schneeberg, Sachsen

Rund 1800 Menschen haben an dem zweiten von der NPD organisierten sogenannten "Lichtlauf gegen Asylmissbrauch" teilgenommen; [...]

Daneben zeigten 3 Männer gegenüber Gegendemonstranten einen Hitlergruß.

Quelle: [Freie Presse](#), 04.11.2013

04.11.2013: [Erst niedergeschlagen, dann entführt](#)

Burg, Sachsen-Anhalt

In der Nacht zu Sonntag sollen Rechtsextreme in Burg nahe Magdeburg einen Jugendlichen auf offener Straße angegriffen und mit dem Auto verschleppt haben, um Namen und Adressen aus der antifaschistischen Szene zu erpressen. [...]

Quelle: [Tageszeitung](#), 04.11.2013

05.11.2013: [Anklage nach Hackerangriff auf Gedenkstätten-Websites](#)

Erfurt, Thüringen

Die Homepages der Gedenkstätten waren im Sommer 2010 manipuliert worden. Nutzer der Seite wurden damals auf Internetauftritte von Holocaust-Leugnern umgelenkt, das Totenbuch der KZ Opfer war zerstört worden. [...]

Quelle: [MDR.de](#), 05.11.2013

07.11.2013: [Staatsschutz ermittelt nach Schmierereien in Barth](#)

Barth, Mecklenburg-Vorpommern

Am gestrigen Tag (06.11.2013) erhielt die Polizei die Information, dass in Barth (LK Vorpommern-Rügen) Unbekannte in ein altes Schulgebäude eingedrungen sind und dort u. a. Wände und Fenster mit mehreren Hakenkreuzen und rechtsgerichteten Schriftzügen beschmierten. [...]

Quelle: Polizei Neubrandenburg, 07.11.2013

07.11.2013: [Berliner NPD-Chef muss sich vor Gericht verantworten](#)

Berlin, Tiergarten

Der Berliner NPD-Chef Sebastian Schmidtke muss sich am kommenden Mittwoch vor dem Amtsgericht Tiergarten verantworten. Die Staatsanwaltschaft wirft Schmidtke unter anderem Volksverhetzung vor. [...]

Quelle: [RBB](#), 07.11.2013

08.11.2013: [Männer mit Pfefferspray attackiert](#)

Berlin, Friedrichshain-Kreuzberg

In einem Fall einer gefährlichen Körperverletzung mit homophobem Hintergrund, die sich in der vergangenen Nacht in Kreuzberg ereignete, hat der Polizeiliche Staatsschutz des Landeskriminalamtes die Ermittlungen übernommen. Gegen 1.10 Uhr griff ein bislang unbekannter Mann die beiden Männer im Alter von 25 und 27 Jahren, die sich kurz zuvor in der Reichenberger Straße geküsst hatten, an und sprühte ihnen Pfefferspray ins Gesicht. Anschließend flüchtete der Unbekannte in Richtung Adalbertstraße, wo er sich anschließend in einem dunklen Fahrzeug entfernte. Die beiden Männer mussten mit Augenreizungen in einem Krankenhaus ambulant behandelt werden.

Quelle: Berlin Polizei, 08.11.2013

08.11.2013: [Rechtsradikale Schmierereien](#)

Berlin, Steglitz-Zehlendorf

Mehrere mit schwarzer Farbe aufgetragene Hakenkreuze, SS-Runen und rechtsextreme Parolen an Fahrzeugen, Hauswänden und einem BVG-Wartehäuschen wurden gestern Morgen und im Laufe des gestrigen Tages in Lankwitz in den Straßen Alt-Lankwitz, Schulstraße, Langkofelweg Bruchwitz- sowie Kaiser-Wilhelm-Straße festgestellt [...]

Quelle: Berlin Polizei, 08.11.2013

08.11.2013: [Reichkriegsflagge an Moschee gehisst](#)

Krefeld, Nordrhein-Westfalen

In der Nacht zu Donnerstag (07.11.2013), bis etwa 06:30 Uhr, wurde eine türkische Fahne entwendet, die am Fahnenmast der Moschee des Türkisch Islamischen Kulturvereins, auf dem Lübecker Weg in Krefeld Uerdingen, gehisst war.

Diese Fahne wurde gegen eine andere Fahne ausgetauscht. Diese neu aufgezugene Fahne, die keine verbotenen Motive aufwies, wurde zwischenzeitlich wieder entfernt.

Quelle: Krefeld Polizei, 08.11.2013

08.11.2013: [Rathaussteine mit Gedenksteinen eingeworfen](#)

Seeheim-Jugenheim, Hessen

Unbekannte haben in der Nacht zum Freitag (08.11.2013) zwei Fensterscheiben an der rückwärtigen Seite des Rathauses in der Schulstraße mit Gedenksteinen eingeschlagen. Die Tat wurde um kurz vor 07.00 Uhr der Polizei gemeldet. Der angerichtete Schaden wird auf circa

1.500,- Euro geschätzt. Die Kriminalpolizei (ZK 10) hat umgehend die Ermittlungen zu den Tätern übernommen. Nach ersten Erkenntnissen haben die Täter zu ihrer Tatausführung zwei Stolpersteine verwendet, die im November 2012 in Griesheim gestohlen wurden (wir berichteten). Die Ermittler haben derzeit noch keine konkreten Hinweise zu den Tätern, vermuten diese aber im rechten Spektrum. Ein Tatzusammenhang mit dem Diebstahl von Stolpersteinen in Gräfenhausen (wir berichteten) wird ebenfalls geprüft.

Quelle: Südhessen Polizei, 08.11.2013

09.11.2013: [Verunglimpfung jüdischer Grabstätten in Siegen und Bad Berleberg](#)

Siegen und Bad Berleberg, Nordrhein-Westfalen

In der Nacht vom 08.11.2013 auf den 09.11.2013 wurden an der äußeren Umzäunung und unmittelbar am jüdischen Gräberfeld des Friedhofs Hermelsbach in Siegen sowie am jüdischen Friedhof in Bad Berleberg jeweils ein Transparent mit der Aufschrift: “Die ewige Lüge lebt weiter” sowie einem Davidstern angebracht. An der Stehle auf dem jüdischen Friedhof in Bad Berleberg wurden weitere Schmierereien vorgenommen. [...]

Quelle: Siegen-Wittgenstein Polizei, 09.11.2013

10.11.2013: [Anschlag auf jüdisches Gemeindezentrum in Pinneberg](#)

Pinneberg, Schleswig-Holstein

Ausgerechnet in der Nacht vom Sonnabend, 9. November, auf Sonntag, 10. November – dem 75. Jahrestag der Reichspogromnacht –, hatten Unbekannte das Glas der Eingangstür zum jüdischen Gemeindezentrum am Clara-Bartram-Weg beschädigt.[...]

Quelle: [Hamburger Abendblatt](#), 10.11.2013

10.11.2013: [Unbekannte beschädigen Gedenkstein auf jüdischem Friedhof](#)

Oschersleben, Sachsen-Anhalt

Unbekannte haben einen Gedenkstein auf dem alten jüdischen Friedhof in Oschersleben (Landkreis Börde) beschädigt. Die Kratzer und Splitter seien bei einer Feierstunde zum Gedenken an die Opfer der Pogromnacht vor 75 Jahren bemerkt worden, teilte die Polizei in Halbensleben am Sonntag mit. [...]

Quelle: [Volksstimme](#), 10.11.2013

10.11.2013: [Veranstaltung der rechten Szene](#)

Söllingen, Baden-Württemberg

Der Polizei wurde bekannt, dass in Söllingen im südlichen Landkreis Rastatt am Samstagabend im Nebenraum einer Gaststätte eine Veranstaltung stattfinden soll, an der nach polizeii-

lichen Erkenntnissen Personen, die dem rechten Spektrum zuzuordnen sind, teilnehmen sollen. ... Über 200 der rechten Szene zuzuordnende Personen nahmen an der Veranstaltung teil. [...]

Quelle: [Badisches Tageblatt](#), 10.11.2013

11.11.2013: Auseinandersetzungen in der Fußball-Kreisliga

Wuppertal, Nordrhein-Westfalen

Gestern Nachmittag (10.11.2013), gegen 16:15 Uhr fuhren mehrere Streifenwagen der Solinger Polizei zu einer Auseinandersetzung zwischen Fußballspielern und Zuschauern auf der Fußballanlage am Ritterplatz. Als die Beamten eintrafen, trennten sie zunächst die aufgebrachten Personen voneinander. Nach Zeugenangaben hatte es während des Spiels der Kreisliga A zwischen den Vereinen Post SV Solingen und SV DITIB Solingen insgesamt vier Feldverweise gegen Spieler der Gastmannschaft gegeben. Während des gesamten Spielverlaufs sei es zu diskriminierenden Äußerungen von einigen Zuschauern gekommen. Als der Schiedsrichter eine Elfmeterentscheidung gegen den Gastverein traf und erneut beleidigende Rufe von den Zuschauern kamen, sei der Torhüter der Gastmannschaft vom Spielfeld gelaufen. Er habe sich im Bereich eines Getränkestands mit weiteren Spielern und Zuschauern eine handfeste Schlägerei geliefert. Der Schiedsrichter brach das Spiel daraufhin ab und entfernte sich von der Sportanlage [...].

Quelle: Wuppertal Polizei, 11.11.2013

11.11.2013: Vorfall bei Gedenkveranstaltung zum Jahrestag der Reichspogromnacht

Berlin, Steglitz-Zehlendorf

Anlässlich einer Gedenkveranstaltung zum 75. Jahrestag der Reichspogromnacht kam es gestern Nachmittag in Steglitz zu einer Störung. Während eines Redebeitrags des Bezirksbürgermeisters gegen 16 Uhr am Hermann-Ehlers-Platz hoben zwei Männer Pappschilder mit antisemitischen Parolen hoch. Durch anwesende Polizisten wurden die Störer umgehend aus dem Veranstaltungsbereich gedrängt und des Platzes verwiesen. Die Veranstaltung konnte anschließend ohne weitere Vorkommnisse fortgeführt werden. Das Ermittlungsverfahren wegen des Verdachts der Volksverhetzung führt der Polizeiliche Staatsschutz beim Landeskriminalamt.

Quelle: Berlin Polizei, 11.11.2013

Ergänzung:

Der Vorfall bei einer Gedenkveranstaltung stellt sich nach Ermittlungen des Polizeilichen Staatsschutzes anders dar: Wie berichtet, hatten am vergangenen Sonntagnachmittag zwei ältere Herren während einer Rede des Bezirksbürgermeisters zur Reichspogromnacht auf dem Hermann-Ehlers-Platz Pappschilder mit einer dem Anschein nach antisemitisch motivierten

Parole hochgehalten. Sie wurden von Polizeibeamten abgedrängt und erhielten einen Platzverweis.

Nach dem aktuellen Ermittlungsstand soll auf den Pappschildern die vor einem Jahr abgelehnte Umbenennung der Steglitzer Treitschkestraße thematisiert worden sein. Dazu sei ein antisemitisches Zitat des 1834 geborenen Historikers Heinrich von Treitschke auf eines der Schilder geschrieben worden. Unter diesem Aspekt kann zwar weiterhin von einer Störung der Veranstaltung gesprochen werden, die durch die einschreitenden Polizeibeamten unterbunden wurde, der Verdacht eines antisemitischen Hintergrundes dürfte jedoch ausgeräumt sein.

Quelle: Berlin Polizei, 13.11.2013

11.11.2013: Rassistische Schmierereien auf Asylbewerberheim

Isny, Baden-Württemberg

Auf die Außenfassade eines Asylbewerberheimes wurde ein schwarzes Hakenkreuz geschmiert.

Quelle: Schwäbische.de, 11.11.2013

11.11.2013: Personengruppe grölte rechte Parolen

Wuppertal, Nordrhein-Westfalen

Am 10.11.2013, gegen 00:20 Uhr, wurde ein 31-jähriger Zeuge auf eine achtköpfige Personengruppe (sieben Männer im Alter von 19 bis 23 Jahren / eine 20-jährige Frau) aufmerksam, die grölend durch die Schwelmer Straße in Wuppertal zog. Eine Aufforderung ruhiger zu sein, zeigte keine Wirkung. Vielmehr riefen sie jetzt noch lauter verschiedene rechte Parolen. Die herbeigerufenen Polizisten stellten die Personalien von allen fest. Mindestens drei Personen sind der hiesigen rechten Szene zuzuordnen [...]

Quelle: Wuppertal Polizei, 11.11.2013

12.11.2013: Schild mit fremdenfeindlichem Inhalt aufgestellt

Berlin, Marzahn-Hellersdorf

Bisher unbekannt gebliebene Täter stellten heute Mittag in Hellersdorf ein Blechschild mit fremdenfeindlichen Äußerungen und einem Hakenkreuz an einem Gebäude ab. Ein Passant entdeckte das Schild gegen 13.30 Uhr an einem äußeren Treppengeländer eines Hauses in der Carola-Neher-Straße und alarmierte die Polizei. Der polizeiliche Staatsschutz hat die Ermittlungen übernommen.

Quelle: Polizei Berlin, 12.11.2013

12.11.2013: Farbe auf CDU-Bürgerbüro und Imbiss

Güstrow, Mecklenburg-Vorpommern

Unbekannte übersprühten die Schilder für das Bürgerbüro des CDU-Bundestagsabgeordneten Eckhardt Rehberg sowie der CDU-Kreisgeschäftsstelle in der Güstrower Domstraße mit schwarzer Farbe. [...] Noch eindeutiger die Attacke auf einen Döner-Imbiss unweit der CDU-Geschäftsstelle: Hier wurde neben dem gleichen Aufkleber auch ein Hakenkreuz aufgesprüht. [...]

Quelle: [Schweriner Volkszeitung](#), 12.11.2013

12.11.2013: Anzeigen nach Flaschenwürfen auf Asylbewerberunterkunft

Eggesin, Mecklenburg-Vorpommern

Wie erst gestern (11.11.2013) der Polizei mitgeteilt wurde, kam es in Eggesin in der Max-Matern-Straße (Landkreis Vorpommern-Greifswald) zu zwei Sachbeschädigungen in einem Wohnblock, in welchem derzeit Asylbewerber untergebracht sind. Demnach wurde im Zeitraum vom 06.11.2013, 06:00 Uhr zum 07.11.2013, 06:00 Uhr durch unbekannte Täter die Scheibe einer Hauseingangstür mittels einer Flasche eingeworfen. Zudem kam im Zeitraum vom 10.11.2013, 06:00 Uhr zum 11.11.2013, 06:00 Uhr zu einer weiteren Sachbeschädigung. Erneut wurde die Scheibe durch unbekannte Täter mittels einer Flasche beschädigt [...].

Quelle: Neubrandenburg Polizei, 12.11.2013

12.11.2013: Hitlergruß – Adolf Namensschild

Dortmund, Nordrhein-Westfalen

Einen 18-jährigen Dortmunder nahmen Bundespolizisten gestern Nachmittag (11. November) auf dem Vorplatz des Dortmunder Hauptbahnhofs vorläufig fest. Neben dem Hitlergruß hatte der Unbelehrbare ein Namensschild mit der Aufschrift “Adolf” gebastelt und an seine Jacke geheftet. [...]

Quelle: Sankt Augustin Bundespolizei, 12.11.2013

13.11.2013: Rassistische Unmutsäußerungen an Gebäude angebracht

Berlin, Pankow

Unbekannte haben gestern Vormittag Unmutsäußerungen, die auf Sprechblasen aus Papier standen, am Gebäude einer zukünftigen Flüchtlingsunterkunft in der Mühlenstraße in Pankow an der Fassade angebracht. Von Mitarbeitern des Wohnheimbetriebs wurden die Sprechblasen gegen 14.30 Uhr abgenommen und der Polizei übergeben. Es wurde ein Tätigkeitsbericht gefertigt. Der Polizeiliche Staatsschutz, der informiert wurde, hat keine strafrechtliche Relevanz bei den Unmutsäußerungen festgestellt.

Quelle: Berlin Polizei, 13.11.2013

13.11.2013: [Antisemitische Sprüche an Schaufenster geschmiert](#)

Berlin, Rummelsburg

Am Dienstag sind Berlin-Rummelsburg antisemitische Schmierereien an einem Schaufenster entdeckt, wie die Polizei am Mittwoch mitteilte. Unbekannte sollen "Kauft nicht bei Juden" an die Scheibe geschmiert haben.[...]

Quelle: [Berliner Morgenpost](#), 13.11.2013

13.11.2013: [Sachbeschädigungsserie aufgeklärt](#)

Clausthal-Zellerfeld, Niedersachsen

In den Monaten August, September und Oktober kam es in Clausthal-Zellerfeld zu insgesamt 13 Straftaten bei denen zunächst unbekannte Täter unter anderem Hakenkreuze und SS-Runen wahllos auf Hausfassaden, PKW, Schulgebäude sowie auf öffentlichen Wegen und Plätzen mittels Sprühlack aufbrachten. Nunmehr konnten zwei 12 bzw. 13 Jahre alte Jungen aus Clausthal-Zellerfeld als Täter ermittelt werden [...].

Quelle: Goslar Polizei, 13.11.2013

14.11.2013: [Mann aus dem Lechgebiet in Haft: Verdacht der Volksverhetzung](#)

Mertingen, Bayern

Ein Mann aus der Gemeinde Mertingen, der offenbar der rechten Szene angehört, ist am Mittwoch im Rahmen einer Razzia verhaftet worden. Es bestehe der dringende Verdacht der Volksverhetzung, [...]

Quelle: [Augsburger Allgemeine](#), 14.11.2013

14.11.2013: [Nach Hitler-Gruss: BVB verhängt bundesweites Stadionverbot](#)

Dortmund, Nordrhein-Westfalen

Borussia Dortmund hat einen Mann, der am 1. November 2013 während des Bundesliga-Heimspiels gegen den VfB Stuttgart durch eine rechtsextreme Geste aufgefallen war, bereits drei Tage nach der Partie, am 4. November 2013, mit einem bundesweiten Stadionverbot belegt. Der Stadionbesucher hatte an besagtem Spieltag um 21.45 Uhr, nach dem Tor zum zwischenzeitlichen 4:1 durch Robert Lewandowski, auf einem Zaun stehend den Hitler-Gruß gezeigt und wurde zweifelsfrei identifiziert. [...]

Quelle: Pressemitteilung Borussia Dortmund, 14.11.2013

[15.11.2013: Anschlag auf Leipziger Moschee-Gelände: Unbekannte spießen Schweineköpfe auf](#)

Leipzig, Sachsen

Auf dem Gelände der Ahmadiyya-Gemeinde an der Georg-Schumann-Straße haben Unbekannte gegen 22.15 Uhr fünf Schweineköpfe auf Holzpflocke aufgespießt. Darunter breitete sich eine Blutlache aus. [...]

Quelle: lvz-online.de, 15.11.2013

[17.11.2013: Rechtsextremistische Konzertveranstaltung](#)

Herford, Nordrhein-Westfalen

Am Abend kam es zu einem größeren Polizeieinsatz in und um eine ehemalige Gaststätte an der Vlothoer Straße, bei der angeblich eine Geburtstagsfeier stattgefunden haben soll. Tatsächlich hat dort unter einem unklaren Vertragsverhältnis eine Konzertveranstaltung einer Personengruppierung stattgefunden, die dem rechtsextremen Spektrum zuzuordnen war. [...]

Quelle: Herford Polizei, 17.11.2013

[18.11.2013: Jüdischer Friedhof in Gröbzig geschändet](#)

Gröbzig, Sachsen-Anhalt

Unbekannte haben den jüdischen Friedhof von Gröbzig im Landkreis Anhalt-Bitterfeld geschändet. Wie die Polizeidirektion Sachsen-Anhalt Ost und die Staatsanwaltschaft am Montag in Dessau-Roßlau mitteilten, wurden neun Grabsteine umgestoßen und acht weitere verschoßen.[...]

Quelle: mdr.de, 18.11.2013

[18.11.2013: Mahnmal beschädigt](#)

Kaiserslautern, Rheinlandpfalz

Verfassungsfeindliche Symbole sind am Wochenende am Mahnmal auf dem Synagogenplatz entdeckt worden. Unbekannte Täter haben auf der Rückseite des Denkmals Symbole in Form von SS-Runen und einem Hakenkreuz hinterlassen. Bisherigen Ermittlungen zufolge wurden die Symbole mit einem Kreide ähnlichen Stein aufgemalt.

Quelle: Polizeipräsidium Westpfalz, 18.11.2013

[18.11.2013: Ausländerfeindliche Pöbeleien](#)

Frankfurt/Oder, Brandenburg

Nach einem Bürgerhinweis stellten Polizeibeamte gegen 16:35 Uhr dreizehn Personen im Alter von 13 bis 18 Jahren fest, die auf einem Fußballplatz in der Cottbuser Straße Alkohol konsumierten und Passanten beschimpft hatten. In der Folge wurde bekannt, dass einige aus dieser Gruppe heraus auch fremdenfeindliche Äußerungen gegen einen 20-jährigen gebürtigen Vietnamesen und seine Begleiter getätigt hatten. Vier Jugendliche von 14,15,16 und 17 Jahren mussten daraufhin die Polizisten zum Polizeirevier Halbe Stadt begleiten. Gegen sie wird nun wegen Volksverhetzung ermittelt. [...]

Quelle: Brandenburg Polizei, 18.11.2013

18.11.2013: [Hitlergruß bei NPD-Veranstaltung](#)

Leipzig, Sachsen

An der Löbauer Straße hielten etwa 150 rechtsextreme Parteimitglieder und Sympathisanten eine Demonstration gegen das geplante Übergangsquartier ab.[...] In einem Fall soll auch der Hitlergruß gezeigt worden sein. [...]

Quelle: [lvz-online](#), 18.11.2013

19.11.2013: [DRV-Sportgericht verhängt Strafen wegen rassistischer Beleidigungen](#)

Pressemitteilung des Deutschen-Rugby-Verbandes

Das DRV-Sportgericht hat Urteile in drei Verfahren verhängt. Dabei belangt das Gremium den ASV Köln sowie den RC Bonn Rhein-Sieg wegen Spielabsagen und brummt dem Spieler Oliver Pflaum (SG 08 Ricklingen/TuS Wunstorf) wegen rassistischer und beleidigender Äußerungen eine Spielsperre auf.

Der Hannoveraner erhält eine Sperre von drei Spielen. Grund waren seine „verbalen Angriffe gegen einen Spieler seiner Rasse oder Hautfarbe betreffend im Spiel gegen den Berliner RC“, so das Sportgericht. Mit dem Urteil blieb das Sportgericht leicht unter der Regelstrafe, da die Richter dem Spieler zu Gute hielten, dass diese Äußerungen im Affekt gefallen sind und die Ausführungen des Akteurs im Laufe des Verfahrens „Bedauern und Reue“ zum Ausdruck gebracht haben. [...]

Quelle :totalrugby.de, 19.11.2013

19.11.2013: [Parteibüro beschädigt](#)

Berlin-Lichtenberg

Unbekannte beschädigten in der Alfred-Kowalke-Straße in Friedrichsfelde das Fenster eines Parteibüros. Gegen 14 Uhr bemerkte der Geschäftsführer die gesprungene Glasscheibe und alarmierte die Polizei. Den Beamten übergab er Reste einer Glasflasche, die mutmaßlich gegen das Fenster geworfen worden war. Die Ermittlungen wegen Sachbeschädigung hat der Polizeiliche Staatsschutz des Landeskriminalamtes übernommen.

Quelle: Berlin Polizei, 19.11.2013

21.11.2013: [Hakenkreuze auf dem neuen Sockel](#)

Zeitz, Sachsen-Anhalt

Donnerstagsmorgen auf dem Altmarkt in Zeitz: Hakenkreuze und der Schriftzug „Heil Hitler Assipack raus“ sind offensichtlich in der Nacht zum Donnerstag auf den neuen Sockel des Denkmals der Opfer des Faschismus auf dem Altmarkt geschmiert worden. Relativ unauffällig, direkt unter der Aufschrift „Den Opfern des Faschismus“ entdeckten Zeitzer am Morgen das Gekrakel. [...]

Quelle: [Mitteldeutsche Zeitung](#), 21.11.2013

21.11.2013: [Illegales Plakatieren](#)

Singen, Baden-Württemberg

Am Mittwochabend gegen 20.30 Uhr ging bei der Polizei über Notruf die Information ein, dass zwei Rechtsradikale, bekleidet mit Springerstiefeln, schwarzen Jacken und typischem Aussehen, unter Hören von „Heimatliedern“ Häuser, Schaufenster und Straßenlampenmaste mit DIN-A5 großen Aufklebern in der Fußgängerzone bekleben würden. Beamte einer Streife konnten in der Scheffelstraße zwei szenentypische Personen kontrollieren, die dort gerade ein Verkehrszeichen beklebten. [...].

Quelle: Polizeidirektion Konstanz, 21.11.2013

22.11.2013: [Neonazis bedrohen Passanten](#)

Lumdatal, Hessen

Nach einer Rangelei auf offener Straße im mittelhessischen Allendorf ermittelt die Polizei gegen mehrere Beteiligte, darunter auch Mitglieder der lokalen Neonazi-Szene, die seit Monaten das Lumdatal in Atem halten. Wie eine Sprecherin des Polizeipräsidiums Mittelhessen am Freitag der Frankfurter Rundschau sagte, seien am Mittwochnachmittag drei Anhänger der rechtsextremen Szene, die sich mit einer Holzlatte und einem Elektroschockgerät bewaffnet hatten, mit zwei weiteren Männern aneinandergeraten, von denen einer im Laufe der Auseinandersetzung ein Pfefferspray eingesetzt habe. [...]

Quelle: [Frankfurter Rundschau](#), 22.11.2013

23.11.2013: [Körperverletzung in der U-Bahn](#)

Berlin, Lichtenberg

Drei spanische Touristen wurden heute früh in Lichtenberg Opfer eines Unbekannten. Das Trio saß gegen 6.10 Uhr schlafend in der U-Bahn der Linie U5 in Richtung Hönow. Plötzlich wurden sie durch das Gebrüll eines anderen Fahrgastes wach, der sie lautstark beschimpfte.

Unvermittelt schlug der Mann auf einen 22-jährigen Spanier ein, so dass dieser eine Platzwunde am Auge erlitt. [...] Der Polizeiliche Staatsschutz des Landeskriminalamtes hat die Ermittlungen übernommen, da ein fremdenfeindlicher Hintergrund nicht auszuschließen ist.

Quelle: Berlin Polizei, 23.11.2013

23.11.2013: [Passant zeigt Übergriff an](#)

Berlin, Tempelhof-Schöneberg

Nach Angaben eines 52-Jährigen kam es heute früh in Schöneberg zu einem Übergriff, bei dem auch homophobe und volksverhetzende Worte fielen. Gegenüber den alarmierten Polizisten gab der Mann an, dass er gegen 5.30 Uhr am Nollendorfplatz von einem Unbekannten, der mit vier weiteren Personen unterwegs war, verbal attackiert wurde. Zudem warf der Aggressor auch eine Glasflasche nach dem 52-Jährigen, die ihn jedoch verfehlte. Bei der Absuche der Umgebung stellten die Beamten die Gruppe fest, die zwischenzeitlich weitergegangen war. Der Tatverdächtige war jedoch nicht mehr bei ihnen. [...]

Quelle: Berlin Polizei, 23.11.2013

24.11.2013: [Festnahme nach Hausfriedensbruch](#)

Berlin, Treptow-Köpenick

Polizisten haben gestern Abend nach einem Hausfriedensbruch in Köpenick zwei alkoholisierte Männer festgenommen. Ein 32-Jähriger war gegen 19.20 Uhr über ein Baugerüst auf den Balkon einer Wohnung im 2. Obergeschoss des Wohnheims in der Salvador-Allende-Straße geklettert und dort von einem Securitymitarbeiter festgestellt worden. Zwei Begleiter des 32-Jährigen wurden von den alarmierten Polizisten in der Nähe des Wohnheimeingangs angegriffen. Gegen einen der Beiden lag ein Haftbefehl vor. Er wurde ebenfalls festgenommen und der Justiz überstellt. Der 32-Jährige kam nach erkennungsdienstlichen Maßnahmen wieder auf freien Fuß. Da ein rechtsextremistischer Hintergrund nicht auszuschließen ist, ermittelt nun der Polizeiliche Staatsschutz beim Landeskriminalamt.

Quelle: Berlin Polizei, 24.11.2013

24.11.2013: [Angriff auf Journalisten](#)

Berlin, Schöneweide

Die [Bilderstrecke](#) aus Sicht des betroffenen Fotografen zeigt den Vorfall deutlich: Der Neonazi stürmt mit seiner JN-Fahne aus dem Aufzug gezielt auf den Journalisten zu, holt mit dem Stock aus und schlägt zu. [...]

Quelle: [Zeit Online](#), 24.11.2013

24.11.2013: [Farbschmierereien auf jüdischem Friedhof in Oldenburg](#)

Oldenburg, Niedersachsen

Die Polizei ermittelt seit Sonntag, 24. November 2013, gegen einen 32-jährigen Mann, der im Verdacht steht für Farbschmierereien auf dem jüdischen Friedhof in Oldenburg verantwortlich zu sein. Ein Besucher des Friedhofes informierte am Sonntagvormittag die Polizei, nachdem er bei seinem Besuch feststellte, dass mehrere Grabsteine mit Hakenkreuzen beschmiert waren. [...]

Quelle: Polizei Oldenburger-Stadt Ammerland, 24.11.2013

[25.11.2013: Bauwagen mit Hakenkreuz beschmiert](#)

Kipfenberg, Bayern

In der Zeit von Freitag bis Montag beschmierte ein Unbekannter einen Bauwagen, den das Forstamt Kipfenberg in einem Waldstück bei Kipfenberg als Aufenthaltsraum für seine Mitarbeiter abgestellt hatte. Der Täter malte mit blauer Farbe aus einer Spraydose ein Hakenkreuz und den Schriftzug "Hoiz" an den Wagen. [...]

Quelle: [Donaukurier](#), 25.11.2013

[25.11.2013: Geldstrafe wegen Nazi-Zeichen am Zaun](#)

Nabburg, Bayern

Die beiden Zeichen erinnerten stark an das einstige Zeichen von Hitlers Schutzstaffel: die doppelte Sigrune – ein per Gesetz verbotenes Symbol. Jetzt verurteilte das Schwandorfer Amtsgericht den Hausbesitzer wegen der Verwendung verfassungswidriger Kennzeichen zu einer Geldstrafe in Höhe von 2400 Euro. [...]

Quelle: [Mittelbayrische](#), 25.11.2013

[25.11.2013: Hakenkreuzschmierereien in Hoyerswerda](#)

Hoyerswerda, Sachsen

Der Staatsschutz ermittelt in Hoyerswerda. Neonazis haben 20 Hakenkreuze an Gebäude, Kleidercontainer und einen Bauzaun gesprüht. Tatorte waren in der Albert-Schweitzer-, Dietrich-Bonhoeffer- und Südstraße. [...]

Quelle: [Radio Lausitz](#), 25.11.2013

[25.11.2013: Farbschmierereien in Guben](#)

Guben, Brandenburg

Unbekannte Täter beschmierten vermutlich am Wochenende die Außenfassade des ehemaligen Verbrauchermarktes in der Klaus-Herrmann-Straße auf einer Länge von etwa 10 Metern

mit blauer Farbe mit folgenden Slogans: "Hakenkreuz" (seitenverkehrt), mehrere "SS-Runen", die Zahl "88" und den Schriftzug "Heil Hitler". [...]

Quelle: Polizeidirektion Süd, 25.11.2013

25.11.2013: [Antisemitische Schmierereien auf der Wiwili-Brücke](#)

Freiburg, Baden-Württemberg

In Form eines bronzenen Mantels mit Davidstern und einer Gedenktafel wird seit 2003 auf der Wiwili-Brücke an die Deportation der Freiburger Juden und Jüdinnen in das Konzentrationslager Gurs in der Nacht vom 21. auf den 22. Oktober 1940 erinnert. Unbekannte beschmierten dieses Denkmal in der Nacht von Sonntag auf Montag mit einem Hakenkreuz und einem Spruch. Das Hakenkreuz wurde auf den linken Ärmel des dort liegenden Mantels gemalt und soll wohl eine Hakenkreuzbinde darstellen, darunter steht das Wort „huch“. Neben dem Mantel wurde der Schriftzug „Auch nur Juden“ geschrieben und ein Pfeil auf den Mantel hinzugefügt. [...]

Quelle: [Antifaschistische Initiative Freiburg](#), 25.11.2013

28.11.2013: [Imbissbetreiber beleidigt und ausgeraubt](#)

Berlin, Pankow

Zwei Unbekannte beschimpften gestern Abend in Prenzlauer Berg einen Mann fremdenfeindlich, bevor sie sein Geld raubten. Nach Angaben des 43-Jährigen hatten die Männer gegen 18 Uhr zunächst an Spielautomaten der Gaststätte in der Schönhauser Allee gesessen und sich plötzlich über einen angeblich falsch angezeigten Geldbetrag beschwert. Einer beleidigte den Imbissbetreiber daraufhin fremdenfeindlich und bedrohte ihn sowie seine 30-Jährige Freundin mit einem Messer. Er fordert die Herausgabe des Kassensinhalts, während sein Komplize den Eingangsbereich absicherte. Anschließend flüchtete das Duo mit seiner Beute.

Quelle: Berlin Polizei, 28.11.2013

29.11.2013: [Ärger um Fußball-Sponsor](#)

Frankfurt, Hessen

Die Fluglinie „Saudia“ ist Sponsor beim FSV Frankfurt. Nun sieht sich der Fußball-Zweitligaklub scharfer Kritik ausgesetzt. Zum Grundsatz des Unternehmens zählt es, dass es keine israelischen Staatsbürger transportiert.[...]

Quelle: [Frankfurter Allgemeine](#), 29.11.2013

29.11.2013: [Rechte bedrängen Sex-Täter und nennen Namen im Internet](#)

Dortmund, Nordrhein-Westfalen

Rechtsradikale haben sich vor das Haus eines geständigen Sexualstraftäters in der Dortmunder Nordstadt gestellt und auf einem Transparent die “Todesstrafe für Kinderschänder” gefordert. Auch stellten sie den Mann im Internet öffentlich an den Pranger. [...]

Quelle: [Der Westen](#), 29.11.2013

29.11.2013: [Rechtsextremistische Parolen gesprüht](#)

Oldenburg, Niedersachsen

Das Staatsschutzkommissariat des Zentralen Kriminaldienstes in Oldenburg hat einen 18-jährigen jungen Mann ermittelt, der im Verdacht steht, in 29 Fällen antisemitische Parolen in Bad Zwischenahn im Ortsteil Ofen an der Stadtgrenze zu Oldenburg in Form von Farbschmierereien verbreitet zu haben. Der 18-Jährige hat in seiner polizeilichen Vernehmung eingeräumt, 29 Straftaten mit antisemitischem Hintergrund begangen zu haben. [...]

Quelle: Polizeiinspektion Oldenburg, 29.11.2013

29.11.2013: [Verwendung von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen](#)

Hamburg

Nach jetzigem Sachstand der Hamburger Bundespolizei beleidigte ein Mann (53) am 28.11.2013 gegen 22.00 Uhr einen Fahrgast (42) in einem abfahrbereiten Zug Richtung Lübeck und rief lautstark mehrfach verfassungswidrige Parolen in dem Zug. Ein Zeuge des Vorfalls alarmierte telefonisch die Bundespolizei. Die eingesetzten Polizeibeamten konnten den Beschuldigten sowie Zeugen des Vorfalls am RE-Zug im Hamburger Hauptbahnhof feststellen.

Quelle: Bundespolizei Hamburg, 29.11.2013

30.11.2013: [Hakenkreuz an Fassade in Hallstadt geschmiert](#)

Hallstadt, Bayern

Unbekannte haben zwischen Donnerstagabend und Freitagvormittag die Hausfassade eines Anwesens in der Fischergasse in Hallstadt mit einem schwarzen Hakenkreuz beschmiert. Es entstand ein Schaden von mindestens 500 Euro.

Quelle: Polizeiinspektion Bamberg-Land, 30.11.2013

30.11.2013: [16-Jähriger zeigt Hitlergruß und verletzt Bundespolizisten](#)

Halle, Sachsen-Anhalt

Am Mittwoch gegen 17:30 Uhr baut sich das Szenario für einen 16-Jährigen auf, welches ihm zwei Stunden später mehrere Strafanzeigen beschert. Mit drei Begleitern zieht er betrunken

vom Weihnachtsmarkt in Halle in Richtung Hauptbahnhof Halle. Auf dem Weg dorthin rufen er und seine Begleiter mehrfach verfassungsfeindliche Parolen und zeigen den Hitlergruß.
[...]

Quelle: Bundespolizeiinspektion Magdeburg, 30.11.2013

Dezember 2013

01.12.2013: [Polizei nimmt zwei Neonazis fest](#)

München, Bayern

Zwei Neonazis sind bei einer Kundgebung in München wegen gefährlicher Körperverletzung vorläufig festgenommen worden. Sie gingen auf Gegner los, die versucht hatten, die Abfahrt ihres Kleinbusses am Rotkreuzplatz zu verhindern.[...]

Quelle: [Süddeutsche.de](#), 01.12.2013

02.12.2013: Vermeintlich fremdenfeindliche Straftat - Polizeipräsident erfreut über couragierten Einsatz von Bürgern bei der Aufklärung

Neubrandenburg, Mecklenburg-Vorpommern

Am Morgen des 01.12.2013 haben zwei männliche Tatverdächtige versucht einen Imbiss-Kiosk in der Woldegker Straße, Neubrandenburg, in Brand gesetzt. Dazu haben die beiden Personen die Schutzjalousie der Vorderseite mit Faustschlägen und Fußtritten beschädigt und geöffnet. Anschließend griff einer der Tatverdächtigen mit der Hand ins Innere des Gebäudes und zündete mit einem Feuerzeug darin befindliches Inventar an. Die Tatverdächtigen flüchteten anschließend in Richtung Innenstadt.

Zeugen dieser Tat informierten umgehend per Notruf die Polizei. Die am Tatort eintreffenden Beamten konnten den Brand mit dem Bordfeuerlöscher des Funkstreifenwagen noch im Ansatz ersticken, so dass größere Schäden im und am Kiosk verhindert werden konnten.

Eine gleichzeitig laufende Nahbereichsfahndung führte noch in Tatortnähe zum Stellen der beiden Tatverdächtigen. Hierbei waren Zeugenangaben mit Beschreibung der Bekleidung und der Größe der Personen ausschlaggebend. Die beiden Personen im Alter von 28 und 30 Jahren sind wohnhaft in und in der Nähe der Stadt.

Bei der vorläufigen Festnahme leisteten Sie Widerstand. Auch auf Grund ihrer starken Alkoholisierung mit Atemalkoholwerten von 1,95 und 1,47 Promille konnten Sie jedoch schnell überwältigt werden. Während der Festnahme beschimpften die Tatverdächtigen den in der Zwischenzeit am Tatort eingetroffenen Geschädigten und Inhaber des Kiosks, ein in Deutschland lebender türkischer Staatsbürger, mit ausländerfeindlichen Kommentaren und Drohun-

gen. Ein Tatverdächtiger ist bereits polizeilich in Erscheinung getreten. Bei beiden Tatverdächtigen gibt es Hinweise, die sie der regionalen rechtsextremen Szene zuordnen.

“Dieser Fall von Zivilcourage zeigt, dass es nicht viel braucht die Polizei bei ihrer Arbeit zu Unterstützung. Die Zeugen haben sich hier vorbildlich verhalten. Das eigene Lebensumfeld mit offenen und wachen Augen wahrnehmen und bei verdächtigen Beobachtungen diese der Polizei melden, sind ein Beitrag für eine sichere und tolerante Gesellschaft, den jeder Bürger gefahrlos leisten kann”, so Polizeipräsident Knut Abramowski.

Quelle: Polizeipräsidium Neubrandenburg, 02.12.2013

02.12.2013: [Naziparolen am Bahnhof](#)

Ingolstadt, Bayern

Aufsehen erregte laut Polizeibericht am vergangenen Sonntagvormittag ein 30-Jähriger im Hauptbahnhof: Der junge Mann zeigte in der Schalterhalle wiederholt den Hitlergruß und brüllte dort mehrfach lautstark Naziparolen. [...]

Quelle: [Donaukurier.de](#), 02.12.2013

04.12.2013: [24-Jähriger wird Opfer fremdenfeindlicher Beleidigungen und Körperverletzung](#)

Trier, Rheinland-Pfalz

Eine harmlose Verkehrssituation mündete am Dienstagmittag, 3. Dezember, in der Dasbachstraße in Trier in einer tätlichen Auseinandersetzung und fremdenfeindlichen Beleidigungen. Das 24-jährige Opfer erstattete Anzeige bei der Polizei. Ein Tatverdächtiger konnte ermittelt werden. Die Polizei bittet um weitere Zeugenhinweise.

Weil eine Parkplatzein- bzw. -ausfahrt in der Dasbachstraße in Trier-Nord zu schmal für zwei Pkw war, kam es zu einem Disput zwischen zwei Autofahrern. Der Einfahrende, ein Mann Anfang 40, wurde ungehalten, beleidigte den anderen Autofahrer im Hinblick auf sein dunkle Hautfarbe und behauptete, von der Polizei zu sein. Als der aus Afrika stammende 24-Jährige daraufhin seinen Wagen abstellte, um den Mann zur Rede zu stellen, gerieten beide erst recht in Streit, wobei die fremdenfeindlichen Beleidigungen mehrfach wiederholt wurden. Der Aufforderung, seinen Polizei- Dienstaussweis zu zeigen, kam der etwa 40 Jahre alte Mann nicht nach. Der verbale Streit wurde so heftig, dass Unbeteiligte aufmerksam wurden. Ein Zeuge ging dazwischen und trennte die beiden Streitenden, vorher jedoch schlug der ältere Mann dem 24-Jährigen noch so heftig ins Gesicht, dass dieser zu Boden ging und u.a. eine Schwellung am Kopf davon trug.

Als eine weitere Person hinzueilte, entfernte sich der Tatverdächtige. Das Opfer wandte sich an die Polizei und erstattete Anzeige.

Quelle: Kriminaldirektion Trier, 04.12.2013

04.12.2013: [Braune Bescherung auf dem Christkindlmarkt](#)

Freilassing, Bayern

Eine Neonazi-Gruppierung sorgt sich in Flugblättern, die sie auf dem Freilassinger Christkindlmarkt unter das Volk brachte, um die heimischen Weihnachts-Traditionen. [...] Sie wollen alte Traditionen wahren und sich gegen eine Amerikanisierung der Weihnachtszeit wehren. [...]

Quelle: [Berchtesgadener Anzeiger](#), 04.12.2012

04.12.2013: [Hitlergruß auf dem Sportplatz](#)

Halle, Sachsen-Anhalt

In der Stadtliga Halle ist es am Sonntag offenbar zu einem Eklat gekommen. In der Partie zwischen dem Roter Stern Halle und Motor Halle II soll ein Gästespieler nach einem Elfmetterpfiff den Hitlergruß gezeigt haben. [...]

Quelle: [FuPa.net](#), 04.12.2013

06.12.2013: [Schmierereien an Wohnheimeinfahrt](#)

Berlin, Treptow-Köpenick

Unbekannte haben vergangene Nacht Hakenkreuze an ein Köpenicker Wohnheim geschmiert. Ein verantwortlicher Mitarbeiter entdeckte gegen 6.50 Uhr die etwa 30 Zentimeter großen Symbole an einem Hinweisschild in der Köpenicker Landstraße und alarmierte die Polizei. Die Ermittlungen führt der Polizeiliche Staatsschutz beim Landeskriminalamt.

Quelle: Berlin Polizei, 06.12.2013

06.12.2013: [Hakenkreuz an Vereinsheim gesprüht](#)

Alburg, Bayern

Am Mittwoch gegen 7 Uhr bemerkte eine 51-jährige Frau aus dem Stadtgebiet rote Schmierereien an den Wänden und Rollläden eines Vereinsheims in der Fröbelstraße. Mit roter Sprühfarbe war dort auch unter anderem ein Hakenkreuz aufgesprüht. [...]

Quelle: [Wochenblatt](#), 06.12.2013

07.12.2013: [Nach Weihnachtsfeier verprügelt](#)

Berlin, Lichtenberg

Opfer von vier Unbekannten wurde heute früh ein 37-Jähriger in Hohenschönhausen. Der Mann hatte sich anlässlich einer Betriebsweihnachtsfeier als Frau verkleidet und befand sich

gegen 3.50 Uhr auf dem Heimweg. In der Konrad-Wolf-Straße in Höhe der Simon-Bolivar-Straße schlugen und traten die vier Männer im Alter von etwa 20 bis 25 Jahren auf ihr Opfer ein. Sie hatten ihn eigenen Aussagen zufolge bereits zuvor in der Straßenbahn der Linie M5 homophob beleidigt. An Einzelheiten konnte sich der Geschädigte bei der Anzeigenaufnahme nicht mehr erinnern.

Quelle: Berlin Polizei, 07.12.2013

07.12.2013: [Hakenkreuz-Schmierereien an Trafohäuschen](#)

Kall, Nordrhein-Westfalen

Ewiggestrige Kriminelle haben ein gerade erst aufwändig gestaltetes Trafohäuschen an der Hüttenstraße in Kall mit Hakenkreuz-Schmierereien verunstaltet. Die Polizei ist eingeschaltet und bittet um Hinweise. [...]

Quelle: [Wochenspiegel](#), 07.12.2013

08.12.2013: [Polizei löst Neonazi-Veranstaltung auf](#)

Eisenach, Thüringen

Eine Veranstaltung von etwa 140 Neonazis hat die Eisenacher Polizei am Sonnabend aufgelöst. Nach Polizeiangaben fand das nicht genehmigte Treffen der rechten Szene im Vereinsheim einer Eisenacher Kleingartenanlage statt.[...]

Quelle: [inSüdthüringen.de](#), 08.12.2013

09.12.2013: [Rechte verunstalten Geschäftsstelle der Grünen](#)

Berlin, Marzahn-Hellersdorf

Unbekannte hängten ein Plakat mit der Aufschrift “Bündnis 90/Die Grünen sind Denkmalschänder!!!” von außen an die Scheiben des Büros in der Straße Alt-Biesdorf. Auf Facebook bekannte sich eine “Bürgerbewegung Hellersdorf” zu der Aktion.[...]

Quelle: [Tagesspiegel](#), 09.12.2013

09.12.2013: [Rentner zeigt Hitlergruß](#)

Schweinfurt, Bayern

Als er auf der Polizeiwache angekommen war, rief der Mann ohne ersichtlichen Grund plötzlich “Heil Hitler” und streckte seinen Arm in die Luft.[...]

Quelle: [nordbayern.de](#), 09.12.2013

10.12.2013: [Gedenkstein geschändet](#)

Berlin, Lichtenberg

Malchow, Kolonie Wiesenhöhe: weil sie in ihrer Laube eine jüdische Familie versteckten, erinnert hier eine Stele an Max und Herta Naujocks. Doch die wurde unlängst mit einem Hakenkreuz geschändet. [...]

Quelle: rbb-online.de, 10.12.2013

10.12.2013: [Rechte Parolen und Luftschüsse](#)

Chemnitz, Sachsen

Kurz nach 21 Uhr rief der junge Mann den Hitlergruß aus dem geöffneten Fenster einer Wohnung in der Nordstraße und schoss dabei in die Luft. Eine Passantin wählte den Notruf. Polizisten machten wenig später den Tatverdächtigen ausfindig. Sie stellten bei ihm eine Schreckschusswaffe sicher. Es wurden Anzeigen erstattet wegen des Verdachts des Verwendens von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen, des Verstoßes gegen das Waffen- sowie gegen das Betäubungsmittelgesetz, außerdem wegen Verdachts der Unterschlagung sowie der Beleidigung.

Quelle: Polizeidirektion Chemnitz, 10.12.2013

11.12.2013: [Nazi-Schmiererei auf Gartenmauer](#)

Regensburg, Bayern

Ein bislang unbekannter Täter sprühte in der Zeit von Freitag bis Sonntag mit schwarzer Farbe ein 80 mal 80 Zentimeter großes Hakenkreuz an eine Gartenmauer in der Memelerstraße. Es entstand ein Sachschaden in Höhe von circa 200 Euro. [...]

Quelle: Mittelbayrische, 11.12.2013

11.12.2013: [Hakenkreuz-Schmiererei - darüber prangt das Wort Jude](#)

Bad Waldsee, Baden-Württemberg

Ein sensibler, geschichtsträchtiger Ort: An der Stelle der antisemitischen Schmiererei nahe des Stadtsee-Ufers stand 1935 ein Schild mit der Aufschrift, dass Juden der Zutritt zum Bad verboten ist. [...]

Quelle: schwäbische.de, 11.12.2013

13.12.2013: [Symbole an Wände geschmiert](#)

Oberhausen, Nordrhein-Westfalen

Mit Symbolen der rechtsextrem-nationalistischen türkischen Gruppierung „Graue Wölfe“ haben Unbekannte in der Nacht zum Donnerstag die Riweho-Genossenschaftssiedlung an der

Ripshorster Straße beschmiert. Am Morgen fanden die Anwohner die berüchtigten drei Halbmonde auf eine Hausfassade und ein Auto gesprüht. [...]

Quelle: [Der Westen](#), 13.12.2013

15.12.2013: [Unbekannte skandierten Parolen verfassungswidriger Organisationen](#)

Schorssow, Mecklenburg-Vorpommern

Eine 28-jährige Zeugin teilte dem Polizeinotruf mit, dass mehrere Jugendliche mutwillig Leitpfosten aus der Bankette herausgerissen und auf die Straße geworfen haben. Die sofort eingesetzten Beamten des Polizeireviers Teterow konnten auf der Kreisstraße 44 bis zur Ortschaft Schorssow insgesamt neun herausgerissene Leitpfosten auf der Fahrbahn feststellen.

[...] Bei der anschließenden Befragung der Zeugin berichtete sie, dass die Tatverdächtigen auch nationalsozialistische Parolen skandierten. [...]

Quelle: Polizeipräsidium Rostock, 15.12.2013

15.12.2013: [Männer skandieren fremdenfeindliche Parolen](#)

Dresden, Sachsen

Die Dresdner Polizei ermittelt gegen fünf Männer im Alter von 23 bis 28 Jahren wegen des Verwendens von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen.

Ein Anwohner der Bautzner Straße war auf eine Gruppe junger Männer aufmerksam geworden, welche im Bereich der Haltestelle Bautzner Straße herumkrakeelten. Dabei riefen die Männer fremdenfeindliche Parolen und zeigten den Hitlergruß [...].

Quelle: Polizeidirektion Dresden, 15.12.2013

15.12.2013: Rechte Parolen in Wismar

Wismar, Mecklenburg-Vorpommern

Ein Zeuge informierte die beiden mit ihrem Dienstfahrzeug durch die Lübsche Straße fahrenden Polizeibeamten der Wismarer Polizei, dass kurz zuvor mehrere Täter aus einer Personengruppe heraus nationalsozialistische Parolen skandierten. Die beiden Polizisten nahmen sofort die Fahndung nach der Personengruppe auf und konnten nur wenig später die besagte Gruppe feststellen und die Personalien der 29 bis 38-jährigen Täter ermitteln [...].

Quelle: Polizeipräsidium Rostock, 15.12.2013

16.12.2013: [Schmierereien mit fremdenfeindlichem Hintergrund](#)

Berlin, Tempelhof-Schöneberg

Unbekannte beschmierten gestern Wände und eine Hydrantentür eines U-Bahnhofs in Tempelhof mit rechtsextremistischen Symbolen. Ein Mitarbeiter der BVG bemerkte die Schmiere-

reien gegen 14.30 Uhr am U-Bahnhof Ullsteinstraße und alarmierte die Polizei. In der Ullsteinstraße besprühten die Täter zudem eine Hauswand und in der Rathausstraße einen Gehweg [...].

Quelle: Berlin Polizei, 16.12.2013

16.12.2013: [Rechte Parolen](#)

Pritzwalk, Brandenburg

Zeugen meldeten am 15.12.13 gegen 12.25 Uhr lautstarke offenbar rechtsradikale Musik aus einer Wohnung in der Nordstraße. Zudem hatten sie gehört, dass in der Wohnung rechte Parolen gerufen wurden. In der ersten Befragung konnte ermittelt werden, dass durch eine männliche Person die Parole “Sieg Heil” gerufen worden war. In der Wohnung wurden neben der Mieterin noch zwei Männer angetroffen und die Personalien erhoben. [...]

Quelle: Polizeidirektion Nord, 16.12.2013

16.12.2013: [Täter hinterließen Hakenkreuz](#)

Euskirchen, Nordrhein-Westfalen

Einen Sachschaden von 100.000 Euro verursachten Unbekannte in der Nacht zum Sonntag auf dem Gelände eines Autohandels auf der Gottlieb-Daimler-Straße. Die Täter schlugen auf etwa 30 auf dem Gelände stehende Gebrauchtwagen ein. Sie zerstörten Scheiben, zerkratzten Lack und traten Spiegel ab. Teilweise liefen sie auch über die Autos. Ein Fahrzeug wurde gegen eine Hauswand geschoben, wobei das Heck erheblich beschädigt wurde. Zudem brachen die Täter in das Gebäude ein. Sie zerstörten die Inneneinrichtung und malten ein Hakenkreuz an die Wand.

Quelle: Kreispolizeibehörde Euskirchen, 16.12.2013

16.12.2013: [Künftiges Flüchtlingswohnhaus erneut beschmiert](#)

Lüsewitz, Mecklenburg-Vorpommern

In der Nacht zu Montag wurde auf die Fassade ein elf Meter langer und 70 Zentimeter hoher ausländerfeindlicher Schriftzug gesprüht, wie die Polizei berichtete. In der vergangenen Woche war das Haus, in das noch im Dezember die ersten Ausländer einziehen sollen, mit einem Hakenkreuz beschmiert worden.[...]

Quelle: [Focus](#), 16.12.2013

17.12.2013: [Polizei ermittelt nach Schmierereien](#)

Lich, Hessen

Nach Farbschmierereien in der Innenstadt ermittelt die Kriminalpolizei wegen des Verwendens von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen. In der Löwengasse wurden am Dienstagmorgen auf dem Gehweg und an einer Hauseingangstür ein Hakenkreuz sowie andere Schmierereien mit neongelber Farbe entdeckt.

Quelle: Polizeipräsidium Mittelhessen, 17.12.2013

18.12.2013: Fremdenfeindlicher Übergriff – Erst beleidigt, dann geschlagen

Berlin, Mitte

Unbekannte griffen in der vergangenen Nacht in Mitte in einem Zug einen Mann an. Nach bisherigen Erkenntnissen stieg der 29-Jährige kurz nach 22 Uhr in einen Zug der U-Bahn U8 in Richtung Wittenau. Nachdem der Zug in Bewegung war, beschimpften ihn zwei Männer fremdenfeindlich. Als er dies ignorierte, stand ein Täter auf, schlug dem Opfer das Handy aus der Hand und mehrmals ins Gesicht. An der Osloer Straße verließen die Täter in Begleitung eines weiteren Mannes, der sich am Übergriff nicht beteiligt hatte, den Zug. Aus Angst blieb der 29-Jährige im Zug, stieg am Franz-Neumann-Platz aus und rief die Polizei. Er erlitt leichte Kopfverletzungen und wurde von Rettungskräften am Ort behandelt.

Quelle: Berlin Polizei, 18.12.2013

18.12.2013: Schmierereien in Teterow

Teterow, Mecklenburg-Vorpommern

Bereits gegen 11:00 Uhr wurden die Teterower Beamten in die Teterower Schillerstraße gerufen. Hier hatten unbekannte Täter den Windfang vor dem Eingang eines Mehrfamilienhauses und eine Kellertür mit allerhand Symbolik versehen. Darunter befanden sich auch Hakenkreuze.

Quelle:Polizeiinspektion Güstrow, 18.12.2013

18.12.2013: [Grabsteine auf dem Jüdischen Friedhof in Krakow umgestoßen](#)

Krakow am See, Mecklenburg-Vorpommern

Am Mittwochnachmittag gegen 14:00 Uhr wurden auf dem Jüdischen Friedhof an der Plauer Chaussee fünf beschädigte Grabsteine festgestellt. Weitere zwei lagen unbeschädigt an den Gräbern. Die Umstände weisen darauf hin, dass die Grabsteine allesamt umgeworfen wurden. Nach ersten Erkenntnissen kann die Tat schon einige Tage bzw. Wochen zurückliegen.

Quelle: Polizeiinspektion Güstrow, 18.12.2013

21.12.2013: [Täter nach Hakenkreuzschmierereien festgenommen](#)

-

Castrop-Rauxel, Nordrhein-Westfalen

Am Freitag, 20.12.2013, gegen 18:15 Uhr, wurden zwei 18 bzw 16 Jahre alte Castrop-Rauxeler dabei beobachtet, wie sie Hakenkreuze an die Hauswand der St.-Antonius-Kirche und des Pfarrheims an der Kirchstraße in Castrop-Rauxel sprühten. Aufgrund des Zeugenhinweises konnten beide Tatverdächtigen in Tatortnähe festgenommen werden. Eine Spraydose wurde bei den Tätern sichergestellt, sie räumten die Tat ein.

Quelle: Polizeipräsidium Recklinghausen, 21.12.2013

22.12.2013: [Hitlergruß beim 17. Sparkassencup](#)

Wittenberg, Sachsen-Anhalt

Die Polizei leitet zahlreiche Ermittlungsverfahren ein: darunter wegen gefährlicher Körperverletzung, wegen Ladendiebstahls und wegen des Verwendens verfassungsfeindlicher Symbole. Ein Mann soll den Hitlergruß gezeigt haben. [...]

Quelle: [Mitteldeutsche Zeitung](#), 22.12.2013

23.12.2013: [Naziparolen und Drohungen auf dem Kornmarkt](#)

Trier, Rheinland-Pfalz

Gemeinsam mit dem 31-Jährigen hätte er zudem den Hitlergruß gezeigt sowie antisemitische und ausländerfeindliche Parolen gegrölt. Offenbar ist der 22-Jährige bereits eine Stunde vorher in ähnlicher Art und Weise auf dem Kornmarkt aufgefallen. [...]

Quelle: [Trier Volksfreund](#), 23.12.2013

21.12.2013: [Rechte Schmierereien in Neukloster](#)

Neukloster, Mecklenburg-Vorpommern

Für einen 39-jährigen Autobesitzer begann das Wochenende mit einem unschönen Erwachen. Unbekannte Täter beschädigten in der Nacht von Freitag zu Samstag seine beiden am Straßenrand abgestellten Fahrzeuge mit Sprühfarbe. An eines der PKW wurde zudem ein etwa 50 cm x 50 cm großes Hakenkreuz geschmiert. [...]

Quelle: Polizeipräsidium Rostock, 21.12.2013

23.12.2013: Stein in Scheibe geworfen –rechtsextremer Hintergrund vermutet

Gera, Thüringen

Auf die Geschäftsstelle der Linkspartei am Geraer Markt wurde wieder ein Anschlag verübt. Unbekannte warfen am Montagmorgen mit einem Stein auf eines der Fenster. [...]

Quelle: Ostthüringer Zeitungen, 23.12.2013

27.12.2013: Rechtsradikale Parolen gegrölt

Cottbus, Brandenburg

Am Morgen des zweiten Weihnachtsfeiertages musste die Bundespolizei einschreiten, weil ein 19-Jähriger rechtsradikale Parolen am Cottbuser Bahnhof gegrölt hatte.

Der 19-jährige Cottbuser war mit sechs weiteren Männern gegen 05:50 Uhr mit einer Regionalbahn am Bahnhof Cottbus angekommen. Hier rief er mehrfach rechtsradikale Parolen und hob den ausgestreckten rechten Arm unterstützend zum Zeichen einer eindeutigen Geste. Anschließend beschädigte er mittels Fußtritte den Fahrplanaushang. [...]

Quelle: Bundespolizeidirektion Berlin, 27.12.2013

27.12.2013: Supermarkt und Spielplatz beschmiert

Höntrop, Nordrhein-Westfalen

Fußgänger bemerkten an der Höntroper Straße 67 am 25. Dezember, 15.20 Uhr, politisch motivierte Graffitis auf einem Kinderspielplatz und einem angrenzenden Firmengelände. Am Supermarktgebäude und einigen Spielplatzgeräten hatten unbekannte Täter diverse rechtsgerichtete Schriftzüge und Symbole sowie andere Schmierereien aufgebracht. [...]

Quelle: Bochum Polizei, 27.12.2013

28.12.2013: Hakenkreuz in Auto geritzt

Neustadt an der Donau, Bayern

Freitag von 00.30 Uhr bis 07.45 Uhr war ein Opel in einer Garage in Neustadt an der Donau abgestellt. In diesem Zeitraum drang der bislang unbekannte Täter in die Garage ein und ritzte in die Fahrertür ein etwa 20×20 cm großes Hakenkreuz. [...]

Quelle: [Donaukurier](#), 28.12.2013

29.12.2013: Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen

Dülmen, Nordrhein-Westfalen

Am Sonntag, 00.50 Uhr, wurde der Polizei eine größere Gruppe von Personen gemeldet, die sich in Dülmen auf der Tiberstraße vor einer Gaststätte aufhalten sollten. Aus der Gruppe heraus soll "Sieg heil" gerufen worden sein, zudem sollen Personen aus dieser Gruppe heraus die Arme gestenartig zum sogenannten "Hitlergruß" erhoben haben. [...] Ein weiteres Strafverfahren gegen unbekannt wurde wegen des Verwendens von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen eingeleitet. [...]

Quelle: Coesfeld, Polizei, 29.12.2013

29.12.2013: [Hakenkreuz auf den Kofferraumdeckel geritzt](#)

Kelheim, Bayern

Bereits im Zeitraum von Samstag, 14. Dezember, 16 Uhr, bis Sonntag, 15. Dezember, 12 Uhr, ritzte ein bislang unbekannter Täter ein Hakenkreuz auf den Kofferraumdeckel des Pkws des Geschädigten. (...) Als der Geschädigte seinen Pkw von Freitag, 27. Dezember, 12 Uhr, bis Samstag, 28. Dezember, 14 Uhr, erneut in der Friedhofstraße abstellte, verkratzte vermutlich derselbe Täter nun die linke Fahrzeugseite des Pkw.[...]

Quelle: [Wochenblatt Kelheim](#), 29.12.2013

29.12.2013: Randalierer zeigen Hitlergruß

Erfurt, Thüringen

Ein anderer 18-Jähriger zeigte während des Polizeieinsatzes den Hitlergruß. Und schließlich stellte sich heraus, dass das Männertrüppchen bereits wegen ausländerrechtlichen Verstößen am selben Tage von der Bundespolizei ertappt worden war.[...]

Quelle: [Thüringer Allgemeine](#), 29.12.2013

30.12.2013: [An Grundschule Hakenkreuz geformt](#)

Welden, Bayern

An der Weldener Grund- und Hauptschule haben Unbekannte etwa 20 Holzpfeiler aus dem Boden gerissen und daraus ein Hakenkreuz geformt. Dazu legten die Täter die zwei Meter hohen und bemalten Pfeiler auf den Boden am nördlichen Rand des Gebäudes in der Ganghoferstraße. [...]

Quelle: [Augsburger Allgemeine](#), 30.12.2013

30.12.2013: [Hitlergruß gezeigt: Zwei Ostallgäuer wegen ausländerfeindlichen Pöbeleien vor Gericht](#)

Marktoberdorf, Bayern

Die alkoholisierten jungen Männer aus dem Raum Marktoberdorf hatten damals in der Nähe des Tänzelfest-Platzes eine türkische Anwohnerin und einen Landsmann, der ihr zu Hilfe kommen wollte, mit ausländerfeindlichen Pöbeleien beleidigt. Einer der beiden Angeklagten hatte zu Beginn des Vorfalls das Kopftuch der Frau verlangt und zuletzt auch noch den Hitlergruß gezeigt. [...]

Quelle: [das allgäu online](#), 30.12.2013

30.12.2013: [Polizei nimmt neun Personen nach unerlaubter Plakataktion vorläufig fest](#)

Groß-Gerau, Hessen

Die Groß-Gerauer Polizei hat am Samstagabend (28.12.) eine Gruppe von neun Personen vorläufig festgenommen, die zuvor unerlaubt zahlreiche Aufkleber und Plakate im Stadtgebiet Groß-Gerau und im Bereich der Bahnhöfe in Dornberg und Dornheim geklebt hatten. Die sechs Männer und drei Frauen im Alter zwischen 21 und 27 Jahren sind nach den bisherigen Erkenntnissen der Ermittler dem rechten Spektrum zuzuordnen. [...]

Quelle: Polizeipräsidium Südhessen, 30.12.2013

31.12.2013: Hitlergruß gezeigt

Bremen

Gestern Nachmittag warf ein 30 Jahre alter Bremer an der Haltestelle Vor dem Steintor/ Am Ziegenmarkt eine Silvester-Rakete in eine Straßenbahn. Es entstand Sachschaden.

Gegen 16.30 Uhr wurde der Polizei Bremen gemeldet, dass Passanten einen Mann festhielten, nachdem dieser eine gezündete Rakete in eine Bahn der Linie 3 geworfen hatte. Verletzt wurde niemand, aber eine Tür und eine Wand des Zuges wurden beschädigt. Die Zeugen berichteten zudem, dass der Feuerwerkskörper nicht zufällig in der Bahn landete. Der Werfer hatte kurze Zeit vorher einen Raketenstart an einer anderen Straßenbahn abgebrochen, nachdem ihm jemand zugerufen hatte, dass sich Kinder in dem Wagen befinden würden.

Der 30-Jährige gebärdete sich den Einsatzkräften der Polizei gegenüber sehr aggressiv. Außerdem war er betrunken und stand unter dem Einfluss von Betäubungsmitteln. Bei der Sachverhaltsaufnahme an einem Polizeirevier zeigte er den Polizisten und einem hinzugezogenen Arzt einen sogenannten "Hitlergruß". [...]

Quelle: Bremen Polizei, 31.01.2014

31.12.2013: Hakenkreuz ins Haar rasiert

Miltenberg, Bayern

Bereits bei seinem vorherigen Termin im örtlichen Job- Center fiel den dort befindlichen Personen auf, dass er ein Hakenkreuz sowie "SS"-Runen in seiner Frisur einrasiert hatte und dies öffentlich zeigte. Bei der anschließenden Kontrolle in der Brückenstraße stellten dies auch die informierten Polizeibeamten fest. [...]

Quelle: [Main-Netz](#), 31.12.2013



Herausgeber und Redaktion:

Jüdisches Forum für Demokratie und gegen Antisemitismus (JFDA) e.V .
Postfach 04 02 07, 10061 Berlin
salomon@jfda.de
www.jfda.de